

Detlef Hensche
Höhepunkte und Defizite
des a.o. DGB-Kongresses
Horst Schmitthenner
Bündnis für Arbeit –
New deal für mehr
Beschäftigung?

Sigrid Skarpelis-Sperk
Wege aus der Krise
Round-table mit
**Diether Dehm, Christel
Hanewinkel, Peter von
Oertzen, Andreas Wehr**
Die Linke und die DDR

Ausgabe 1 | 97
Heft 93
9,50 DM
Januar |
Februar 1997

NEW DEAL FÜR ARBEIT?



Der Euro - ein linkes Ding?

von Andreas Wehr

Es handelt sich um den Nachdruck eines Gastbeitrags im Neuen Deutschland, Ausgabe 18./19.01.97. Andreas Wehr ist Mitglied im Landesvorstand der SPD Berlin und der Schwerpunktkommission Europa des Parteivorstands sowie Mit-herausgeber der spw.

Schreck in der Morgenstunde: Wäre morgen Euro-Time, bliebe der Favorit Deutschland in der Qualifikation hängen, da er die Anfangshöhe - nicht mehr als drei Prozent Neuverschuldung - nicht schaffte. Doch noch ist es Zeit, wohl erst zu Beginn des Jahres 1998 wird im Bundestag entschieden, ob sich Deutschland an dem Projekt einer gemeinsamen Währung beteiligt. Auf der Tagesordnung steht die Abschaffung der D-Mark, des identitätsstiftenden Bindemittels der Deutschen schlechthin.

Ob dieses wahrhaft revolutionäre Unternehmen geräuschlos über die Bühne gehen wird, hängt maßgeblich von der SPD ab. Widersprüchliches steht hier unvermittelt nebeneinander. Da waren aus Anlaß der Landtagswahlen in Baden-Württemberg kernige Verteidiger „unseres harten deutschen Geldes“ zu hören, erst diese Woche wieder sann Gerhard Schröder über die Notwendigkeit nach, die Einführung des Euro zu verschieben, sollte nicht der von der Bundesbank angeregte Stabilitätspakt fest genug gezurrt werden können. Den Widerpart bilden die sozialdemokratischen Berufseuropäer und Europa-Abgeordneten

mit der Durchhalteparole „vorwärts immer - rückwärts nimmer“. Unterstützung erhielten sie - auf den ersten Blick jedenfalls - vom Parteivor-sitzenden Oskar Lafontaine, der die schnelle Einführung der gemeinsamen Währung nun auch zum Ziel der SPD erklärt hat.

Eine klare Linie bei den Bündnis-grünen und der PDS auszumachen, fällt ebenso schwer. Die Grünen im Bundestag wollen zwar Ja sagen, wünschen aber die Verkoppelung mit einem Beschäftigungspakt, die PDS möchte vorher einen Volksent-scheid und sieht den Euro am Ende einer Annäherung europäischer Staaten. Diese Unklarheit über den einzuschlagenden Kurs verdient keine Häme; sie ist Ausdruck der Unsicherheit in der gesamten Linken, wie man mit diesem Jahrhundertthema umzugehen hat. Zu viel steht auf dem Spiel. Gefragt ist eine differen-zierte Position, die weder das pro-gressive Ziel der europäischen Inte-gration verrät noch die berechtigten Ängste und Befürchtungen großer Teile der Bevölkerung ignoriert.

Sieht man sich vor diesem Hintergrund die Position von Lafontaine genauer an, so erkennt man schnell, daß sie diesen Kriterien am ehesten entspricht. Mit seinem Plädoyer für eine schnelle Einführung des Euro in möglichst vielen Staaten der EU und seiner Forderung nach einer europä-isch abgestimmten Beschäftigungs-politik zielt er auf die Stabilitätsfana-tiker der Bundesbank, die im Zweifel einer Verschiebung lieber zustim-men würden als einer Aufweichung der Stabilitätskriterien und die sich eine Wirtschafts- und Beschäfti-gungspolitik nur als eine von den „Interessen der Märkte“ abhängige vorstellen können. Entscheidet aber erst einmal die Europäische Zentral-bank über die Geldpolitik - so sein Kalkül -, wird auch die Macht der Bundesbank schwinden, mit dem Er-

gebnis, daß über eine wirkliche Be-schäftigungspolitik in Europa dann wieder geredet und politisch ent-schieden werden kann.

Fraglich ist nur, ob sich diese Li-nie durchsetzen wird. Viel wird be-reits vom Ergebnis der Regierungskonferenz abhängen, das auf dem Gipfel in Amsterdam Mitte Juni for-muliert wird. Nur wenn sich die Staaten dort auf eine gemeinsame Beschäftigungspolitik und auf eine Einbeziehung der Sozialcharta in den Vertrag verständigen, kann dem zentralen Mangel des Integrations-prozesses à la Maastricht begegnet werden: daß die Einigung allein über den viel zu schmalen Pfad einer ge-meinsamen Geldpolitik erreicht wer-den soll. Bleibt es hingegen dabei, daß keine substantiellen Schritte in Richtung einer gemeinsamen euro-päischen Wirtschaftsregierung un-ternommen werden, so wird mit der gemeinsamen Währung das Dach vor der Errichtung ausreichend tragfähiger Wände gesetzt - mit fa-talen Konsequenzen für die Statik des Gebäudes. Das nur scheinbar paradoxe Ergebnis müßte dann lau-ten: Die gemeinsame Währung ist abzulehnen, nicht weil es „zuviel Euro-pa“ auf einmal wäre, sondern weil der europäische Integrationsprozeß nicht schnell genug voranschreitet.

Eine SPD, die diese Position ein-nimmt, wäre auch gefeit davor, mit rechtspopulistischen Strömungen in einen Topf geworfen zu werden. Umgekehrt kann sie damit einen Bei-trag leisten, daß solchen das Wasser abgegraben wird. Im Interesse der Bewahrung des europäischen sozia-len Modells, das vor dem Hinter-ground der zunehmenden Schwäche der Nationalstaaten und der voran-schreitenden Globalisierung die ein-zig realistische Alternative darstellt, wäre sie - wie die gesamte gesell-schaftliche Linke - sogar verpflichtet, so zu entscheiden.

spw

Frankfurter Kreis Frühjahrstagung 1997

Das Frühjahrstreffen der SPD-Linken findet auch diesmal wieder im Sozialistischen Bildungszentrum in Oer Erckenschwick in Westfalen statt, und zwar vom 21. bis 23. Februar 1997. Am Freitag abend steht Diskussion mit Oskar Lafontaine auf dem Programm, am Samstag und Sonntag Foren zu Innenpolitik/Demokratie (mit Herta Däubler-Gmelin MdB und Klaus Hahnzog MdL), Alternativen zur Globalisierung (Klaus Wiese-hügel, IG-BAU, und Hermann Scheer MdB), Reform des Sozialstaats (Martin Pfaff MdB, Claus Schäfer, WSI), Europa/internationale Politik (Heidi Wieczorek-Zeul MdB, Dieter Lutz, Inst. f. Friedensforschung). Weitere Informationen und Anmeldungen beim Büro Detlev von Larcher MdB, Bundeshaus, 53113 Bonn, Tel. 0228-1683659, Fax 0228-1686658.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Heinz Albrecht (Berlin)
 Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Diether Dehm (Frankfurt/M.)
 Katrin Fuchs (Verl)
 Christel Hanewinckel (Halle/S.)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Peter von Oertzen (Hannover)
 Horst Peter (Kassel)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Andreas Wehr (Berlin)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorsten Cabalo
 Christoph Meyer
 Silvia Rosendahl
 Reinhold Rünker
 Ralf Schmitz
 Stefan Schostok
 Georg Schulze
 Joachim Schuster
 Barbara Underberg
 Claudia Walther
 Frank Wilhelmy

Redaktionssekretär

Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Fresienstraße 26, 44289 Dortmund
 Telefon 02 31/40 24 10 (Verlag)
 Telefon 02 31/40 14 11 (Redaktion)
 Telefax 02 31/40 24 16
 E-mail: SPW-VERLAG@LINK-DO.soli.de
 Internet: <http://www.koeln-online.de/spw/>

Geschäftsführung:

Olaf Schade
 Hans-Peter Schulz
 Joachim Schuster
 Alfred Voges

Konto des Verlages:

Postgiroamt Dortmund
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
 mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 63,-
 (bei Bankeinzug DM 60,-)
 ermäßigtes Jahresabonnement
 für SchülerInnen, StudentInnen,
 Erwerbslose DM 55,-
 (bei Bankeinzug DM 52,-)
 Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte auf Diskette mit einem
 Ausdruck geliefert werden
 (MS-DOS-Textverarbeitungssystem).

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 1997.
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
 vorbehalten.

Titelfoto:

Barbara Underberg, Bochum

Satz und Gestaltung:
 Judith Nußbaum, Köln

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1-3 Tausend, Februar 1997

INHALT

Andreas Wehr

kurzum: Der Euro - ein linkes Ding? 2

MAGAZIN**Erfurter Erklärung**

Bis hierher und nicht weiter
 Verantwortung für die soziale Demokratie 4

spw-intern

6

Detlef Hensche

Wiedergewonnenes Selbstbewußtsein und offene Fragen
 Höhepunkte und Defizite des a.o. Bundeskongresses des DGB 7

Fritz Riege

Entsolidarisierung im Gesundheitswesen 9

Cornelia Spohn

Gerüchte und ihre Folgen: Der Fall Monika Haas 11

Heiko Kretschmer

IUSY: Im Zeichen der Arbeit 13

NEW DEAL FÜR ARBEIT?**Ralf Krämer, Thomas Westphal**

New deal für Arbeit?
 Einleitung zum Heftschwerpunkt 14

Horst Schmitthenner

Bündnis für Arbeit - New deal für mehr Beschäftigung
 oder sozialpartnerschaftlicher Trugschluß? 15

Thomas Westphal

Klassenpolitischer Realismus und radikale Reformpolitik 19

Jörg Huffschmid

Ansatzpunkte und Probleme alternativer Wirtschaftspolitik 23

REGISTER 96

spw-Jahresregister 1996 29

NEW DEAL FÜR ARBEIT?**Sigrid Skarpelis-Sperk**

Wege aus der Krise 33

Ralf Krämer

Bündnis für Arbeit und alternative Wirtschaftspolitik 37

Petra Müller, Michael Müller

Ein Bündnis für Arbeit, Kultur und Umwelt 41

DEUTSCHE GESCHICHTEN**Round table mit Diether Dehm, Christel Hanewinckel,****Peter von Oertzen, Andreas Wehr**

Die Linke und die DDR 45

MULTI-MEDIA**Gabriele Hooffacker**

Online: Welche Netze für die Linke? 49

THEORETIKER/INNEN**Antje Trosien, Claudia Walther**

Lily Braun - Kämpferische und bekämpfte Sozialistin 53

INTERNATIONALES**Oliver Meier**

Deutschland, Europa und die Zukunft der Atomwaffen 56

Gewerkschaften mobilisieren Hunderttausende gegen die Umverteilungspolitik der Bundesregierung und der Arbeitgeber; Sozialverbände, Betroffene, und ganze Regionen kämpfen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, gegen den Abbau der Arbeitsförderung oder die Zerschlagung eines solidarischen Gesundheitswesens. Dieser Unruhe in der Gesellschaft stehen Tatenlosigkeit und Stillstand in der Politik gegenüber. Die Oppositionsparteien schaffen es nicht, der Politik der Bundesregierung eine politische Alternative entgegenzusetzen, die eine neue Reformoffensive für unser Land einleiten kann.

In dieser Situation haben am 09.01.97 knapp vierzig Persönlichkeiten, überwiegend aus Kultur, Wissenschaft und Gewerkschaften, die „Erfurter Erklärung“ veröffentlicht, die wir im Wortlaut dokumentieren. Sie ist ein eindringliches Plädoyer für eine andere Politik, die Ziele der sozialen Demokratie in den Mittelpunkt stellt. Die Notwendigkeit und grundlegende Elemente einer solchen Politik werden beschrieben und begründet. Der Text mündet in den Aufruf zu einer gesellschaftlichen Bewegung, einem Bündnis für soziale Demokratie, und den Appell an die Oppositionsparteien, den notwendigen politischen Wechsel anzustreben und nötigenfalls gemeinsam umzusetzen.

Die Erklärung hat sehr unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen - aus dem Osten viel Zustimmung, im Westen der Republik überwiegend Kritik, die sich v.a. an der Frage der möglichen Zusammenarbeit mit der PDS festmacht. Die verschiedenen Lager der „politischen Klasse“ zeigen erneut, daß im Mittelpunkt ihres Denkens und Handelns die taktischen Fragen stehen: nützt etwas den kurzfristigen Wahlchancen oder genauer gesagt Umfrageergebnissen der Partei - und den persönlichen Karrierechancen natürlich. Danach richtet sich die Haltung zu solchen Initiativen.

Das heißt andererseits, daß diejenigen, die solche Rücksichten nicht zu nehmen brauchen oder es nicht wollen, ihr Verhalten zu dieser Erklärung an den Inhalten und der grundsätzlichen politisch-strategischen Positionsbestimmung ausrichten sollten, und diese sind unseres Erachtens richtig. Gesellschaftliche Bewegung wäre von Anfang an blockiert, würde sie ihre Forderungen und ihr Vorgehen parteitaktischen Interessen unterordnen.

Die „Erfurter Erklärung“ bringt unseres Erachtens das Bedürfnis und die Motivation sehr vieler Menschen an einer anderen Politik und einer sozialen Bewegung dafür angemessen zum Ausdruck. Wir hoffen, daß sie zur Entwicklung einer solchen Bewegung einen Beitrag leisten kann. Es ist gut, daß besonders GewerkschafterInnen, Aktive aus Verbänden und Initiativen, WissenschaftlerInnen und Kulturschaffende sich so zu Wort melden. Wir sehen hier große Übereinstimmung mit den Zielen des „Crossover“, das wir seit 1995 gemeinsam mit der links-grünen Zeitschrift „Andere Zeiten“ und der PDS-nahen „Utopie kreativ“ vorantreiben und in diesem Jahr mit mehreren Veranstaltungen fortsetzen wollen. Damit wollen wir auch politischen Kräften der Linken außerhalb der Parteien ein Forum für den Dialog bieten.

Die InitiatorInnen werden erst nach Drucklegung dieses Heftes klären, wie mit der „Erfurter Erklärung“ weiter gearbeitet werden soll. Weitere Informationen gibt es unter der angegebenen Kontaktadresse, an die auch Unterstützungserklärungen gesendet werden können.

Die spw-Redaktion

Erfurter Erklärung: Bis hierher und nicht weiter

Verantwortung für die soziale Demokratie

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Grundgesetz Artikel 14.2.

1.

Die regierende Politik in unserem formal vereinten Land ist in einem Zustand von gnadenloser Ungerechtigkeit, Sozialverschleiß und fehlenden Perspektiven versunken. Im fünften Jahrzehnt ihrer Existenz wird in der

Bundesrepublik der soziale Konsens, auf dem ihr Erfolg beruhte, durch radikale Umverteilung zugunsten der Einfluß-Reichen zerstört. Der kalte Krieg gegen den Sozialstaat hinterläßt eine andere Republik. Was von der Bundesregierung unter der Vorpiegelung von Reformen verfügt wird, erweist sich als geistig-moralischer Bankrott. Der Notstand ständig steigender Arbeitslosigkeit führt Staatshaushalte und Sozialversicherungssysteme in die Krise und der öffentliche Schuldendienst vermehrt den Reichtum der Banken und der Besitzer großer Geldvermögen. So entsteht Macht, die nicht demokratisch legitimiert ist. Es handelt sich nicht um einen Konjunkturbruch, vielmehr stehen wir mitten in einem Epochenwechsel. In dieser Lage müssen sich in unserem Land alle gesellschaftlichen Kräfte zusammenfinden, die bereit und imstande sind, die Verantwortung für die soziale Demokratie mit der Bindung an ein soziales Europa zu übernehmen.

2.

Gerechtere Verteilung der Einkommen und Güter ist die zentrale Aufgabe einer neuen Politik. Die deutsche Einheit wird zum massivsten Umverteilungsprozeß von unten nach oben seit Bestehen der Bundesrepublik mißbraucht. Niemand unterschätze die Dramatik der Lebenssituation in den ostdeutschen Ländern: Sehr viele neue Bundesbürger erleben, was gegenwärtig geschieht, als Enteignung ihrer erworbenen Rechte und ihrer Hoffnung auf Freiheit, Gleichheit, Mitmenschlichkeit. Im Westen meinen viele, sie geben ihr Bestes dem Osten, dort meinen viele, man nimmt ihnen das Letzte. In Ost und West gemeinsam sehen sich jedoch Millionen Mitbürger durch immer schwerwiegendere Belastungen vor unlösbare Probleme gestellt.

3.

Wir brauchen eine andere Politik, also brauchen wir eine andere Re-

gierung. Wer sie will, muß aus der Zuschauerdemokratie heraustreten. Wir brauchen eine außerparlamentarische Bewegung. Sie muß auf die Opposition in den Parlamenten überspringen. Die Erfahrung von 1968 und der Geist von 1989 sind für 1998 aufgerufen, den Machtwechsel herbeizuführen. Resignation löst kein Problem. Sie richtet nur Schaden an. Viele denken: bis hierher und nicht weiter! Ihr Sammelpunkt ist der Wunsch nach Verwirklichung der sozialen Menschenrechte und die Verantwortung für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir brauchen eine Regierung, die das Volk nicht als Gegner behandelt, dessen Widerspruch es zu brechen gilt.

4.

Wir brauchen eine andere Politik. Oberstes Ziel muß das Überwinden der Massenarbeitslosigkeit sein. Es fehlen in der Bundesrepublik 6 bis 7 Millionen Arbeitsplätze. Die Gründe dafür liegen nicht im mangelnden Export. Auch nicht bei den Lohnstückkosten und angeblich überbeurteilten Sozialpflichten. Sie liegen bei der enorm gestiegenen Produktivität, den rückläufigen Wachstumsraten und den versäumten Konsequenzen für die Arbeitszeit. Auch fehlt es an Binnennachfrage und vorausschauendem Management. „Kapitalisten, hört die Signale!“ überschrieb unlängst die Züricher Weltwoche einen Leitartikel, der fragte: Wer soll die Waren kaufen, wenn die Bevölkerung immer weniger verdient?

Die Schulden der einen sind die Gewinne der anderen: Jede Schuldenmilliarde der öffentlichen Hände macht Bund, Länder und Kommunen abhängiger von den Geldgebern. Kapital ist reichlich vorhanden: Neuneinhalb Tausend Milliarden Mark macht die Summe der persönlichen Vermögen in der Bundesrepublik aus. Die Hälfte davon gehört zehn Prozent der Haushalte. Zugleich wirken angekündigte Massenentlassungen wie Siegesmeldungen an der Börse. Sie treiben die Aktienkurse nach oben und machen die Aktionäre zu Profiteuren der sozialen Perspektivlosigkeit der Arbeitslosen. Wer für die Benachteiligten nur noch den Zynismus „Sozialneid!“ übrig hat, verhöhnt die Sozialpflicht des Eigentums nach dem Grundgesetz. Die herrschende Politik zerteilt die sozial

begründete Republik. In ihrem Polarkreis erstarrt das Eintreten füreinander.

- Wenn Notstand an Arbeit herrscht, muß sie neu und gerecht verteilt werden, durch weitere radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei angemessenem Lohnausgleich.

- Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit muß sich an dem Leitbild eines neuen Typs von Vollbeschäftigung für Männer und Frauen orientieren. Die Erwerbsarbeit der Zukunft muß stärker denn je auf gesellschaftlichen Nutzen und ökologische Nachhaltigkeit verpflichtet werden. Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit.

- Wir brauchen den Einstieg in eine ökologische Steuerreform, und wir brauchen Reformen des Sozialstaats, die den Namen verdienen: Die Systeme der sozialen Sicherung müssen armutssicherer gemacht werden.

- Der historisch-politische Auftrag des Grundgesetzes erfordert angesichts sich ausbreitender Massenarmut eine Stärkung der Prinzipien des Solidaritätsgleichs und der sozialen Mindestsicherung.

- Statt die „Zwänge“ der deregulierten Güter- und Kapitalmärkte als Schicksal hinzunehmen, brauchen wir eine Regierung, die handelt: Sie muß in der Europäischen Union, der Welthandelsorganisation, gegenüber dem internationalen Währungsfonds und der Weltbank für sozialökologische und demokratische Rahmenbedingungen eintreten.

5.

Wie ist das alles finanzierbar? Ein einziges Kriterium würde Entscheidendes ändern: Steuerehrlichkeit. Die Finanz- und Steuerpolitik muß ihren Kurs korrigieren. Geldtransfers, Gewinne, Groß-Erbschaften, Vermögen, Spekulationen mit Grund und Boden und Umweltzerstörung müssen spürbar stärker besteuert werden. Durch einen gesetzlichen Ausgleich der Lasten zwischen West und Ost, Alt und Jung, Erben und Armen kann die Bundesrepublik um vieles humaner werden. Was in den fünfziger Jahren an Umverteilung gelang, sollte angesichts des Reichtums Hunderttausender und der Vermögen von Millionen nicht wiederholbar sein?

6.

Gebraucht wird eine Opposition, die den Wechsel mit allen Kräften will.

Sie kann nur aus den bisher getrennten Oppositionskräften entstehen. Kein Nichtberührungsgebot darf sie schrecken, zumal die amtierende Macht sich in eigener Sache keineswegs darum schert: Der Kanzler versichert Reformsozialisten in Osteuropa seiner Freundschaft. Im Inneren der Republik sind Reformsozialisten für ihn der böse Feind, obwohl seine Regierung 1990 und 1994 mit Kadern der vier früheren SED-Schwesterparteien die Mehrheit errang. Allzu schnell hat sich die veröffentlichte Meinung darüber hinwegtäuschen lassen. Wir brauchen eine Regierung, die ohne inneres Feindbild regiert. Das Gut-Böse-Schema aus der Zeit der Systemkonfrontation kann das Vollenden der Einheit nicht leisten.

Von der SPD fordern wir: Mut zur Opposition auf ganzer Linie. Die Mehrheit der Bevölkerung traut ihr mehr Gerechtigkeit zu, aber noch nicht die Entschlossenheit zur Macht, sie auch zu verwirklichen. Die sozialdemokratische Mehrheit im Bundesrat überträgt ihr eine zwiespältige Rolle, weil nur zu oft der Eindruck einer großen Koalition entsteht. Die SPD muß ihrer Herkunft als Partei der sozialstaatlichen Reformen auf neue Weise gerecht werden: sie muß auch in nachhaltig veränderten Zeiten mehr Demokratie wagen.

Von Bündnis 90/Die Grünen fordern wir: Den begonnenen Weg der Überwindung ihrer „Ein-Punkt-Kompetenz“ (Ökologie) fortzusetzen. Sie sollte auch Kontur als soziale Reformkraft gewinnen und den Eindruck widerlegen, sie wolle am Ende die FDP ersetzen. Wer von den Grünen diese Vorstellung absurd empfindet, wird die Mathematik der Mehrheit realistisch sehen. Es gilt, für eine parlamentarische Kraft neben der SPD, die in den ostdeutschen Ländern eindrucksvoll gewählt wird, offen zu sein.

Von der PDS fordern wir: Ihre Positionen zum historisch gescheiterten Sozialismusmodell weiter zu klären. Es geht nicht um Demutsgesten und den Verzicht auf antikapitalistische Strömungen. Es geht um demokratische Zuverlässigkeit bei aller Entschiedenheit, eine demokratisch-sozialistische Kraft im Spektrum der Parteien zu sein.

An alle drei Parteien: Sie dürfen der Verantwortung nicht ausweichen, sobald die Mehrheit für den Wechsel möglich wird. Lassen Sie

Wir brauchen eine andere Politik, also brauchen wir eine andere Regierung. Wer sie will, muß aus der Zuschauerdemokratie heraustreten. Wir brauchen eine außerparlamentarische Bewegung. Sie muß auf die Opposition in den Parlamenten überspringen.

niemand im Zweifel, wie schwierig es sein wird, Kompromisse einzugehen und dennoch die eigene Unverwechselbarkeit zu bewahren. Gleichzeitig die Kraft für neue Konzeptionen, Theorie und Vision aufzubringen, erfordert Toleranz in den eigenen Reihen.

7.

Wir brauchen eine andere Regierung. Ein neuer gesellschaftlicher Aufbruch kann die Mehrheit in Bonn und für Berlin verändern. Parteiförmige Politik allein kann das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Demokratie nicht mehr hinreichend begründen.

Unzählige sagen sich heute: Grundlegendes muß sich verändern. Und viele fragen sich: Wer soll das tun, wenn nicht wir, und wann, wenn nicht jetzt. Wir brauchen ein Bündnis für soziale Demokratie. Lassen wir uns an der Schwelle zum neuen Jahrtausend den Wert von Visionen nicht ausreden, und beginnen wir zu handeln.

Berlin/Erfurt, den 9. Januar 1997

*Ein neuer gesellschaftlicher Aufbruch kann die Mehrheit in Bonn und für Berlin verändern.
Wir brauchen ein Bündnis für soziale Demokratie.*

Die Unterzeichnenden:

Prof. Dr. Elmar Altvater; Frank Castorf, Intendant der Volksbühne Berlin; Daniela Dahn, Schriftstellerin; Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Landeskirchlicher Beauftragter für Mission und Ökumene; Ulrike Duchrow, Studienrätin; Dr. Dr. Heino Falcke, Probst i.R.; Matthias Freitag, Bezirksvorsitzender der Eisenbahner-Gewerkschaft Thüringen und Sachsen; Prof. Heinrich Fink, Komitee für Gerechtigkeit; Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, Physiker; Günter Grass, Schriftsteller; Max von der Grün, Schriftsteller; Stefan Heym, Schriftsteller; Prof. Dr. Rudolf Hickel; Prof. Dr. Walter Jens, Präsident der Akademie der schönen Künste; Dr. Inge Jens, Literaturwissenschaftlerin; Dieter Keip, Pfarrer; Toni Krahl, Rockmusiker; Dieter Lattmann, Schriftsteller; Dr. theol. Gerhard Liedke, Pfarrer; Marion Liedke, Oberstudienrätin; Heiko Liez, Pfarrer; Prof. Dr. Peter von Oertzen, Prof. Dr. Norman Paech; Ulrich Plenzdorf, Schriftsteller; Bodo Rame-low, HBV-Vorsitzender Thüringen;

Dr. Edelbert Richter, Theologe, MdB; Prof. Dr. Horst Eberhard Richter, Psychoanalytiker; Dr. Erika Runge, Schriftstellerin und Psychoanalytikerin; Herbert Schirmer, Kulturminister a.D.; Gisbert Schlemmer, Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff; Horst Schmitthenner, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall, Friedrich Schorlemmer, Theologe und Publizist; Prof. Dr. Drotthe Sölle; Frank Spieth, DGB-Vorsitzender Thüringen; Eckart Spoo, Journalist; Prof. Dr. Uwe Wesel; Gerhard Zwerenz, Schriftsteller, MdB. spw

Unterstützungserklärungen mit Angabe von Name, Vorname, Straße, PLZ, Ort, Beruf/Funktion (Angabe nur zur Information) und Unterschrift an nachfolgende

Kontaktadresse:

Erfurter Erklärung
c/o Kulturverein Mauernbrechen e.V.
Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt
Fax 0361-6599899
Tel.: 0361-5961399

spw intern

Liebe Leserinnen und Leser,

abweichend von unseren Ankündigungen in den letzten beiden Ausgaben haben wir für das nächste Heft, spw 2/97, einen Schwerpunkt zum Thema „Globalisierung und Politik“ eingeschoben. Die folgenden Schwerpunkte verschieben sich gegenüber der ursprünglichen Planung um ein Heft nach hinten, also: „Europäische Linke“ (3/97), „Ende der Wende?“ (4/97 - es geht um das mögliche Ende der neokonservativen Vorherrschaft in Deutschland 15 Jahre nach Kohls Regierungsübernahme), „Gewalt und Zivilisation“ (5/97), „Auferstanden aus Ruinen“ (6/97 - zur DDR und dem Verhältnis von SozialistInnen dazu). Wir sind weiterhin

dankbar für Vorschläge oder Artikelangebote, sei es zu Schwerpunkten oder außerhalb - allerdings ohne Gewähr, daß wir sie berücksichtigen.

Im Dezember fand in Hannover die spw-Jahrestagung 1996 statt. Die inhaltlichen Diskussionen spiegeln sich weitgehend im Schwerpunkt dieser spw-Ausgabe wider. Dem Arbeitsausschuß der spw, der die politischen Projekte neben der Zeitschrift koordiniert, also insbesondere die Fortführung des „Crossover“-Prozesses oder Interventionen in der SPD-Linken, gehören jetzt an: Susi Möbbeck (Vors.), Ulf-Birger Franz, Ralf Krämer, Uwe Kremer, Peter von Oertzen, Horst Peter, Silvia Rosendahl, Stefan Schostok, Joachim Schuster, Claudia Walther und Thomas Westphal.

Ebenfalls im Dezember fand eine Gesellschaftsversammlung der spw-GmbH statt, auf der die Verlegung des Sitzes der GmbH von Köln nach Dortmund beschlossen und eine neue Geschäftsführung bestimmt wurde (die wie die Redaktion ehrenamtlich tätig ist). Sie setzt sich nun

zusammen aus Olaf Schade (Hattingen), Hans-Peter Schulz (Wuppertal), Joachim Schuster (Bremen) und Alfred Voges (Steinfurt). Die langjährigen GeschäftsführerInnen Andreas Bach und Ulla Saß schieden auf eigenen Wunsch aus, Andreas wird uns aber weiterhin hilfreich zur Seite stehen. Als Herausgeber schied ebenfalls auf eigenen Wunsch Kurt Neumann aus, statt seiner wurde Andreas Wehr (Berlin) neu in den HerausgeberInnenkreis aufgenommen.

Auch in Bezug auf die Zeitschrift selbst gibt es weitere personelle Veränderungen: Heiner Kockerbeck, der lange in der Redaktion mitgearbeitet hat, ist dazu aufgrund beruflicher Belastung leider nicht mehr in der Lage. Auch Stephan Hoppe, der uns seit Jahren Fotos für den Schwerpunkt und den Titel der spw geliefert hat, hat dafür künftig keine Zeit mehr. Allen bisher genannten GenossInnen und den zuvor ausgeschiedenen Redaktionsmitgliedern nochmals herzlichen Dank.

Ralf Krämer

Über Sinn und Funktion von Gewerkschaftsprogrammen mag man streiten. Die tagesaktuelle Politik haben sie selten bestimmt. Doch bieten sie Grundlagen für die politische Selbstverständigung. Mißt man das auf dem außerordentlichen Bundeskongreß im November 1996 in Dresden verabschiedete neue Grundsatzprogramm an diesem Anspruch, so haben die Gewerkschaften in wichtigen Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik Positionen bezogen, die in deutlicher Opposition zum Konsens der Herrschenden stehen. Hält man die Vorgeschichte dagegen, muß das Ergebnis überraschen. Die Vorentwürfe zielten in eine andere Richtung.

Programmdebatte im Zeichen der Defensive

Doch der Reihe nach. Der Entschluß, ein neues Grundsatzprogramm zu schaffen, datiert von Anfang der 90er Jahre. Der real existierende Sozialismus war zusammengebrochen. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung hatte ihren weltweiten Siegeszug angetreten. Die neo-liberale Interpretation des marktwirtschaftlichen Selbstlaufes entwickelte sich zum beinahe alternativen Politik- und (De-)Regulierungs-Muster. Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien gerieten in die Defensive. Ratlosigkeit griff um sich, auch

und gerade bei denen, auf die sich angesichts unvermindert drängender Probleme die Erwartung richtete, Alternativen zu entwickeln. Nicht nur, daß sich die kapitalistische Wirtschaft als außerordentlich vital und robust erwiesen hatte; die eigenen, traditionell vorgetragenen Lösungsmuster waren und sind zum Teil diskreditiert, zum Teil nicht mehr tragfähig.

So konnte es nicht wundern, daß sich auch in den Gewerkschaften solche Strömungen deutlich artikulierten, die ihren Frieden mit den herrschenden Verhältnissen geschlossen haben. Die vorgefundene Ordnung erhielt in den ersten Programm-Entwürfen gleich mehrfach das Gütesiegel der besten aller Welten aufgedrückt; das undifferenzierte Bekenntnis zur Marktwirtschaft hat dabei später den meisten Widerspruch provoziert. Die unbestrittenen gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Verwerfungen fanden sich eher als überwindbare Störungen eines im übrigen tragfähigen Systems beschrieben, die nicht zu fundamentalem Widerspruch herausforderten. Kennzeichnend für diese - für viele Kritiker verharmlosenden - Blickverengung war eine ahistorische Betrachtungsweise, die beispielsweise die innere Logik von marktradikaler Steuerung, Kostensenkung, sozialer Demontage und Schleifung von sozialen, am Ende

Wiedergewonnenes Selbstbewußsein und offene Fragen

Höhepunkte und Defizite des außerordentlichen Bundeskongresses des DGB

von Detlef Hensche*

auch demokratischen Rechten nicht wahrhaben wollte. Es müsse auch einmal Schluß sein mit der "traditionellen Elends-Darstellung", wie es ein Mitglied der Programmkommission einmal mit dankenswerter Offenheit auf den Punkt brachte. Wer neue Mitglieder für sich gewinnen wolle, müsse Optimismus ausstrahlen und positive Integrationsfähigkeit entwickeln; die ewige Oppositionsrolle führe nur ins Getto.

Das war die eine Seite. Sie blieb nicht unwidersprochen, schon in der Programmkommission. Selbst die ersten Papiere waren bei dem Oberflächenschein der Stromlinienförmigkeit nicht frei von Widersprüchen. Was darüber hinaus von An-

* Detlef Hensche ist Vorsitzender der IG Medien

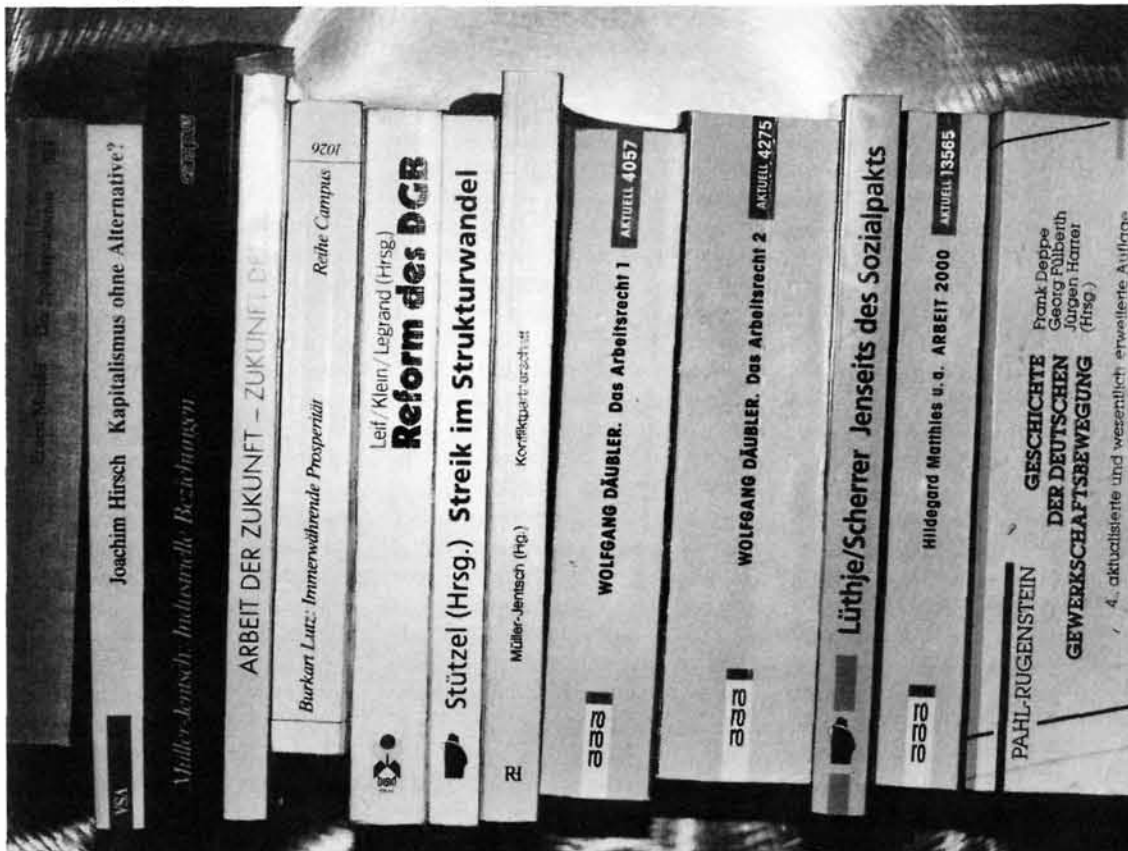


Foto: Barbara Underberg, Bochum

fang an gut eingefangen war, waren die sozialen und gesellschaftlichen Entwicklungen der westdeutschen Gesellschaft und Arbeitnehmerschaft der 70er und 80er Jahre und ihre programmatische Verarbeitung. Aussagen zur Individualisierung, zur Pluralisierung der Lebensstile und deren Konsequenzen für die gewerkschaftliche Arbeit waren mutig und auf der Höhe der Zeit. Das gilt auch für das Verhältnis zwischen den Geschlechtern. In dieser Hinsicht war auch der erste Entwurf durchaus lesenswert. Ebenso wie es höchste Zeit wurde, gesellschaftliche Konflikte nicht nur auf den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zurückzuführen.

Die Widerstandserfahrungen spiegeln sich auf dem Kongreß wider. Die Gewerkschaften verspüren Aufwind, auch hinsichtlich der Mitgliederentwicklung. Im Ergebnis wurde ein Programm verabschiedet, das in seiner grundsätzlichen Haltung den Ausgangsentwürfen deutlich wider-spricht.

Die Debatte vollzog sich bis Anfang 1996 jenseits der gewerkschaftlichen Aufmerksamkeit. Die Arbeit der Programmkommission fand wenig Resonanz und Widerspruch. Dabei hatte der DGB wie selten zuvor keine Mühen gescheut, um Öffentlichkeit herzustellen. Zahlreiche Veranstaltungen, Workshops, Publikationen sollten die Debatte anstoßen. Sie blieben ohne Widerhall, vermutlich wegen des Problemdrucks der täglichen Abwehrkämpfe, der betrieblichen Sorgen und Ängste, der immer häufiger anscheinend ausweglosen Lage, die Betriebsräten und Gewerkschaften auf breiter Front erste Zugeständnisse abverlangten. Solche Zeiten, die alle Kraft erfordern, beim Rückzug nicht zu stolpern, sind nicht gut für programmatische Erneuerung.

Programmbeschluß geprägt durch Kampferfahrungen

Dennoch kam dann alles anders. Vermutlich haben zwei Entwicklungen des Jahres 1996 dabei eine Rolle gespielt.

Bundesregierung und Unternehmer haben im Frühjahr auch noch den letzten Anschein eines sozialen Konsenses aufgegeben. Die Zurückweisung der Gewerkschaften nach den sog. Bündnisgesprächen war so entlarvend dreist, daß auch der überzeugteste Befürworter partnerschaftlicher Politik den Konflikt annehmen mußte. Ja, das Angebot eines Bündnisses für Arbeit, dessen Überzeugungskraft ja gerade in der Bereitschaft wurzelte, traditionelle Rollen zu verlassen, hatte den Affront der Zurückweisung im April noch deutlicher hervortreten lassen. Die Bereitschaft und Fähigkeit des DGB, auf die Konfrontation zu antworten, hat viel

Zustimmung erfahren, auch außerhalb der Gewerkschaften, verbunden mit der verbreiteten Kritik am Demontageprogramm der Bundesregierung. Das öffentliche Aufbegehren hat die Koalition nicht gehindert, ihr Programm durchzuziehen; doch es hat vor allem nach innen gewirkt und nach langer Zeit Vertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit entstehen lassen.

Kein Wunder, daß in einer Atmosphäre der unverhohlenen Konfrontation stromlinienförmige Bekenntnisse zur besten aller Wirtschaftsordnungen auf Widerspruch stießen. Zum ersten Mal zeigte sich auch im Zuge der Konflikterfahrungen eine größere Bereitschaft, sich an der Debatte über das Programm zu beteiligen - wenn auch immer noch in überschaubaren Kreisen; eine wirklich breite Diskussion ist nicht zustande gekommen, vor früheren Programmen übrigens auch nicht. So forderten denn auch fast alle Änderungsanträge, die sämtlich im Frühjahr und Frühsommer formuliert wurden, eine stärkere konfliktorientierte Profilierung ein. Die Empfehlungen der Antragskommission bewegten sich konsequent auf der Linie jener Erwartungen. Die Kommission destillierte aus den vorhandenen Anträgen praktisch ein neues Programm.

Das zweite Ereignis war der Versuch in den Betrieben, jenseits von Recht und Tarifverträgen, die Minderung der Lohnfortzahlung in den Betrieben durchzusetzen. Nicht nur daß die Lohnfortzahlung in der Bundesrepublik aufgrund ihrer Geschichte einen hohen Symbolwert genießt. Die rüde Art und Weise, wie sich einzelne Arbeitgeberverbände und Unternehmensvorstände über bestehende Tarifverträge hinwegsetzten, hat besonders empört und zu offenem Widerstand herausgefordert. Der Erfolg blieb nicht aus. Betriebliche Ankündigungen wurden zurückgenommen; in der Süßwarenindustrie beteiligten sich die Beschäftigten an Urabstimmungen und Streik. Die Tarifverträge konnten das Gesetz wieder korrigieren - wenn auch um den Preis von eigenen Kompensationsleistungen.

Die Widerstandserfahrungen und die von vielen Betriebsfunktionären durchgesetzten und erlebten Erfolge spiegelten auch die Stimmung auf dem Kongreß wider. Die Debatte war von beachtlichem Selbstbewußtsein getragen. Die Ge-

werkschaften verspüren seitdem Aufwind, erstmals nach langer Zeit auch hinsichtlich der Mitgliederentwicklung.

Das wiedergefundene Selbstbewußtsein zeigte sich u.a. daran, daß die inhaltlichen Korrekturen, die die Antragskommission im Vergleich zu den Vorentwürfen vollzogen hatte, bestätigt wurden. In einigen, nicht unwichtigen Fragen - wie Modernisierungs- und Gestaltungspartnerschaft, tarifvertragliche Öffnungsklauseln, internationale Wirtschaftsordnung - wurden selbst die Empfehlungen der Antragskommission noch korrigiert, so daß im Ergebnis ein Programm verabschiedet wurde, das in seiner grundsätzlichen Haltung den Ausgangsentwürfen deutlich widerspricht.

Trotz guter Debatte: Defizite und offene Fragen

Fast noch wichtiger war die Debatte. Es war für einen DGB-Kongreß durchaus neu (hoffentlich nicht einmalig), daß Diskussionen und Abstimmungen quer durch die einzelnen Delegationen verliefen. Blockabstimmungen fanden selten statt. Höhepunkte einer erfreulich problemnahen Debatte waren die Auseinandersetzung um die Erosion des Flächentarifvertrages und über die Tragweite und Fallstricke von Öffnungsklauseln, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen im Verhältnis zu den Ländern der sog. Dritten Welt, den Umgang mit den gewerkschaftlichen Erfahrungen in der DDR, und nicht zuletzt die Eingangsdebatte über die Verabschiedung des Grundsatzprogramms oder deren Vertagung. Die Offenheit der Debatte haben wohl auch manche Berichte in den Medien fast schon euphorisch ausfallen lassen.

Zu euphorisch. Auch Kritik ist anzusprechen. Zum einen leidet das Programm unter blinden Flecken. Massenarbeitslosigkeit und Brutalisierung der Konkurrenz unter Bedingungen von Stagnation und Überkapazitäten, die Erosion des Flächentarifvertrages, die gesellschaftliche Spaltung, die Polarisierung hinsichtlich der Reichtumsverteilung, und zwar national wie international, fordern zu neuen Antworten heraus. Mit den überkommenen Methoden der Konjunktur- und Wachstumsförderung ist der Arbeitslosigkeit nicht beizukommen; wenn Beschäftigung, Chancengleichheit und Emanzipation unter anderem einen

Wechsel zwischen Phasen der Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit erforderlich machen, werden die Gewerkschaften nicht nur ihre Fixierung auf das sog. Normalarbeitsverhältnis in Frage stellen müssen; auch die männlich dominierte Interessenzentrierung der täglichen Tarifpolitik steht auf dem Prüfstand; desgleichen ist die Fortentwicklung der sozialen Sicherung unter Einschluß einer einkommensunabhängigen Grundsicherung überfällig; die weltweiten Disparitäten zwingen dazu, bornierte Standortinteressen zu überwinden bzw. der Versuchung zu widerstehen, sich in "Pakte für Wettbewerbsfähigkeit" einbinden zu lassen, die oftmals nichts anderes im Schilde führen, als die eigenen sozialen Probleme anderen Ländern vor die Türe zu legen. Oder: Welches Wohlstandsmodell ist zu entwickeln, wenn wir unseren Kindern das Überleben sichern wollen oder wenn wir heute bereits die Arbeit in den eigenen Reihen neu verteilen müssen?

Kurzum, wir alle stehen vor Problemen, die schon gar nicht nach dem herrschenden liberalen Muster gelöst werden können - aber auch nicht mit traditionellen Antworten der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Da die Gewerkschaften erst am Anfang der Debatte und des Problembewußtseins stehen, hatten einige beantragt, das Programm noch nicht zu verabschieden, son-

dern die gerade angelaufene Debatte zu nutzen, um sich jenen Problemen des Umbruchs zu nähern. Der Antrag fand keine Mehrheit.

Organisationsfrage ungelöst: Was wird aus dem DGB?

Ein zweites Defizit betrifft die Organisationsdebatte. Es ist paradox: der außerordentliche Bundeskongreß war eigentlich geplant gewesen, um über Fragen der Organisationsreform zu diskutieren. Genau dies fiel aus. Die inhaltliche Vorbereitung war dürftig und die Zeit zu knapp.

Dabei hängt ein neues Programm ohne Selbstverständigung über Rolle und Handlungsfähigkeit des DGB in der Luft. Manches spricht dafür, daß die Fixierung auf Wohlstandsteilhabe und -mehrung über die Tarifpolitik, der klassischen Domäne der Gewerkschaften, relativiert werden muß. Ähnliches gilt in Zeiten der Dezentralisierung und Auflösung von großbetrieblichen Strukturen für die Betriebsarbeit. Nicht daß auf beide Felder verzichtet werden könnte! Doch die soziale Lage und die Emanzipationschancen der Arbeitnehmer/innen hängen ebenso und vermutlich zunehmend von politischen Weichenstellungen ab, z.B. in Fragen der örtlichen und kommunalen Infrastruktur, der öffentlichen Dienstleistungen, der sozialen Sicherung, der ökologischen Erneuerung etc. Dies erfordert einen

handlungsfähigen DGB, wohlgermerkt einen Bund, der sich auch von den kartellähnlichen Einschnürungen durch die jeweils größte Gewerkschaft am Ort befreien muß. Ja, die notwendige Verallgemeinerungsfähigkeit gewerkschaftlicher Politik steht und fällt damit, daß die gewerkschaftliche Interessenwahrnehmung auch gegenüber den Versuchungen einer Einbindung in Branchenpolitik frei bleibt. Dies aber kann nur ein handlungsfähiger und unabhängiger DGB leisten.

Derzeit geschieht eher das Gegenteil. Schlimmer noch, die gewerkschaftliche Organisationsstrukturen ändern sich hinter dem Rücken des DGB, zum Beispiel durch ein zum Teil chaotisches Spiel von Zusammenschlüssen und Verbündigungen (an denen sich notgedrungen auch der Verfasser beteiligt). Nichts konnte die Lage deutlicher markieren, als die offizielle Bekanntgabe der Fusionsabsichten zwischen der IG Metall und der Gewerkschaft Holz und Kunststoff auf einer Pressekonferenz am Rande des Kongresses, nicht etwa auf dem Kongreß selbst.

Der Bundeskongreß beauftragte den Bundesausschuß, die abgebrochene Debatte fortzuführen. Ebenso wird die Diskussion über den gewerkschaftlichen Rechtsschutz in nächster Zeit vermutlich eskalieren - hoffentlich produktiv. spw

Die notwendige Verallgemeinerungsfähigkeit gewerkschaftlicher Politik steht und fällt damit, daß die gewerkschaftliche Interessenwahrnehmung auch gegenüber den Versuchungen einer Einbindung in Branchenpolitik frei bleibt.

Die Finanzpolitiker des Frankfurter Kreises warnen Hand in Hand mit Herbert Ehrenberg vor dem Abwärtsgang der deutschen Politik, die mit Sparpaketen eine Unterwerfungsgeste nach der anderen vor der neoliberalen Standort- und Globalisierungsdebatte macht. Das alles klingt verdächtig nach Brünings Notverordnungen am Ende der Weimarer Republik und wird komplettiert durch ein Sparpaket, das sich „Novellierung der Beschäftigungsförderung“ und die dritte Stufe der Gesundheitsreform „zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)“ nennt. Sie soll, wie es in der amtlichen Begründung zum 2. Neuordnungsgesetz wörtlich heißt, „Wettbewerb, Wirtschaftswachstum und Beschäfti-

gung“ sichern und den „Abbau der Arbeitslosigkeit“ fördern. Die wirklichen Zwecke und Wirkungen sind aber ganz andere.

Sinnigerweise sollen mit einer Kürzung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, mit Anrechnung von Kuren auf den Jahresurlaub, mit einer Absenkung des Krankengeldes, mit Leistungstreichungen und Zahlungserhöhungen bei kranken Versicherten auch noch angeblich die Selbstverwaltung in der GKV gestärkt und die Tarifvertragsparteien in eine bestimmte Richtung gelenkt werden. Nun ist das Rezept von Regierung und Arbeitgebern zur Kürzung der Lohnfortzahlung vor allem am Widerstand der Gewerkschaftsmitglieder der IG Metall, der Gewerkschaften NGG und HBV gescheitert - wobei man da nicht zu sehr jubeln sollte, denn dieses Nach-

Entsolidarisierung im Gesundheitswesen

von Fritz Riege*

geben der Arbeitgeber ist mit „Kompensationen“ verbunden, die auf andere Weise einen Teil der Kosten und Risiken auf die abhängig Beschäftigten abwälzen.

* Dr. Fritz Riege, Celle, Staatssekretär a.D.

Künftig können Krankheiten selbst bei Beziehern durchschnittlicher Einkommen die materielle Lebensgrundlage erheblich beschneiden. Nicht selten bleibt dann nur noch der Weg zum Sozialamt.

Interessenkoalitionen und -konflikte

Die strategische Situation bei Seehofers Gesundheitsreform ist hingegen nicht so günstig, denn mächtigere Verbände als Gesamtmetall stehen an der Seite der Regierungskoalition, wenn man nur an den Freien Verband Deutscher Zahnärzte und andere Ärzteverbände denkt, die über ihre Wartezimmer und über die Medien innerste Ängste ihrer Patienten mobilisieren können. Gezielte Hilfe leistet da auch der Bundesverband der pharmazeutischen Industrie, um Krankenkassen in die Knie zu zwingen, wie an der Übernahme von Prozeßkosten der Kassenärzte im Streit über das Arzneimittelbudget nach § 84 SGB V unschwer zu erkennen ist, die jüngst die Frankfurter Rundschau meldete. Ein anderes Symbol für den Schulterschuß zwischen Regierung und Pharmaindustrie bildete die Überreichung der zerissenen Positivliste von Staatssekretär Wagner an einen führenden Verbandsvertreter der Pharmazie. Diese Liste zur wirksamen und wirtschaftlichen ärztlichen Verordnungsweise war bekanntlich im Gesundheitsstrukturgesetz 1992 von Regierungskoalition und SPD beschlossen und in jahrelanger Arbeit von Ärzten und Pharmazeuten erarbeitet worden, um der Flut der 70.000 Arzneispezialitäten Einhalt zu gebieten und den Kassenärzten eine vernünftige Übersicht zu geben. Sie wurde aus durchsichtigen Gründen wieder aus dem Verkehr gezogen.

Zweitens müssen wir sehen und verstehen, daß das Gros der gesunden Arbeitnehmer mit Argusaugen erkennt, daß ein Ansteigen des GKV-Beitrages ihre Nettobezüge schmälert. Daher ist die Interessenlage zwischen Jungen und Gesunden einerseits und Alten und Kranken andererseits unterschiedlich zu beurteilen. Die einen bewerten es eher positiv, wenn sie niedrige Beiträge zahlen, wenn sie bei Nichtinanspruchnahme von Leistungen eine Beitragsrückgewähr erhalten, oder wenn sie eine Beitragsermäßigung bei Selbstbehalt wie bei der Auto-Teilkaskoversicherung auch in der GKV herausholen können. Die anderen hingegen spüren Leistungskürzungen und Zuzahlungen existentiell.

Muß z.B. für eine große Medikamentenpackung in Zukunft DM 18,- oder für einen Krankenhaus- oder

Kuraufenthalt DM 22,- bzw. DM 35,- täglich hinzugezahlt werden, oder fallen Zahnersatz, Gesundheitsförderung, Heil- und Hilfsmittel, häusliche Krankenpflege, Fahrtkosten, Auslandsleistungen und Kuren ganz aus dem GKV-Leistungskatalog heraus, weil eine Kasse sonst ihre Beiträge erheblich erhöhen oder ggf. ganz schließen müßte, dann können Krankheiten selbst bei Beziehern durchschnittlicher Einkommen die materielle Lebensgrundlage erheblich beschneiden. Nicht selten bleibt dann nur noch der Weg zum Sozialamt - von der Amputation des Sozialstaates ganz zu schweigen. Jüngere und gutverdienende Arbeitnehmer werden im übrigen sehr schnell das sogenannte „Preis-Leistungsverhältnis“ zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung prüfen lassen, und ggf. in Scharen die GKV verlassen, der sie bisher als freiwillige Mitglieder und gute Beitragszahler die wirtschaftliche Basis verstärkt haben.

Mehr Wettbewerb - höhere Kosten und Risiken

Solche Prozesse sind aber auch gewollt und segeln unter der Devise „Mehr Wettbewerb“. Sie führen zur Risikoselektion, zum Mobbing gegen ältere und krankheitsanfällige Mitglieder, denn die Kasse muß ja rein ökonomisch gesehen darauf bedacht sein, ihre Risikostruktur so günstig wie möglich zu gestalten. Ist sie das nicht, scheidet sie aus dem Wettbewerb aus. Zur weiteren Beschleunigung dieses Vorgangs hat der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages, Dieter Thomas (FDP), angekündigt, daß der einnahmeorientierte Risikostrukturausgleich zwischen den GKV-Kassen wegfallen soll. Das bedeutet dann noch schneller das Aus für die Ortskrankenkassen, der bisher noch größten gesetzlichen Krankenkassenart. Viele Versicherte werden dann zu privaten Kassen, zu Ersatzkassen und zu sich für den Beitritt öffnenden Betriebskrankenkassen übergehen. Die Ersatz- und Betriebskrankenkassen „verschlechtern“ dann natürlich stetig auch ihre Risikostruktur und damit ihr Beitragsniveau.

Jeder weiß, mit dieser Art von Sparen wird nicht die Krankheit abgeschafft, ja es werden sogar - wie das Beispiel der USA zeigt - die Gesundheitskosten insgesamt steigen. Mit ihrem privaten Gesundheitswe-

sen zahlen die US-Amerikaner etwa die Hälfte mehr als die Deutschen, dort beträgt nämlich der Anteil der Gesundheitskosten am Bruttosozialprodukt über 12%, während er in Deutschland bei 8% liegt. Erheblich wird auch das Finanzrisiko der Bürger bei Krankheit steigen, das aus der eignen Tasche zu bezahlen ist. Und es ist zu erwarten, daß Kosten z.T. auf andere Sozialleistungsträger verschoben werden, wobei die Kommunen und Länder die Hauptleidtragenden sein werden. Natürlich werden auch mühsam aufgebaute Netze von Sozialstationen, Rehabilitationseinrichtungen und nichtärztlicher Heilberufe zerstört. Selbst Ärzte und Zahnärzte, die im Augenblick noch hoffen, von der Honorarfreiheit beim Zahnersatz und bei Versicherungen, die eine Kostenerstattung mit Selbstbehalt zu ermäßigtem Beitrag beantragen, zu profitieren, werden vielleicht am Ende bedauern, aus den „warmen Stuben der Kassenhonorare“ ausgestiegen zu sein.

Alles in allem geschieht da eine kleine gesellschaftliche Revolution von oben, die viele Gewerkschafter und Sozialdemokraten, die im Augenblick von einem Geflecht von semantischen Seehoferschen Worthülsen (Gestaltungsfreiheit der Selbstverwaltung, mehr Markt, mehr Freiheit für Arzt und Patient) trunken gemacht sind, noch gar nicht richtig begreifen. Bei Kassen und Medien herrscht auch eher Verwirrung, weil eine Tatarennachricht mit anschließenden Dementis die andere jagt. Gerade darum aber sind Keynesianer, Sozialpolitiker und Linke herausgefordert, möglichst schnell inhaltliche Gegenkonzepte medienwirksam zu machen und Widerstand gegen die 3. Stufe der Gesundheitsreform zu organisieren. spw

Jeder weiß, mit dieser Art von Sparen wird nicht die Krankheit abgeschafft, ja es werden sogar - wie das Beispiel der USA zeigt - die Gesundheitskosten insgesamt steigen.

„Mit der Art und Weise, Strafverfahren durchzuführen, hält sich ein Staat den Spiegel vor: Nirgendwo sonst nämlich werden, zumal gezielt - Einschränkungen der Grund- und Menschenrechte so drastisch praktiziert und empfindlicher von den Betroffenen erfahren als vor Gericht und hinter Gittern. Der Strafprozeß ist somit die Probe aufs Exempel des Rechtsstaats und damit ein Indikator für die Realisierung der Grund- und der Menschenrechte, zu denen sich heute jeder zivilisierte Staat bekennt ...“ (Sebastian Cobler)

Vor einem Jahr, am 18. Januar 1996, begann vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt der Staatsschutzprozeß gegen Monika Haas, Frauenbeauftragte der Frankfurter Universitätskliniken und alleinerziehende Mutter mehrerer Kinder.

Hintergrund

Im September 1977 wurde der Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer von der RAF gekidnappt. Am 13. Oktober des gleichen Jahres entführte ein palästinensisches Kommando die Lufthansa-Maschine "Landshut" auf ihrem Weg von Palma di Mallorca nach Frankfurt. Ihre Forderungen unter anderem: Freilassung deutscher RAF-Gefangener.

Zur gleichen Zeit lebt Monika Haas in Südjemen, ist seit einem Jahr mit einem Funktionär der Front für die Befreiung Palästinas PFLP verheiratet, hat ihren 9-jährigen Sohn nachkommen lassen und versorgt ihre zweimonatige Tochter, die nachweislich in genau diesem September lebensgefährlich erkrankt ist. Ihr vollständiger Rückzug vom politischen Geschehen ist nicht nur selbstbekundet, sondern auch durch Zeugen verbürgt.

Die dramatischen Ereignisse des "Deutschen Herbst" 1977 sind mittlerweile justitiell verhandelt und abgeurteilt worden. Mit einer Ausnahme: die Entführung der "Landshut". Monika Haas ist jetzt angeklagt, im Oktober 1977 Waffen nach Mallorca gebracht und einem palästinensischen Kommando übergeben zu haben.

Die Anklage stützt sich auf folgende - scheinbar voneinander unabhängige - Säulen:

- Aufzeichnungen von Vermutungen und Gerüchten zu Monika Haas durch Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, gesamt

melt um 1980 in der Operativ-Akte "Wolf";

- Vermerk solcher Gerüchte kurz darauf auch in Akten des Bundesverfassungsschutzes und des Bundeskriminalamtes, nach entsprechender Recherche als nicht stichhaltig verworfen, jetzt aber von der Bundesanwaltschaft angeführt;

- Aussagen einer Kronzeugin. Besonderheiten und Absurditäten prägen diesen Prozeß.

Besonderheit I:

Gerüchte als Beweismittel

Jedem Prozeßbeobachter in dem Verfahren gegen Monika Haas fällt sofort auf, welche dominante Rolle Gerüchte spielen. Gerüchte, sie sei Agentin; Gerüchte, sie hätte etwas mit dem Waffentransport zu den Landshut-Entführern zu tun. Gerüchte, gestreut, verbreitet, wieder eingesammelt von Geheimdiensten aus unterschiedlichsten Motiven, eine Quelle ist nicht zu finden. Oder doch? In den Vernehmungen des ehemaligen Stasi-Offiziers, der die OV-Akte "Wolf" gegen Monika Haas führte, gab dieser an: Anlaß für die Anlage der OV-Akte war eine BILD-Zeitungsmeldung noch während der Landshut-Entführung mit einem Foto von Monika Haas. Die Bildunterschrift behauptete fragend, sie gehöre zum Kommando. Schließlich: War die Haas nicht die Verlobte von einem Gefangenen und war die nicht in den Nahen Osten gegangen?

Kenner des Nahen Ostens wissen, daß insbesondere diese Region ein dankbarer Boden für Gerüchte ist. Wenn sie sich noch dazu an junge fremde Frauen kleben können, werden sie dankbar aufgegriffen und machen um immer neue Nuancen bereichert in Windeseile die Runden. Monika Haas kannte die meisten dieser Hörensagen-Geschichten gegen sich bereits im Südjemen, wehrte sich, aber nahm das ganze auch wiederum nicht so ernst. Ernst nahm die Stasi nach ihren eigenen Einlassungen vor Gericht ihre "Erkenntnisse" auch nicht: Sie stellten den Vorgang ein, weil die ursprünglichen Annahmen nicht bestätigt werden konnten. Die Akte galt nicht einmal als vorlagereif bei den mittleren Vorgesetzten, deswegen trage sie keinen Kontrollvermerk, so der verantwortliche Stasi-Offizier in der Hauptverhandlung.

Als "vorlagereif" jedoch gilt die Stasi-Akte bei einem deutschen

Gerüchte und ihre Folgen: Der Fall Monika Haas

von Cornelia Spohn*

Oberlandesgericht in Frankfurt am Main. Sie bekommt den Status als zentrales Beweismittel.

Besonderheit II:

Der Quellenschutz

Im Verfahren gegen Monika Haas spielt staatlicher Quellenschutz eine herausragende Rolle: Die "Quelle" der Gerüchte, die Eingang in eine Notiz von BKA und Verfassungsschutz gefunden haben und die als einfache Behauptung besagen, Haas hätte Waffen nach Mallorca für die "Landshut"-Entführung gebracht, wird sorgsam gehütet. Wer die "Quelle" ist, von wem sie wiederum gehört hat, darf in der Hauptverhandlung nicht beantwortet werden. Mehr noch: Nicht einmal die BKA- oder Verfassungsschutzbeamten, die die direkten Gerüchte-Empfänger waren, stehen für eine Befragung zur Verfügung. Und selbst die Notizen-Verwalter in den besagten Behörden erhielten nur eine beschränkte Aussagegenehmigung zu den Vermerken, die über Inhalt und Zeitpunkt des Anlegens nicht wesentlich hinausging. Selbst der persönliche Auftritt des Vorsitzenden Richters des erkennenden Staatsschutzsenates im Bundesinnenministerium nutzte nichts: keine Aussagegenehmigung, Quellenschutz. War die Quelle die Stasi? Deren Quelle war wiederum ein BILD-Zeitungsartikel.

Die Stasi-Akte galt nicht einmal als vorlagereif bei den mittleren Vorgesetzten. Bei einem deutschen Oberlandesgericht in Frankfurt am Main jedoch bekommt sie den Status als zentrales Beweismittel.

* Cornelia Spohn ist aktiv im „Forum für Monika Haas“

Die Beamten von BKA und Verfassungsschutz bekommen keine Aussagegenehmigung, Quellenschutz. War die Quelle die Stasi? Deren Quelle war wiederum ein BILD-Zeitungsartikel.

Besonderheit III: Die Kronzeugenregelung

Oktober 1994 wurde auf Drängen der Bundesanwaltschaft in Oslo die "Landshut"-Entführerin Souhaila Andrawes verhaftet. Die Verhaftung sollte der Bundesanwaltschaft zu einer Zeugin verhelfen (so auch der „Spiegel“, 52/95, S. 61). Das alleinige Thema der vernehmenden deutschen Beamten war denn auch Monika Haas.

Frau Andrawes beteuerte wieder und wieder, über eine Beihilfe oder Beteiligung von Frau Haas an der Entführung nichts zu wissen, geriet aber immer mehr in Panik angesichts der angedrohten Auslieferung und der zu erwartenden lebenslangen Haftstrafe in Deutschland. Auch die Lockungen der Kronzeugenregelung und Vorhalte aus den Stasi-Akten zeigten Wirkung: Andrawes belastete Monika Haas. Pikant: Daß sie in ihrer Not zu Erfindungen Zuflucht nahm, belegen unter anderem die BKA-Ermittlungen aus dem Jahre 1977.

In einem offiziellen Schreiben an das OLG Frankfurt nimmt Frau Andrawes 14 Monate später ihre Aussagen zurück. Sie widerruft sie allerdings auch nicht. Dies versucht sie während ihrer Urteilsverkündung Ende November 1996. "Monika Haas hat die Waffen nicht nach Mallorca gebracht!" ruft sie laut und deutlich in mehreren Sprachen. Als das Gericht ihre Aussage zu ignorieren versucht, schreibt sie einen Zettel und versucht diesen dem Bundesanwalt zu übergeben. Der lehnt ab. Er ist auch Ankläger in dem Prozeß gegen Monika Haas.

Die Bundesanwaltschaft muß um ihre Glaubwürdigkeit fürchten. Ihre so forsch vorgetragenen "Beweise" sind durch die Zeugenvernehmungen in der Hauptverhandlung widerlegt. Die Verurteilung von Monika Haas wird für die Ankläger zunehmend zu einer "Frage der Ehre" - und der erkennende Senat?

"Wer nämlich den Ankläger zum Richter hat ..., der braucht Gott zum Rechtsanwalt" so charakterisierte

Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung vom 6. Juli 96 einen sich ausbreitenden Trend auch bei oberen, im Bundesauftrag operierenden Justizorganen zu selbstherrlichem, von keinerlei Zweifel und Gegenbeweisen getrübt sturen Festhalten an einmal vorgefaßten Anklagen.

Der bisherige Prozeßverlauf gegen Monika Haas scheint dies zu bestätigen. spw

Ausgewählte Literatur

Kapferer, Jean-Noel: Gerüchte, das älteste Massenmedium der Welt, Kiepenheuer 1995

Der Prozeß gegen Monika Haas (1996). Eine Broschüre des Forum für Monika Haas und des Komitee für Grundrechte und Demokratie, zu beziehen über: Forum für Monika Haas, Tel.: 069/461720

Schultz, Irmgard (1995): Der "Fall" Monika Haas, die sprachliche Erzeugung einer Top-Terroristin und Super-Agentin, In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Heft 40, S.61-72.



181 S., DM 28,00
ISBN 3-89438-112-4



5 Bde., 2014 S., DM 98,00
ISBN 3-89438-191-4



159 S., DM 24,80
ISBN 3-89438-111-6



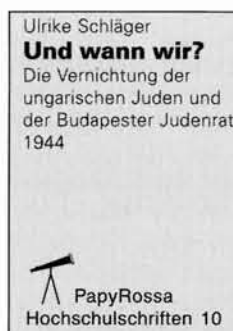
527 S., 677 Abb., DM 25,00
ISBN 3-89438-047-0



280 S., DM 38,00
ISBN 3-89438-124-8



129 S., DM 24,-
ISBN 3-89438-116-7



160 S., DM 28,-
ISBN 3-89438-108-6



94 S., DM 20,-
ISBN 3-89438-115-9

PapyRossa Verlag Petersbergstr. 4, 50939 Köln, Tel.: 0221/44 62 40, Fax: 0221/44 43 05

Anfang Dezember fand in Kathmandu (Nepal) das Council-Meeting der International Union of Socialist Youth (IUSY) statt. Erst vier Monate zuvor hatte das IUSY-Festival in Bonn einen Höhepunkt der sozialistischen Jugendinternationalen beschrieben. Traditionell ist dies eine Veranstaltung zum Kennenlernen und Zwischenbilanzieren. Wirklich neue Impulse gehen selten vom Council aus. Entscheidungen über Mitgliedschaften können nur einstimmig getroffen werden (diesmal u.a. das Jugendforum der bosnischen Sozialdemokratischen Partei und die ANC Youth League). Die weiteren Beschlüsse waren nicht spektakulär, zwei von ihnen sollen hier erwähnt werden.

Feminismus und sexuelle Selbstbestimmung

Lange wurde über die Frauenarbeit in der IUSY und die Bedeutung des Feminismus für den Sozialismus diskutiert. Es gibt sie wirklich noch, die Sozialisten, die die Frauenfrage für einen Nebenwiderspruch halten und Angst vor Feministinnen haben, weil diese doch gegen die Männer kämpften. Am Ende stand dennoch ein Beschluß, in dem autonome Frauenstrukturen als notwendiger Bestandteil der IUSY (v.a. des Festivals) beschrieben werden. Im übrigen soll die Feminist Working Group von Fall zu Fall entscheiden, ob sie zu ihren Sitzungen auch Männer zuläßt.

Erstmals mußte sich ein IUSY-Council auf Antrag der Jusos mit Schwulen- und Lesbenpolitik beschäftigen. In seinem Beschluß hält das Council das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung als grundsätzliches Menschenrecht fest und fordert von der IUSY eine stärkere Berücksichtigung der Situation Schwuler und Lesben. Doch Anzahl der Enthaltungen und einige Diskussionsbeiträge legten den Schluß nahe, daß auch diese Diskussion in einigen Verbänden noch sehr im Argen liegt.

Der eigentliche Schwerpunkt dieses Councils und sein richtungsweisender Charakter werden allerdings nicht deutlich, wenn man nur einen Blick auf die Beschlüsse wirft.

Globalisierung und Zukunft des Sozialismus

1995 wurde durch das IUSY-Präsidium (insbesondere von Roger Häll-

hag und Michael Rüter) eine Diskussion über die Zukunft des Sozialismus angestoßen. Seit Ende des Kolonialismus fehlte der Sozialistischen Internationalen und ihrer Jugendorganisation ein politisches Projekt. Zwar taten sich immer wieder einige konkrete Auseinandersetzungspunkte auf, wie der Kampf gegen die Apartheid in Südafrika, doch ein programmatischer Streit stand nicht mehr auf der Tagesordnung. Daher war die Entscheidung einer inhaltlichen Richtungsdebatte ein wichtiger Schritt auch für die Zukunft der eigenen Organisation. In der Debatte zeigten sich aber eine Reihe von Problemen. Nur wenige Mitgliedsverbände waren bereit und in der Lage, eine derartig grundlegende und über die Alltagspolitik hinausweisende Diskussion zu führen. Für viele von uns war dies ein Grund, die politische Zukunft der IUSY tiefschwarz zu malen. Doch während des Festivals wurde dieser Pessimismus durch die außerordentlich rege Beteiligung an den Debatten über die Folgen der Globalisierung widerlegt.

Ebenso wichtig war der Erfolg des Festivals als Ergebnis kampagnenorientierten Arbeitens. Anders als im Juso-Verband setzte dies keine ideologischen Diskussionen um Arbeitsweisen in Gang. Vielmehr wurde der Erfolg kampagnenorientierten Arbeitens anerkannt und allgemein die Notwendigkeit gesehen, diese Arbeitsweise innerhalb der IUSY zur Grundlage zu machen.

Recht auf Faulheit oder Vollbeschäftigungspolitik?

Der Wille zur inhaltlichen Diskussion und der kampagnenorientierte Umbau der IUSY sollen nun in einer Debatte um die Zukunft der Arbeit gebündelt werden. Begonnen wurde damit in Kathmandu. Im Laufe der nächsten Monate sollen sich alle Aktivitäten der IUSY diesem Schwerpunkt widmen. Ein gemeinsamer Aktionstag im Spätherbst diesen Jahres für das Recht auf Arbeit und Ausbildung ist angedacht.

Bereits das Council zeigte, daß noch viele Fragen unbeantwortet sind und die vorhandenen Antworten sehr unterschiedlich ausfallen. Die verschiedenen vorgelegten Diskussionspapiere verdeutlichten dies. Kontrovers verlief z.B. die Diskussion um die Frage der Bedeutung der Erwerbsarbeit in kapitalistischen Gesellschaften für eine sozialistische Politik. So wurde von einigen bei-

IUSY: Im Zeichen der Arbeit

von Heiko Kretschmer*

spielsweise das Recht auf Faulheit wiederentdeckt, seien SozialistInnen doch nicht für das Recht auf Arbeit, sondern für die Befreiung von derselben und die Sicherung eines Grundeinkommens.

Streitpunkt Sozialstandards

Ein weiterer Streitpunkt war die Frage nach der Durchsetzung sozialer Rechte und der Verbesserung der Bedingungen des Arbeitskampfes. Hier ist immer noch umstritten, ob die Verankerung sozialer Grundrechte (z.B. Zulassung freier Gewerkschaften und Streikrecht) in Handelsabkommen und der WTO sinnvoll ist oder nicht. So wird insbesondere aus Indien die Befürchtung laut, daß es sich hier nur um den Versuch handelt, in Zeiten neo-liberaler Freihandelsideologie einen moralisch begründeten Protektionismus des Nordens gegen den Süden zu ermöglichen. Andererseits zeigen gerade die aktuell aufflammenden Arbeitskämpfe in Südostasien, wie wichtig freie Gewerkschaften und ein allgemeines Streikrecht in diesen Ländern wären.

Kurzum: Es zeigt sich, daß IUSY ein hoch aktuelles und für unsere politische Zukunft zentrales Feld zu bestellen versucht. Die Jusos sollten sich daran aktiv beteiligen, wird auch ihr Einfluß in der Bundesrepublik sich daran messen, ob sie trotz Globalisierung hier konzeptionell nach vorne kommen. spw

Der Wille zur inhaltlichen Diskussion und der kampagnenorientierte Umbau der IUSY sollen nun in einer Debatte um die Zukunft der Arbeit gebündelt werden.

* Heiko Kretschmer, IUSY Vizepräsident, Marburg

New deal für Arbeit?

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Ralf Krämer und Thomas Westphal*

Die Beiträge dieses Heftschwerpunkts beruhen zum überwiegenden Teil auf Referaten und Vorlagen für die letzte Jahrestagung der spw, die am 6. - 8. Dezember 1996 in Hannover unter dem Titel „Perspektiven gewerkschaftlicher Gestaltungsmacht und die Zukunft sozialreformerischer Politik“ stattfand.

Bündnis für Arbeit - New deal?

Horst Schmitthenner liefert eine Einschätzung des „Bündnis für Arbeit“ vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen und formuliert Kernpunkte eines Alternativkonzepts, auf das die Linken sich verständigen und auf dieser Basis die ideologische und politische Auseinandersetzung zur Ablösung der jetzigen Bundesregierung aufnehmen sollten. Die Kernpunkte sind Arbeit, Sozialstaat, Ökologie und Demokratie.

Die von Thomas Westphal im Auftrag des spw-Arbeitsausschusses vorgelegten Thesen versuchen, unter strategischen Aspekten die Prozesse der Formierung sozialer und politischer Kräfte des gegenwärtig dominierenden „Standortblocks“ zu beschreiben und Ansatzpunkte und Chancen der Entwicklung eines alternativen „Umbaublicks“ aufzuzeigen. Dabei spielt die gewerkschaftliche Politik jedenfalls eine zentrale Rolle.

Jörg Huffschnid erklärt die Standortpolitik als Ausdruck

des Einsatzes des Staates für den Versuch, die Verwertungsschranken des Kapitals durch Weltmarktoffensiven auf andere Länder zu verschieben. Ein „alternativer Entwicklungstyp“ muß demgegen-

über Beschäftigungs-, soziale und ökologische Ziele in den Mittelpunkt stellen, das erfordert politische Steuerung und Umverteilung durch eine alternative Wirtschaftspolitik. Die europäische Währungsunion in ihrer gegenwärtig geplanten Form droht ein Vehikel zu werden, dies dauerhaft zu erschweren.

Kernpunkte einer wirtschaftspolitischen Alternative

Einen konkreten Vorschlag, durch Rückbesinnung auf eine antizyklische, keynesianisch orientierte Politik und ihre Weiterentwicklung 500.000 zusätzliche Arbeitsplätze und mittelfristig zugleich eine bessere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu erzielen als bei Fortsetzung der gegenwärtigen Politik, legt Sigrid Skarpelis-Sperk vor. Er beruht auf sehr vorsichtigen Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, aufgrund der darin nicht berücksichtigten besonders beschäftigungswirksamen investiven Struktur des vorgeschlagenen Zukunftsinvestitionsprogramms sind noch bessere Ergebnisse zu erwarten.

Ralf Krämer bewertet die bisherige Entwicklung alternativer Wirtschaftspolitik und des „Bündnis für Arbeit“

und vertritt die Auffassung, nur durch die Verbindung dieser Ansätze könne die Massenarbeitslosigkeit beseitigt werden. Zentral ist dabei die Forcierung allgemeiner Arbeitszeitverkürzung, nur so kann die notwendige Größenordnung neuer Beschäftigungsverhältnisse erreicht werden.

Bündnisse sind nötig

Die Notwendigkeit eines Bündnisses alter und neuer sozialer Bewegungen, um das sich besonders auch die NaturFreunde bemühen, betonen schließlich Petra Müller und Michael Müller. Nur wenn die ökologischen Fragen und die Kritik der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse miteinander verbunden werden, kann die Linke eine überzeugende Zukunftsperspektive entwickeln.

In den Diskussionen auf der spw-Tagung, aber auch in anderen Zusammenhängen der Linksozialdemokratie (etwa dem Frankfurter Kreis), der parteiungebunden oder in anderen Parteien organisierten Linken und in den Gewerkschaften wird deutlich, daß die Klarheit und die Übereinstimmungen über die Notwendigkeit und die Grundlinien einer Alternative zur herrschenden Politik in den letzten Jahren und Monaten gewachsen sind. Über die etwa von Horst Schmitthenner genannten Forderungen dürfte im Prinzip ein weitgehender linker Konsens herrschen, der sich übrigens auch in den Inhalten der „Erfurter Erklärung“ oder dem von spw mitorganisierten parteiübergreifenden „Crossover“ niederschlägt.

Die Akzente und Gewichte werden allerdings unterschiedlich gesetzt und in einigen Punkten gibt es auch kontroverse Auffassungen. Die Debatte wird weitergeführt werden müssen. Wichtige Fragen sind insbesondere:

Weiter zu diskutierende Fragen

- Die Bedeutung und Grenzen des Keynesianismus, konkret das Verhältnis von Nachfragesteuerung und an der Produktionsseite ansetzender Politik, das Verhältnis regionaler Politik und betrieblichen Co-Managements zu alternativer Wirtschaftspolitik auf nationalstaatlicher Ebene, das Verhältnis ökologischen Umbaus zu Wachstumspolitik,¹ und das Verhältnis von öffentlicher Kreditaufnahme und steuerlicher Umverteilung zur Finanzierung alternativer Wirtschaftspolitik.²

- die Positionierung zur geplanten Europäischen Währungsunion (EWU). Hier besteht zwar weitgehende Einigkeit in der Ablehnung der einseitig monetaristisch-restriktiv ausgerichteten Konvergenzkriterien, die die Möglichkeiten beschäftigungsorientierter Politik erheblich einschränken, aber Dissens darüber, ob das nun die Ablehnung dieses Projekts zu Folge hat und ob es sinnvoll ist, als Linke eine Kampagne an diesem Punkt zu führen.

In spw werden wir schon in der nächsten Ausgabe die Diskussion dieser Fragen weiterführen. Ein weiteres Forum, in dem diese Debatten weiter geführt werden sollen, bietet der „Crossover“-Prozeß, der in diesem Jahr mit einer Tagung zur EWU-Frage und mit einem zweiten großen öffentlichen Kongreß im Herbst fortgesetzt werden soll. Dabei werden dann die politischen Bedingungen und Möglichkeiten einer Ablösung der Rechtsregierung durch eine rot-grüne Alternative verstärkt diskutiert werden. spw

Die Klarheit und die Übereinstimmungen über die Notwendigkeit und die Grundlinien einer Alternative zur herrschenden Politik sind gewachsen.

* Ralf Krämer, spw-Redaktion; Thomas Westphal, Mitherausgeber der spw

1 Vgl. dazu in der letzten spw (1/97) die Artikel von Bömer und Krämer/Bimboes.

2 Vgl. ebd. den Text der AG Finanzen des Frankfurter Kreises.

I. Aktuelle Situation

1. Konzept der Bundesregierung

Als Helmut Kohl 1982 mit Hilfe der FDP die Regierung übernommen hatte, kündigte er eine „geistig-moralische Wende“ an. Dieses neokonservative Projekt war und ist mit einem ordnungs- und gesellschaftspolitischen Konzept verbunden, das durch die Stichworte Deregulierung, Individualisierung und Flexibilisierung beschrieben werden kann. Dieses Konzept zielt darauf, die „Ware Arbeitskraft“ von „hemmenden“ kollektiven Regulierungen zu befreien, um sie effektiver den sich immer schneller verändernden Produktions-, Markt- und Verwertungsbedingungen anpassen zu können.

Diese konservativ/liberalistische Strategie wird ideologisch durch die Spar-, Mißbrauchs- und die Leistungsdebatte flankiert. Arbeitgeberverbände und Bundesregierung vertreten die Position, daß die Leistungen der Sozialversicherungen überbordend seien und eingeschränkt werden müßten, um die Haushalte zu sanieren und die Maastricht-Kriterien zu erfüllen. Diese These wird unbeschadet der Tatsache in die Diskussion gebracht, daß die Sozialleistungsquote auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik gesunken ist¹ und für Gesamtdeutschland lediglich bei 33,3% liegt - trotz explodierender Massenarbeitslosigkeit und „Kosten der Einheit“.

Einer Streichung und Kürzung von Sozialleistungen wird zudem mit dem Argument das Wort geredet, daß der angeblich vorhandene Sozialmißbrauch eingeschränkt werden müsse. Damit wird versucht, eine weitere Spaltungslinie zwischen Sozialleistungsbeziehern und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einzuziehen. Bis heute liegen keine seriösen Zahlen zur Höhe des „Mißbrauchs“ von Sozialleistungen vor. Offensichtlich ist aber, daß es sich im Verhältnis der Gesamtausgaben um verschwindend geringe Summen handelt, die bei zunehmender Arbeitslosigkeit und zunehmendem Druck in der Gesellschaft eher noch im Umfang abnehmen.

Bündnis für Arbeit - New deal für mehr Beschäftigung oder sozialpartnerschaftlicher Trugschluß?

von Horst Schmitthener*

Weiterhin wird behauptet, daß eine Absenkung von Sozialleistungen höhere Leistungsanreize für Erwerbsarbeit mit sich bringen würde („Lohnabstandsgebotsdebatte“). Diese Leistungsanreizdebatte ignoriert, daß die Vermögens- und Einkommensverteilung in der Bundesrepublik stetig weiter auseinander fällt.²

2. Neue Qualität der Regierungspolitik

Die Regierungspolitik hat seit Anfang der 90er Jahre und insbesondere jetzt durch die Verabschiedung des „Sozialkalkülschlagspaketes“ am 13. September 1996 noch einmal eine neue Qualität erhalten. Während es der Bundesregierung bis Ende der 80er Jahre in erster Linie um die kontinuierliche Beschneidung von Sozialleistungen ging,

Während es zunächst um die kontinuierliche Beschneidung von Sozialleistungen ging, entwickelt sich die Politik nunmehr zu einem Generalangriff auf die Grundstrukturen des Sozialstaates.

* Horst Schmitthener ist Mitglied des Vorstands der IG Metall. Der Text ist die überarbeitete Fassung eines Referats auf der spw-Jahrestagung im Dezember 1996.

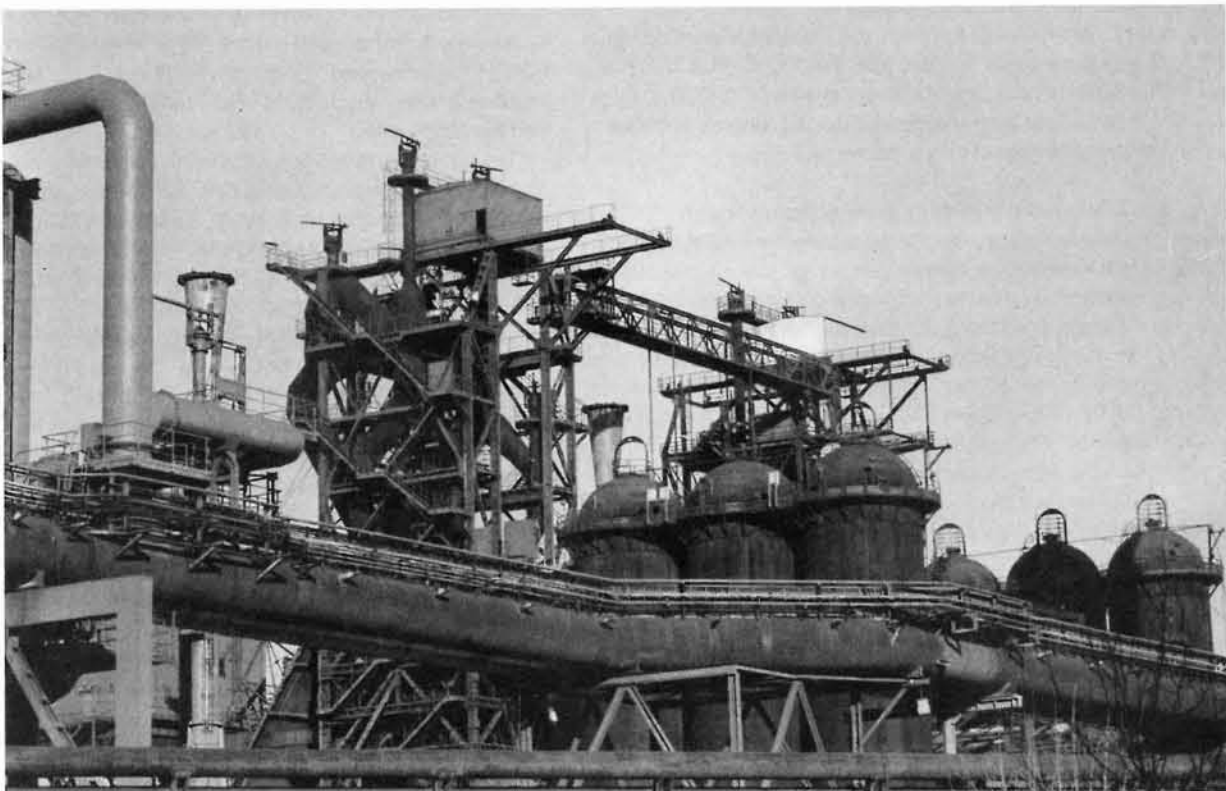


Foto: Barbara Underberg, Bochum

entwickelt sich ihre Politik nunmehr zu einem Generalangriff auf die Grundstrukturen des Sozialstaates.

Ein wesentliches Element des Sozialstaates Bundesrepublik sind seine Sozialversicherungsstrukturen. Diese Grundprinzipien des Sozialversicherungswesens werden zur Disposition gestellt. Beispielsweise durch die zunehmende Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung und durch die sogenannte Kompensation des Arbeitgeberanteils in der Pflegeversicherung wird der Grundsatz der paritätischen Finanzierung über Bord geworfen. Durch die zunehmende Privatisierung in diesem Bereich wird überdies das Solidarprinzip unterminiert.

Zudem stellen die Kürzungen im Leistungsbereich der Sozialversicherungen - insbesondere in der Arbeitslosenversicherung - oftmals schon einen verfassungsrechtlich unhaltbaren Eingriff in bereits erworbene Anwartschaften der Versicherten dar und tangieren das ansonsten von der Bundesregierung so hoch gehaltene Versicherungsprinzip (Äquivalenzprinzip).

Einen weiteren Eckpfeiler des Sozialstaats Bundesrepublik stellt die Tarifautonomie dar. Bereits in den 80er Jahren ist durch die Verschärfung des § 116 AFG (Kalte Aussperrung) ein struktureller Eingriff in die Tarifautonomie vorgenommen worden. Dieser Weg wird durch die Regierung konsequent weiter beschritten:

Durch bereits durchgeführte AFG-Novellen und insbesondere durch das geplante AFRG wird die Tarifautonomie über Förderbedingungen, z.B. für die aktive Ar-

beitsmarktpolitik, nahezu außer Kraft gesetzt. Im Entgeltfortzahlungsgesetz - Bestandteil des sogenannten Sparpakets vom 13. September 1996 - ist die Unabdingbarkeit tariflicher Urlaubsansprüche

eingeschränkt worden. Damit sind weitere entscheidende Schritte gegangen worden, um Tarife zu entwerfen und damit letztlich auch die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie anzugreifen.

Ein weiterer Beleg für die neue Qualität des Regierungshandelns ist, daß die Regierung jetzt durch die weitgehende Zerschlagung des Kündigungsschutzrechtes und die Kürzung der Lohnfortzahlung auch die Kernbelegschaften ins Visier nimmt.

3. Veränderung der Rahmenbedingungen

Daß die Konservativen sich trotz der realen Fakten mit ihren ideologischen Positionen soweit haben durchsetzen können, ist nicht zuletzt auch ein Resultat der internationalen Entwicklung. Durch den Wegfall des internationalen Systemgegensatzes ist die Sonderrolle, die die Bundesrepublik an der Grenze der Systeme eingenommen hatte, weggefallen. Ihre Aufgabe, als „Bollwerk gegen den Bolschewismus“ zu dienen, ist entfallen.

Die Nachkriegsordnung hat sich aufgelöst. In diesem Kontext werden auch die Lehren, die in einem breiten gesellschaftlichen Konsens aus dem Faschismus gezogen wurden, über Bord geworfen und entsprechende Geschichtsklitterung betrieben. Die Erkenntnis, daß der Kapitalismus Voraussetzung für die Entstehung des Faschismus gewesen ist; und die Erkenntnis, daß der Kapitalismus und dessen unsoziale Auswüchse zumindest durch sozialstaatliche Regulierung, Einbeziehung der Gewerkschaften, sowie durch ausgebaute Tarifautonomie, eingeschränkt werden muß, wird immer mehr verdrängt.

Ein weiterer Aspekt, der es den Arbeitgebern und ih-

ren Interessenvertretern in der Regierung leicht macht ihr Konzept durchzusetzen, besteht in der Globalisierung der Märkte. Diese Globalisierung wird ideologisch in Form der Standortdebatte verarbeitet und dient dazu, mit dem Argument der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ immer schlechtere Arbeits- und Lebensbedingungen für breite Kreise der Bevölkerung durchzusetzen.

Die pauschale Behauptung, die deutsche Wirtschaft leide im Vergleich zu den wichtigsten Handels- und Wettbewerbsstaaten unter einer hohen Soziallast, entpuppt sich aber als Zweckpropaganda. Denn betrachtet man die allgemeine Abgabenquote und die Sozialleistungsquote, so zeigt sich immer wieder das gleiche Bild: Deutschland liegt bei all diesen Größen im europäischen Mittelfeld. D.h. die Standortdebatte wird von den Arbeitgebern mit Unterstützung der Bundesregierung angezettelt, um die sozialstaatlichen Strukturen zu zerschlagen.

In den Nachbarländern nimmt die Diskussion einen ähnlichen Verlauf, mit der Folge, daß ein Unterbietungswettbewerb stattfindet. Dieser Prozeß wird durch wachsende Massenarbeitslosigkeit und steigende Armut noch flankiert. Je höher die Arbeitslosigkeit ist und desto schlechter die Sozialleistungen ausgestaltet sind, umso eher gelingt es, gesellschaftlichen Widerstand zu brechen.

4. Folgen

Immer deutlicher wird, daß dieses neokonservative Projekt der Standortsicherung durch Sozialstaatsschwächung mit enormen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Folgekosten verbunden ist und auf ein Desaster hinausläuft: Haushaltskonsolidierung über die Kürzung staatlicher Sozialleistungen wirkt insbesondere in wachstumsschwachen Phasen konjunktur- und arbeitsmarktpolitisch kontraproduktiv. Zum einen schwächt sie die Funktion der Sozialeinkommen als anti-zyklischem Nachfragestabilisator. Zugleich führt die Nachfrageschwäche und die Einschränkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu einer Zunahme der Massenarbeitslosigkeit und damit zu erheblichen Mehrausgaben (für Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, Wohngeld usw.) und Mindereinnahmen (bei Steuern und Sozialbeiträgen).

Die neokonservative Standortpolitik fördert ein ökonomisches Wachstumsmodell, das mit immer weniger Arbeitskräften auskommt. Folge ist die bekannte Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit über die Konjunkturzyklen hinweg. In Verbindung mit der Kürzung von Sozialleistungen beschleunigt dies eine immer stärkere Ausgrenzung einer wachsenden Bevölkerungsminderheit, die Bildung einer „neuen Unterklasse“, wie es heute in der Soziologie genannt wird. Zugleich erhöht die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen das Risiko von Einkommens- und Arbeitsplatzverlust für die Beschäftigten, die sich dann durch den rasanten Beschäftigungsabbau ohnehin bedroht fühlen. Reale Marginalisierung am Rande und Statusgefährdungen und Verunsicherung im Kern der „arbeitnehmerischen Mitte“ zerstören den Zusammenhalt und die Integrationsfähigkeit der Arbeitsgesellschaft.

Randständige Lebenslagen und soziale Statusängste zerstören das Vertrauen der Menschen in die Problemlösungskompetenz des politischen Systems. Hier liegen die Ursachen für politische Apathie, Wahlabstinentz, Politikverdrossenheit, Ausländerfeindlichkeit und fehlendes gesellschaftliches Engagement. Hinzu kommen Akzeptanz-

Eine Strategie, die die Forderungen des Bündnisses für Arbeit im wesentlichen durch Kanzlerrunden durchsetzen wollte, war auf Sand gebaut.

und Legitimationsprobleme der demokratischen Organe und Repräsentanten des politischen Systems durch die Kapitulation vor den angeblich übermächtigen Sachzwängen der Weltmarktkonkurrenz. Wenn heute quer durch alle Parteien unisono als zentrale Aufgabe gestalterischer Politik formuliert wird, Deutschland, das jeweilige Bundesland oder die jeweilige Kommune so zu gestalten, daß sie als Standort für die global agierenden Konzerne möglichst attraktiv sind und die übrigen Probleme der Menschen keine Rolle mehr spielen, dann haben wir ein Demokratieproblem. Wenn der Weltmarkt vorgibt, wie Politik auszusehen hat, dann werden demokratisch gewählte Institutionen und Politiker zu ausführenden und passiven Verwaltern von Sachzwängen. Mit demokratischer, „bürgernaher“ Politik hat das nicht mehr viel zu tun.

II. Gegenstrategien

Das Aufzeigen der Widersprüche der weltmarktfixierten Standortpolitik ist eine Sache; eine andere ist die Notwendigkeit der Erarbeitung eines politischen Alternativkonzeptes, das die in der Bevölkerung weit verbreitete Unzufriedenheit politisch bündelt. Ohne eine solche Alternative droht der gesellschaftliche Unmut auch weiterhin in Resignation und „Politikverdrossenheit“ umzuschlagen.

1. Bündnis für Arbeit

In diese Überlegungen läßt sich auch der gewerkschaftliche Vorschlag eines „Bündnisses für Arbeit“ einordnen.

Dieser Vorschlag ist offensichtlich gescheitert: Nachdem sich die Regierung vollumfänglich auf die Vorschläge von Klaus Zwickel bezogen hatte, und nachdem auch die Arbeitgeberverbände zögerliches Interesse bekundeten, wurde relativ schnell deutlich: Es existierte zwar eine Bereitschaft, die im Vorschlag enthaltenen Zugeständnisse aufzugreifen, indessen waren weder Kabinett noch Kapital bereit, die damit verbundenen Forderungen zu erfüllen. Hier unterlagen die Gewerkschaften Illusionen, weil die Rahmenbedingungen, unter denen dieser Vorschlag entwickelt wurde, nicht hinreichend eingeschätzt wurden.

Offensichtlich ist, daß die materiellen Grundlagen sich erheblich verändert haben. Durch die chronische Wachstumsschwäche der Ökonomie werden die verteilungsneutralen Verteilungsspielräume geringer. Bereits dies erhöht die Konflikttintensität der Verteilungsauseinandersetzung. Diese Tendenz wird durch den Wegfall des internationalen Systemgegensatzes und zunehmende Globalisierung der Märkte noch unterstützt.

Diese Prozesse finden ihre Widerspiegelung darin, daß Kapital und Regierung den sozialpolitisch geprägten Klassenkompromiß der Nachkriegsordnung aufgekündigt haben, was sich in der bereits dargelegten neuen Qualität der Regierungspolitik manifestiert. Mithin war eine Strategie, die die Forderungen des Bündnisses für Arbeit im wesentlichen durch Kanzlerrunden durchsetzen wollte, auf Sand gebaut.

Diese Erkenntnis hat sich auch bis zu einem gewissen Grad in den Gewerkschaften durchgesetzt. Dies zeigte sich in erfreulicher Weise in den durchgeführten Großdemonstrationen gegen das Kahlschlagpaket und in den breiten Protestaktivitäten gegen die angekündigten Tarifbrüche bei der Lohnfortzahlung.

Man könnte es sich im Rahmen linker Diskussionsveranstaltungen leicht machen und es bei dieser Einschät-

zung bewenden lassen: dies würde jedoch dem Vorschlag nicht gerecht werden.

Zum einen ist mit diesem Vorschlag eine Politisierung der Gewerkschaften verbunden gewesen. Er zielte nicht nur auf die Vertretung der Kernbelegschaften, sondern beinhaltete überdies sozialpolitische Elemente. In der Praxis ist zu oft nach dem Motto verfahren worden: „Wir sind für die Tarifpolitik zuständig, für Sozialpolitik sind es andere.“ Das konnte überwunden werden. Gewerkschaften haben dokumentiert, daß sie nicht nur Interessenvertretung der aktuell abhängig Beschäftigten sind, sondern aller, die grundsätzlich vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängig sind.

Zum anderen aber und - dies ist der politische Kerngedanke des Bündnisses für Arbeit, an dem ich unbedingt festhalte - geht es darum, regulierend auf den Wirtschaftsprozesse einzuwirken. Der Vorschlag, gewerkschaftliche Zugeständnisse an den Aufbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und an den Verzicht auf Sozialkürzungen zu binden, stellte den Versuch dar, klassische Felder des unternehmerischen Handelns vom Profitinteresse zu lösen und sozialen Kriterien zu unterwerfen.

Es ging schlicht darum, einen Teil des durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwirtschafteten Produktivitätsfortschrittes der alleinigen Verfügung des Kapitals zu entziehen und für gesellschaftlich nützliche Zwecke, die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu verwenden. Das Anliegen, in diesem Bereich Einfluß zu gewinnen und hier konkret politikfähig zu werden, halte ich nach wie vor für zentral. Es muß unsere weitere Politik bestimmen.

2. Weitergehende Perspektiven

Gerade die Geschehnisse der letzten Monate verdeutlichen, daß wir im wesentlichen vor drei Anforderungen stehen: Zum ersten geht es darum, gesellschaftlichen Widerstand zu organisieren und damit verbunden gesellschaftliche Bündnisse aufzubauen, wie wir es in der Auseinandersetzung um das sogenannte „Sparpaket“ gemacht haben. Zum zweiten müssen wir die ideologische Auseinandersetzung wieder aufnehmen und Alternativkonzepte anbieten. Zum dritten müssen wir ein Klima schaffen, das es ermöglicht, spätestens 1998 diese Regierung abzulösen.

a) Alternativkonzept

Es kommt darauf an, innerhalb der Linken einen mittelfristigen Minimalkonsens zu entwickeln, der auf der politischen Ebene auch die Ablösung der bestehenden Regierung ermöglicht. Ein solcher Minimalkonsens muß so breit angelegt sein, daß er zum einen auch diejenigen, die unsere weitergehenden Perspektiven nicht teilen, nicht ausgrenzt, zum anderen aber auch eine reale Alternative zum bestehenden Regierungskurs darstellt.

Aus meiner Sicht müssen Eckpunkte eines solchen Konsenses sein:

- die reformorientierte Weiterentwicklung des Sozialstaates;
- die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut und der verschiedenen Spaltungslinien in der Gesellschaft;
- der ökologischer Umbau der Gesellschaft;

Wir müssen die ideologische Auseinandersetzung wieder aufnehmen und Alternativkonzepte anbieten und ein Klima schaffen, das es ermöglicht, spätestens 1998 diese Regierung abzulösen.

Foto: Barbara Underberg, Bochum



- die Sicherung und der Ausbau der demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger.

Ich will dies am Beispiel der Sozialstaatspolitik konkretisieren. Für die Gewerkschaften steht nach wie vor die

Der Maßstab für eine Zusammenarbeit der verschiedenen Oppositionsparteien liegt in einem gemeinsamen inhaltlichen Alternativprogramm.

Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit im Zentrum der Politik. Die Gewerkschaften haben ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm als Alternative zur Kahlschlagspolitik der Bundesregierung vorgelegt. Dieses enthält konkrete durchgerechnete und praktikable Schritte zur Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000.

Ziel ist es, in den nächsten 4 Jahren die Zahl der Arbeitslosen um ca. 500.000 jährlich abzubauen. Das Konzept sieht vor:

1. Verkürzung der Arbeitszeit um 2% pro Jahr.
2. Hinzukommen muß eine investitionspolitische Offensive der öffentlichen Hände im Volumen von 0,8% des Brutto-Inlandsproduktes.
3. Die dritte Komponente wäre eine Senkung des Diskontsatzes durch die Bundesbank, um die Investition anzuregen.
4. Und schließlich könnte durch eine Realloohnerhöhung von jährlich 1% eine Stärkung der wirtschaftlichen Nachfrage erreicht werden.

Aus diesen Maßnahmen würde sich insgesamt ein Arbeitsplatzplus von 1,8 bis 1,9 Mio. ergeben.

Hinzu kommen müßte aus meiner Sicht noch eine Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Nach Berechnung des IAB finanzieren sich Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik - je nach Maßnahme unterschiedlich - bis zu 90% durch Einsparungen an anderer Stelle selbst. Die strukturpolitischen Effekte, die durch aktive Arbeitsmarktpolitik erzielt werden, sind in diesen Berechnungen noch gar nicht enthalten. Wenn es überdies ge-

lingt, die aktive Arbeitsmarktpolitik mit strukturpolitischen Regionalkonzepten zu verbinden, kann ihr Nutzen noch weiter erhöht werden.

Zudem brauchen wir einen Umbau des Steuer- und Sozialversicherungssystems. Ich meine hier einen Umbau, der diesen Namen auch wirklich verdient. Sozialpolitik müßte wieder ihrer eigentlichen Aufgabe zugeführt werden, nämlich Umverteilung von Oben nach Unten zu betreiben. Konkrete Vorschläge liegen hierzu auf dem Tisch:

Es muß darum gehen, eine bedarfsorientierte Mindestsicherung in die bestehenden Sozialversicherungssysteme zu integrieren. Dabei steht die Eindämmung von Armut und die Sicherung eines garantierten Minimums an gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe sowie die Eindämmung von Benachteiligungen in der Sozialversicherung (vor allem gegenüber Frauen) im Mittelpunkt. Hier ist keine generelle Abkoppelung vom versicherungsrechtlichen Äquivalenzprinzip gemeint, aber eine steuerfinanzierte Aufstockung der unteren Leistungen aus der Sozialversicherung.

Finanzierungsmöglichkeiten alternativer Politik

Das Geld für diese Konzepte ist vorhanden. Es kann auch mobilisiert werden. Und zwar ohne Sozialabbau und Lohnklau! Wer zwingt die Politik eigentlich dazu, es hinzunehmen, daß allein durch Steuerhinterziehung, illegale Beschäftigung und fehlende Betriebsprüfungen den Finanzämtern Jahr für Jahr dreistellige Milliarden-Beträge verloren gehen?

Was ist mit den wahnwitzigen Kapitalmassen, die auf den internationalen Finanzmärkten herumvagabundieren? Täglich werden über 1 Mrd. US-Dollar zu Spekulationszwecken um den Globus gejagt. Sie sind der Konjunktur und ökologisch sinnvollen Investition entgegen. Das Konzept, solche Spekulationen international zu besteuern (Tobin-Steuer), weist in die richtige Richtung.

Aber auch auf nationaler Ebene bestehen durchaus mehr Handlungsspielräume, als von der herrschenden Politik behauptet wird. Es ist höchste Zeit, die Frage einer

aktiven Umverteilungspolitik im Rahmen einer sozial-ökologischen Steuer- und Abgabenreform auf die politische Tagesordnung zu setzen. Ein erster Einstieg könnte durch eine ökologische Steuerreform vollzogen werden.

Zudem bietet sich angesichts der aktuellen Vermögensverteilung eine Abgabe auf sogenannte unproduktive Vermögen (z.B. Grund und Boden, größere Mietshäuser, hohe Aktien- und Geldvermögen), die ab einem bestimmten Wert (z.B. ab einem Vermögen von 2 Mio.) angesetzt und nach oben hin gestaffelt ist. Vor allem müssen aber endlich die Finanzierungsmittel in den Unternehmen, die nicht für Realinvestitionen oder Innovationen, sondern für Finanzanlagen benutzt werden, steuerlich höher belastet werden. Weitere Ressourcen ließen sich dadurch erschließen, daß das bestehende Steuerrecht auch tatsächlich durchgesetzt wird.

Weiterhin bietet sich eine Umgestaltung der Finanzierung der Sozialversicherungssysteme an: Ein wesentlicher Aspekt besteht hier in der Erhöhung der Reallöhne und Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Weiterhin muß Sozialpolitik - auch aus Kostengründen - in stärkerem Maße präventiv eingreifen. Dies gilt insbesondere für die Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik. Allein durch den Ausbau der präventiven Gesundheitsförderung könnten nach Erhebung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung bis zu 20 Mrd. DM eingespart werden.

Ein weiteres wichtiges Element besteht in der Reform der Beitragsfinanzierung der Sozialversicherungen. Die Sozialversicherungen müssen stärker als bisher durch staatliche Bundeszuschüsse finanziert werden. Denn an den Leistungen der Sozialversicherungen partizipieren nicht nur die Beitragszahler, sondern die gesamte Bevölkerung. Diese Leistungen fördern die Massenkaukraft

und bringen - z.B. im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik - strukturpolitische Effekte. Ein wichtiger weiterer Ansatzpunkt besteht in der Anhebung bzw. Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen.

b) Durchsetzungsperspektive

Neben einem inhaltlichen Konzept bedarf es auch einer Durchsetzungsperspektive. Auf die Hauptaspekte dieser Durchsetzungsperspektive habe ich bereits hingewiesen. Es muß darum gehen, weitergehende Perspektiven zu benennen und die konkreten Konflikte in diese Perspektiven einzuordnen.

Es bedarf offensichtlich auch einer Ablösungsoption gegenüber dieser Regierung. Dafür müssen alle Verantwortung übernehmen. Es kann nicht angehen, daß die verschiedenen Oppositionsparteien - wenn auch aus unterschiedlichen Gründen - sich vornehm zurückhalten und Kohl quasi als Institution akzeptieren.

Der Maßstab für eine Zusammenarbeit der verschiedenen Oppositionsparteien liegt dabei in einem gemeinsamen inhaltlichen Alternativprogramm. Wenn die politische Opposition wieder anfängt darüber zu diskutieren, wie ein solches Programm aussehen kann und wie hierfür gemeinsam - vor und nach den Wahlen - konkret mobilisiert werden kann, dann sind wir weit gekommen. **spw**

- 1 1975 betrug die Sozialleistungsquote in der alten BRD 33,9%, während sie sich 1994 auf dem gleichen Gebiet nur noch auf 30,2% belief
- 2 Bereits 1987 verfügte das oberste Fünftel der Haushalte in Westdeutschland über 56,3% des Gesamtvermögens, während das untere Fünftel lediglich über 6,9% verfügte. Diese Tendenz hat sich in der Zwischenzeit noch verschärft, umfassende aktuelle Erhebungen liegen aber nicht vor, da in dieser Republik das Interesse, den Reichtum zu untersuchen, nicht sonderlich ausgeprägt ist.

Die ökonomische Politik des internationalen Standortwettbewerbs durchzieht mittlerweile die gesamte politische Auseinandersetzung in Westeuropa. Im Vorfeld der geplanten europäischen Währungsunion greifen Globalisierungsthese und eindimensionales monetaristisches Denken immer stärker ineinander. Mittlerweile scheinen aber immer weitere Gruppen der europäischen Bevölkerung nicht mehr länger bereit zu sein, ihre sozialen Interessen und Ansprüche an das Leben diesen Zwängen des Weltmarktes unterzuordnen.

Im Zuge dieser Auseinandersetzungen ist mittlerweile eine paradoxe Gemengelage entstanden. Auf der einen Seite formulieren insbesondere fortschrittliche französische Wissenschaftler und britische Politikberater den Anspruch, mit Blick auf Deutschland von den Regeln, Werten und Strukturen des "rheinischen Wohlfahrtskapitalismus" lernen zu wollen, um auf diese Weise politische Stabilität und soziale Grenzpfähle für Marktexzesse auf "heimischen Boden" aufstellen zu können. Auf der anderen Seite werden gerade diese Werte, Strukturen und Institutionen durch Deutschlands politische und ökonomische Eliten bereits seit geraumer Zeit aktiv in Frage gestellt, umgedeutet und abgeräumt.

Für die Alternative "Europa als Kontinent des sozial-ökologischen Umbaus" oder "Europa als Führungs-Holding einzelner Standortstaaten" sind die Auseinandersetzung um die sozial-ökonomische Ausrichtung im europäischen Kernland Deutschland deshalb von besonderer Bedeutung. Insbesondere mit Blick auf die künftigen

Klassenpolitischer Realismus und radikale Reformpolitik

Thesen zur Zukunft sozialreformerischer Politik

von Thomas Westphal*

Wahlauseinandersetzungen rückt deshalb die Frage nach den Chancen und Umrisslinien einer "Linkshegemonie" wieder stärker ins politische Bewußtsein.

Die nachfolgenden Thesen sind deshalb weniger als ein Forderungskatalog oder als ein fortschrittliches Programmpuzzle zu verstehen. Sie sind vielmehr der Versuch, eine zeitgemäße Vorstellung von der sozio-ökonomischen Anordnung der gesellschaftlichen Kräfte in Deutschland und von den Chancen zur Umordnung dieser (Klassen)verhältnisse zu gewinnen.

* Thomas Westphal, Dortmund, Mitherausgeber der spw. Es handelt sich um die überarbeitete Fassung eines Thesenpapiers, das zur spw-Jahrestagung im Dezember 1996 vorgelegt wurde.

Es soll also der Versuch unternommen werden, die ökonomische Anpassungspolitik der Globalisierungsstrategie auf der einen und die sozial-kulturellen Formierungsprozesse auf der anderen Seite in Beziehung zu setzen. Aus dieser Betrachtung ergeben sich Hinweise auf Bedingungen und Aufgaben, die bei der weiteren Entwicklung eines ausstrahlungsfähigen sozialreformerischen Projektes zu beachten und zu lösen sind.

Dabei soll nicht der Versuchung unterlegen werden, Strategiepläne zu entwerfen, für die es keine realistische Operationsbasis gibt. Vielmehr sollen Antworten auf die Frage entwickelt werden, wie "eher schwache linkssozialistische Kräfte" trotz ihrer Schwäche eine Politik machen können, die einen Beitrag zur Entstehung eines neuen sozialen Blocks des Fortschritts darstellt.

These 1: Felder der konservativen Systemanpassung

Die vielfach analytisch zerlegte Geschichte des "Übergang vom Fordismus zum Postfordismus" stellt sich als eine Geschichte über den Vormarsch der kapitalistischen Klassen und ihrer politischen Repräsentanten gegen das historische Projekt des keynesianisch inspirierten Wohlfahrtsstaates dar. Zum tieferen Verständnis der erfolgreichen Landnahme des

Marktindividualismus in Deutschland ist es wichtig festzuhalten, daß dieser Vormarsch zwei Momente mit jeweils eigenständiger sozio-ökonomischer Bedeutung beinhaltet:

- Zum einen die konkrete Zurückdrängung, Abschaffung und Umfunktionierung von Institutionen und Regulationsformen des Wohlfahrtsstaates und den Aufbau eines Systems der individuellen Konkurrenz.
- Zum anderen die ideologische Integration der gegensätzlichen politisch-gesellschaftlichen Grundströmungen durch einen anti-etatistischen Populismus, in dessen Zentrum die konservative Moralvorstellung von der persönlichen Initiative, die von der "staatlichen Belagerung" befreit werden müsse, steht.

Ohne diese populistische Inszenierung einer "bürgerlichen Gesellschaft souveräner Konsumenten" wäre der gesellschaftspolitische Siegeszug des Marktliberalismus nicht zu denken gewesen. Die "Kernleistung" dieses anti-etatistischen Populismus bestand in der "Produktion" eines nach rechts verschobenen moralischen Konsenses in der deutschen Bevölkerung. Die leistungs- und statusorientierte Mitte und die gehobenen konservativen und technokratischen Schichten wurden mit Kernbestandteilen der Industriearbeiterschaft moralisch verbunden, indem ihre soziale Position gegen die sozialen "Sicherheitsansprüche" von unteren Schichten und "Kulturfremden" (Ausländer, Schwule und Lesben, Drogenabhängige usw.) artikuliert wurden. Ins Zentrum dieses "Statusbedrohungsszenarios" rückt dabei der Sozialstaat, der diese "Sicherheitsansprüche" auf Kosten der individuellen Leistungsfähigkeit und des "Besitzindividualismus" der mittleren Schichten durchsetzt.

Durch diese Denkfigur gelang es der politischen Rechten, obgleich sie mittlerweile selbst die Staatsmacht verkörperte, quasi im "Namen des Volkes" gegen eben jene angeblich ausufernde ökonomische Staatsmacht zu ziehen. Erst diese Verbindung zwischen Macht-

block und Volksempfinden verhinderte (Urnen)Aufstände größeren Ausmaßes gegen das Projekt der marktwirtschaftlichen Selbstverantwortung.

These 2: Hegemonie und Standortblock

Derzeit herrscht die Tendenz vor, im Zuge der anhaltende ökonomischen Wachstumskrise und des Verdrängungswettbewerbes am Weltmarkt die nationalen Volkswirtschaften in einer umfassenden gegenseitigen Konkurrenz um das hochflexible und mobile Kapital zu sehen. Die Globalisierung und die notwendige Anpassung Deutschlands an den internationalen Wettbewerb ist längst zur zentralen Achse für den schon angesprochenen anti-etatistischen Diskurs der Konservativen geworden.

Wir sprechen in diesem Zusammenhang von einem Standortblock, der z.Zt. die sozial-ökonomischen und politischen Prozesse in Deutschland beherrscht. Von einem Block sprechen wir nicht deshalb, weil es innerhalb der kapitalistischen Klassen keine Widersprüche gäbe, diese gibt es sehr wohl. Sondern deshalb, weil es derzeit noch immer gelingt, die Klasseninteressen von international agierenden Unternehmen so mit anderen nicht-klassenspezifischen Themen (wie z.B. Weltoffenheit und Grenzüberwindung, neue Arbeitsinhalte und persönliche Verantwortung, Nutzung der individuellen Kompetenzen und Arbeiterleichterung durch Technik) in einen Zusammenhang zu stellen, daß breite Volksschichten und kleine und mittlere Unternehmen die Realisierung dieser Interessen als fundamental für ihre eigenen Interessen begreifen.

Die Denkfigur der alternativlosen globalen Herausforderung gepaart mit der konservativen Moral von der persönlichen Initiative spielen die Begleitmusik zur immer umfassenderen Herrschaft der großkapitalistischen Klasseninteressen über die Entwicklungsmöglichkeiten der Individuen.

Gleichzeitig werden aber auch die politisch-ideologischen Grenzen dieser Systemanpassung durch den Standortblock deutlicher. Eine dauerhaft tragende Prosperitätskonstellation mit einer entsprechenden ökonomischen Stabilitätsperiode ist trotz des Vorrückens gegen wohlfahrtstaatliche Institutionen längst nicht in Sichtweite. Die immer neuen politischen und betrieblichen Angriffe gegen Institutionen des "rheinischen Wohlfahrtskapitalismus" gefährden das spezifische Stabilitätsfundament der deutschen Rechtsregierung: Die vertikale Verbindung zwischen den unterschiedlichen Volksschichten und dem konservativen Machtblock droht gesprengt zu werden.

Eine Fortsetzung der drastischen Zerlegung der wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen scheint absehbar nur noch um den Preis des Zerfalls der gesamtgesellschaftlichen Integrationskraft der konservativen Partei und der Unregierbarkeit der deutschen Gesellschaft möglich. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sind auch die zunehmenden Richtungsauseinandersetzungen innerhalb der Klassen des Standortblocks und der Regierungsparteien zu verstehen.

Die Phase der politisch-ideologischen Stabilität, in der die gesellschaftlichen Verhältnisse in traditionellen Bahnen reproduziert werden können, scheint nach der ideologischen Sonderphase der deutsch-deutschen Vereinigung ihrem Ende entgegen zu gehen. Immer weniger gelingt es dem herrschenden Block, die Widersprüche zu absorbieren und ideologisch zu verschieben. Immer häufiger zeigen sich Vorboten einer Phase der ideologischen

Die "Kernleistung" des anti-etatistischen Populismus bestand in der "Produktion" eines nach rechts verschobenen moralischen Konsenses in der deutschen Bevölkerung.

Krise, die die sozial-ökonomische Krise zu einer gesamtgesellschaftlichen Stabilitätskrise werden läßt.

Allerdings zeigt sich immer wieder, daß in dieser Phase einer heraufziehenden heftigen ideologischen Vertrauenskrise zwischen dem Machtblock und dem Volk die politische Führung der Sozialdemokratie und auch Teile der Gewerkschaftsführung immer wieder als Bestandteil des Machtblocks, gegen den sich das Mißtrauen richtet, identifiziert wird.

These 3: Umbaublock und das Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur

Aus unserer Sicht beruht die Hegemonie von Herrschaftsbeziehungen in konkreten Gesellschaftsformationen auf der ideologischen Vermittlung von materiellen Reproduktionsinteressen der Kapitalakkumulation mit nicht klassenspezifischen Momenten des sozialen Zusammenlebens, die eher in der Welt der Alltagspraxen und -weisheiten, der Rituale und Identitäten angesiedelt sind.

Die (Volks)Mobilisierung durch symbolische Inszenierung ist für uns keine Strategie zur Verschleierung objektiver sozialer Verhältnisse. Die symbolische Reproduktion des Menschen und seiner sozialen Beziehungen ist für uns neben der Ebene der materiellen Reproduktion noch eine zweite, eigenständige Ebene, auf der gesellschaftliche Zusammenhänge entstehen und Klassenverhältnisse entwickelt werden. Die ideologische, diskursive gesellschaftliche Positionierung und Konstitution von Individuen zu sozio-politischen Subjekten ist selbst eine soziale Realität. Insbesondere in der jetzigen, offenen ideologischen Phase, die sich durch vielfache Identitätskrisen der sozial Handelnden auszeichnet, ist es eine politische Notwendigkeit, das sogenannte populär-demokratische Feld, also die ideologische Anrufung des Volk-Elite-Gegensatzes, von links zu besetzen.

Aus dieser politische Perspektive heraus gedacht wird es gleichzeitig notwendig sein, zum einen den deutschen

Konservativen die Möglichkeit zu nehmen, aktuelle Widersprüche zwischen Globalisierungsverheißungen, europäischer Währungsunion und sozialer Realität ideologisch zu verschieben, und zum anderen den autoritär-nationalistischen Kräfte die Möglichkeit zu nehmen, die Europakritik einzig und allein DM-chauvinistisch zu übersetzen. Dies kann letztlich nur gelingen, wenn ein alternativer ideologischer Diskurs einen Sinnzusammenhang zwischen einem Nein zum monetaristischen Europa und den Perspektiven einer sozial-ökologischen Umbauwirtschaft aufbauen kann. Ähnliches scheinen einige Intellektuelle in Frankreich mit ihrer öffentlichen Polemik gegen die Deutsche Bundesbank bereits zu versuchen.

Diese Frage wird aus unserer Sicht zum entscheidenden Operationsgebiet für die

Reformierung eines ökologisch-solidarischen Diskurses und der politischen Entwicklung der nächsten Jahre. Zum einen wird die gesellschaftspolitische Trennlinie der Globalisierung immer stärker zum Bündnisgrund

für die sonst isoliert voneinander agierenden Kräfte aus Arbeit, Wissenschaft und Kultur, ohne daß diese ihre vielfältigen und unterschiedlichen Erfahrungen und politischen Identitäten aufgeben müssen. Zum anderen wird aber auch immer deutlicher, daß eine Politik, die die drängenden ökologischen und sozialen Probleme lösen will, nicht an dieser Trennlinie vorbei operieren darf, weil sie ansonsten keine Antworten auf gesellschaftliche Zentralfragen vorweisen kann. Die Hypothese vom "Umbaublock" entspringt deshalb auch nicht der unsinnigen Vorstellung von einer "sozial-ökologischen Einheitspartei". Hinter der Herausforderung eines Umbaublocks steht vielmehr die Aufgabe, die konservativ programmierte Einheit von Volk und Elite aufzubrechen und eine alternative vertikale gesellschaftliche In-

Immer häufiger zeigen sich Vorboten einer Phase der ideologischen Krise, die die sozial-ökonomische Krise zu einer gesamtgesellschaftlichen Stabilitätskrise werden läßt.



Foto: Barbara Underberg, Bochum

tegration unter der Regie des sozialen und ökologischen Umbaugedankens aufzubauen.

These 4: Aktuelle Klassenformierungen

Vor dem Hintergrund der brüchig werdenden gesellschaftlichen Integrationskraft der Konservativen ist die Frage, ob die zerstreuten Protestbewegungen und die Kräfte aus Arbeit, Wissenschaft und Kultur zueinander finden und auf welchen Feldern sie dies tun, aktueller und praktischer geworden. Auch in Deutschland verläuft die gesellschaftspolitische Trennlinie immer stärker zwischen jenen Grundströmungen, die auf die Verheißungen der internationalen Standortkonkurrenz setzen, und jenen Volksschichten, die nicht mehr länger bereit sind, ihre unmittelbaren sozialen Interessen anonymen ökonomischen Mächten und Zwängen unterzuordnen. Diese

Es in erster Linie den gewerkschaftlichen Handlungsstrategien zu verdanken, daß überhaupt strategische Ansätze für eine neue Links-Allianz jenseits des rot-grünen Hick-Hacks am politischen Horizont erschienen.

Trennlinie wird immer mehr zum umkämpften gesellschaftspolitischen Terrain, auf dem über die zukünftige Zusammensetzung der Klassenlandschaft entschieden wird. Hier wird über Stabilität oder Zerfall des Standortblocks entschieden. Hier entscheidet sich aber auch, ob

es eine neue historische Verbindung sozialer Bewegungen und sozialreformerischer Linkskräfte geben wird.

Die sozialen Auswirkungen der Globalisierungspolitik werden aber auch immer stärker zum politischen Kraftfeld, in dem die Mischung aus politischer Einstellung, fundamentaler Grundauffassung und Alltagsmentalität in der Bevölkerung neu bestimmt und aufgeladen wird. Derzeit erscheint es so, als sei der Geduldsfaden vor allem bei Angestellten des Einzelhandels, des öffentlichen Dienstes oder ehemals öffentlicher Betriebe, sowie den Beschäftigten aus traditionellen Branchen der Automobil-, Stahl-, und Kohlewirtschaft gerissen, während sich viele Beschäftigte aus den mittelständisch geprägten Branchen, insbesondere dem Maschinenbau, eher abwartend, unentschlossen und oft einig im Ziel mit ihrem Arbeitgeber zeigen. Mit Hoffnungen und Erwartungen wird die Politik der Weltmarktanpassung durch "olympiareife Leistungsstrukturen" wohl in erster Linie bei den Beschäftigten der höherwertigen Dienstleistungswirtschaft verbunden. Während die vielen Tausend (weiblichen) Beschäftigten in den bereits unregulierten Beschäftigungsverhältnissen der privaten Dienstleistungen dieser politischen Auseinandersetzung offenbar teilnahmslos gegenüber stehen.

These 5: Umbaublock und gewerkschaftliche Politik

Die zurückliegenden Monaten haben deutlich werden lassen, daß den deutschen Gewerkschaften bei der Kampfperspektive „Standortblock versus Umbaublock“ in vielerlei Hinsicht eine zentrale Bedeutung zukommt. Auf der einen Seite ist es in erster Linie den gewerkschaftlichen Handlungsstrategien, vom Angebot zum Bündnis für Arbeit durch den IG-Metall-Vorsitzenden, über die Juni-Demonstration in Bonn bis zur betrieblichen Protestwelle gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung im Herbst, zu verdanken, daß überhaupt strategische Ansätze für eine neue Links-Allianz jenseits des rot-grünen Hick-Hacks am politischen Horizont erschienen. Zum anderen erinnert die erodierte betriebliche Lage die-

ses gewerkschaftlichen Kerns eines möglichen Umbaublocks an die Defensivposition alternativer Wirtschaftspolitik in den derzeitigen Klassenverhältnissen. D.h. der gescheiterte - Versuch, eine Ebene der politischen Gestaltung (verabredeter Beschäftigungsaufbau durch politischen Tausch) in die stürmische Landschaft des Markt-Individualismus einzupflanzen, spiegelt die derzeitigen Chancen und Grenzen des gesamten linken, sozialreformerischen Lagers in Deutschland wieder.

Unter den herrschenden ökonomischen und ideologischen Krisenbedingungen lassen sich mit den Forderungen und Konzepten der alternativen Wirtschaftspolitik (insbesondere Zukunftsinvestitionen für neue sozial-ökologische Strukturen und Vollbeschäftigung auch mit Hilfe von antizyklischer Erhöhung der Kreditaufnahme) kaum Vorstöße zum Terraingewinn in der aktuellen Klassenlandschaft bewerkstelligen. Aber ohne eine solche gesamtwirtschaftliche Steuerung auf nationalstaatlicher Ebene werden betriebliche und regionale Gestaltungsabkommen die Aufspaltung und Zersplitterung der sozialen Basis in diverse Klassenfraktionen nur noch weiter verstärken.

Eine klassenpolitisch realistische Vorgehensweise muß also die Ebene des Deals, sei es in Form zentraler oder regionaler Abkommen zwischen den Sozialparteien oder in Form des Co-Managements im Krisenfall, als Werkzeug für die Eröffnung weitergehender Perspektiven begreifen und im Sinne von Vorprojekten eines Umbaublocks einsetzen. Gleichzeitig muß aber auch das Instrumentarium der keynesianisch inspirierten alternativen Wirtschaftspolitik aus den herrschenden Verhältnissen heraus - und nicht allein am Schreibtisch - erneuert werden.

These 6: Aufgabenfelder der Zukunft

Die internationale Regulierung der Geld- und Handelsströme, die Umverteilung von Arbeit durch radikal Arbeitszeitverkürzung sowie die Steuerung der Finanz- und Investitionsströme unter sozial-ökologischer Regie, dies sind die Kernherausforderungen für eine Politik geworden, die die Strukturen des Wirtschaftens und der Lebensweise ökologisch nachhaltig und sozial gerecht gestalten will. Deshalb rücken die zukünftigen Kooperationsstrukturen zwischen Industrie- und Finanzsektor in den Mittelpunkt der ökonomischen Zukunftsfragen.

Auf der Ebene der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion geht es deshalb in erster Linie darum, die an monetaristischen Stabilitätskriterien orientierte Vereinigungsarchitektur zu verhindern. Dabei geht es nicht um die Ablehnung einer europäischen Geldpolitik zugunsten einer starken Deutschen Mark, sondern um die Verknüpfung von Stabilitätszielen mit einer europäischen Politik der Industrientwicklung, die die süd- und osteuropäischen Länder einschließt.

Auf der Ebene der gesellschaftlichen Vermögensverwendung geht es in erster Linie um die Umkehr der "shareholder-value-Logik", die jede ökonomische Aktivität an der Wertsteigerung von angelegtem Aktienbesitz ausrichten will. Dafür wird ein mittelfristiges ökonomisches Aktionsprogramm benötigt, das gezielt öffentlich-private Partnerschaften zur sozial-ökologischen Fortentwicklung der Produktionsarbeit incl. neuer Arbeitszeitmodelle aufbaut.

spw

Der Ausgangspunkt für die folgenden Überlegungen ist die systematische Reproduktionsschwäche kapitalistischer Ökonomien. Sie führen aufgrund der Konkurrenz, des systematischen Machtungleichgewichts zugunsten der Kapitaleite und aufgrund von Monopolisierungstendenzen in eine Situation, in der es immer wieder zu einem Mißverhältnis zwischen Aufbau und Auslastung der Kapazitäten kommt: Die Konkurrenz zwingt zu Produktivitätssteigerungen, d.h. zu Stückkostensenkungen, die wegen der zunehmend vermachten Marktstrukturen nicht in entsprechenden Preissenkungen weitergegeben werden. Dies führt wegen klassenbedingt zu niedrigen Löhnen zu unzureichender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage.

Exportoffensive und verschärfte internationale Konkurrenz als Resultat von Nachfrageschwäche

Nun gibt es zwei prinzipielle Möglichkeiten, mit dieser Ausgangssituation fertig zu werden. Die eine besteht in der Anhebung der privaten (lohnfinanzierten) Konsumnachfrage oder der (steuerfinanzierten) Staatsnachfrage. Beides liegt nicht im Interesse des Kapitals und wird daher von diesem bekämpft. Die andere Perspektive zur Lösung des Absatzproblems ist die kapitalistische Normalität: alles, was aufgrund der intern produzierten Nachfrageschwäche im Inland nicht abgesetzt werden kann, wird ins Ausland verbracht. Daher gibt es eine systemimmanente Tendenz des Kapitalismus zur Internationalisierung, zum Export von Gütern, zum Export von Dienstleistungen, zum Export von Personen und Kapital. In makroökonomischer Perspektive geht es um Exportüberschüsse, denn wenn genauso viel exportiert wie importiert wird, bleibt die gesamtwirtschaftliche Nachfrageschwäche bestehen. Es muß also mehr exportiert als importiert werden. Der Weltmarkt ist ein ganz systemnotwendiges Element in den Entwicklungsgesetzen des Kapitals.

Dem Weltmarkt hängt nur das eine Problem an, daß er als solcher eigentlich nicht existiert: der Weltmarkt sind immer die nationalen Märkte der anderen. Also der Weltmarkt für die bundesdeutschen Unternehmen ist der französische, der englische, der holländische und der amerikanische Markt usw. - und umgekehrt. Das führt dazu, daß die Expansion auf den Weltmarkt, um systematische Verwertungsprobleme zu lösen, nichts anderes ist als die zunehmend intensive Durchdringung der kapitalistischen Hauptmärkte, also die Verschärfung der internationalen Konkurrenz.

Das hat dann immer weniger mit internationaler Arbeitsteilung zu tun. Mehr als die Hälfte des internationalen Handels ist mittlerweile Handel mit gleichen oder gleichartigen Produkten, also Autos gegen Autos, Kühlschränke gegen Kühlschränke, Softwaredienstleistungen gegen Softwaredienstleistungen. Das heißt, es geht hier nicht mehr darum, daß die Unternehmen aus einem Land das produzieren, was die aus anderen Ländern nicht produzieren können, sondern es geht darum, daß versucht wird, das eigene Produkt in Ländern abzusetzen, in denen gleichartige oder gleiche Produkte hergestellt werden. Insofern ist das aus der klassischen politischen Ökonomie bekannte Bild von der friedlichen Konkurrenz, die letztlich zum maximalen Wohlstand aller führt, zunehmend nicht nur faktisch, sondern auch in der Wahrnehmung verschwunden. Es wird abgelöst durch das Bild des Wirtschaftskrieges, in der am Ende nicht mehr die Maximierung des gesellschaftlichen

Ansatzpunkte und Probleme alternativer Wirtschaftspolitik

von Jörg Huffschmid*

Wohlstands insgesamt steht, sondern Sieger und Besiegte zu zählen sind und die Besiegten ins Bodenlose stürzen, zumindest in ökonomische Nachrangigkeit, in Verarmung, Verelendung und politische Bedeutungslosigkeit.

Dies war seit dem zweiten Weltkrieg für zweieinhalb Jahrzehnte anders. Die Erfahrungen von Weltwirtschaftskrise und Weltkrieg, aber natürlich auch die Herausforderung der Systemkonkurrenz hat zur Errichtung eines internationalen Kooperationsystems der kapitalistischen Länder geführt, das die Konkurrenz kontrollierte und regulierte. Diese Kooperation wurde in den 70er Jahren allmählich schwächer und als dann Ende der 80er Jahre auch die Systemkonkurrenz aufhörte, wurde sie durch das gegenwärtig dominante Muster der internationalen Konkurrenz ersetzt. In dieser Situation erhalten auch die Funktionen des Staates einen neuen Akzent und eine andere Orientierung.

Wettbewerbsstaat und Standortpolitik

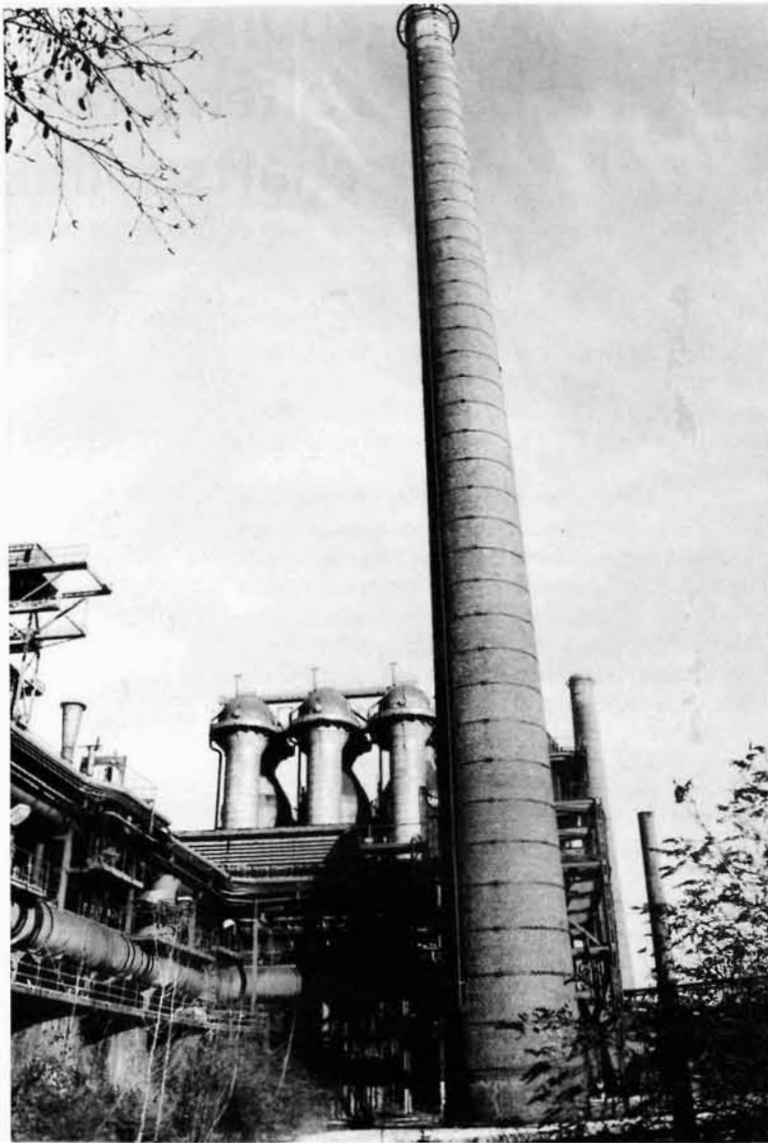
Es ist davon die Rede, daß der Staat sich vom Sozialstaat zum Wettbewerbsstaat entwickelt hat. Das ist insofern ein bißchen übertrieben, als der sogenannte Sozialstaat immer natürlich auch Wettbewerbsstaat gewesen ist und der Wettbewerbsstaat heute auch immer noch bei allem Abbau Momente von Sozialstaatlichkeit hat. Aber es gibt doch eine deutliche Verschiebung der Akzente und der Gewichtung. Während es in den ersten 20 - 25

Jahren nach dem zweiten Weltkrieg ein Kräftegleichgewicht gegeben hat, in dem der Staat - mit klarer Schlagseite zugunsten des Kapitals - gesellschaftliche Ausgleichs- und Kohäsionsfunktionen wahrgenommen hat und außenwirtschaftliche Beziehungen so gestaltete, daß sie diesen Ausgleichs- und Kohäsionsfunktionen nicht entgegenstanden, dreht sich das gegenwärtig um. Jetzt richtet der Staat seine Politik in zunehmendem Maße darauf, die eigenen Unternehmen zu munitionieren, zu festigen für den Kampf und den Sieg auf dem Weltmarkt, also die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Unternehmen zu stärken und diesem Ziel alle anderen

Die Expansion auf den Weltmarkt, um die Nachfrageschwäche zu überwinden, führt zur zunehmend intensiven Durchdringung der kapitalistischen Hauptmärkte und Verschärfung der internationalen Konkurrenz.

* Jörg Huffschmid ist Professor für Ökonomie an der Universität Bremen und arbeitet in der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum-Gruppe) mit. Der Text ist die überarbeitete Fassung eines Referats auf der spw-Jahrestagung im Dezember 1996.

Foto: Barbara Underberg, Bochum



Ansprüche der Gesellschaft an den ökonomischen Reproduktionsprozeß - Ansprüche auf Arbeit, auf Einkommen und soziale Sicherheit, auf ökologische Verträglichkeit - unterzuordnen.

Die Begründung hierfür lautet so: Die Konkurrenz wird immer härter, wir müssen zusammenrücken, wir müssen den Gürtel enger schnallen, wir müssen wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt sein. In der Realität aber sind die bundesrepublikanischen Unternehmen die wettbewerbsfähigsten oder mindestens die zweit-wettbewerbsfähigsten der Welt. Das würde ich für einige Bereiche der Hochtechnologie und den gesamten Bereich der technologieintensiven Produktion anwenden und gelten lassen. Die Bundesrepublik ist der zweitgrößte Exporteur der Welt, das Land mit dem zweitgrößten Exportüberschuß der Welt. Was will man eigentlich noch mehr an Wettbewerbsfähigkeit? Und dennoch hören der Appell und die Aufforderung, wettbewerbsfähig zu sein, wettbewerbsfähig zu bleiben und noch wettbewerbsfähiger zu werden, nicht auf. Das ist zwar einerseits absurd, andererseits aber ganz logisch:

Es gibt in dieser Logik nämlich keine Situation, in der die Unternehmen sagen können: Nun sind wir die Besten und können die Früchte unserer Überlegenheit auf dem Weltmarkt genießen - und vielleicht ja sogar einiges davon nach unten weitergeben. Diese Situation gibt es

prinzipiell nicht, weil Überlegenheit auf dem Weltmarkt auch Unterlegenheit auf dem Weltmarkt heißt, nämlich Unterlegenheit der anderen. Und da Unterlegenheit auf dem Weltmarkt als dramatischer Absturz im politischen Rang und im Lebensstandard wahrgenommen wird und gelegentlich auch so ist, werden alle Regierungen natürlich Gott und die Welt in Bewegung setzen, um gegen eine solche Aussicht etwas zu unternehmen. Das setzt wiederum diejenigen, die gegenwärtig siegreich auf dem Weltmarkt sind, in Alarm: Sie müssen alle Anstrengungen mobilisieren, um ihre Position zu halten. In welcher Situation ein Land sich auch immer befindet: Regierungen und Unternehmen werden immer dazu aufrufen, sich zusammenzureißen und zu verzichten und die Ansprüche zurückzuschrauben, entweder um aus einer Unterlegenheitsposition in eine Überlegenheitsposition zu kommen oder um die gegenwärtige Position gegen Angriffe von Japanern, Amerikanern, Franzosen usw. zu verteidigen. Daß das auch für die aufstrebenden Staaten in Fernost gilt, zeigen die aktuellen Auseinandersetzungen in Südkorea.

Notwendigkeit und Charakter eines alternativen Entwicklungstyps

Wenn das so ist, dann macht es auch keinen Sinn, immer wieder gegenüber den Umverteilungsansprüchen der Unternehmen und den Flexibilitäts- und Genügsamkeitsappellen der Regierung im Namen der Wettbewerbsfähigkeit Stück für Stück nachzugeben in der illusionären Hoffnung, daß das aber dann der Schlußpunkt ist und von da aus wieder vorwärts geht. Es kommt stattdessen darauf an, sich zu überlegen, wie ein „alternativer Entwicklungstyp“, wie wir in der Memorandum-Gruppe das genannt haben, an die Stelle dieses Weltmarkt-fixierten Entwicklungstyps gesetzt werden kann. Ein Entwicklungstyp, in dem die Prioritäten wieder umgedreht werden, indem die außenwirtschaftlichen Beziehungen den binnenwirtschaftlichen Zielen untergeordnet werden, der Ausrichtung an Beschäftigung, sozialer Sicherheit und ökologischer Nachhaltigkeit. Die außenwirtschaftlichen Beziehungen müssen als gleichgewichtige Beziehungen gestaltet und nicht darauf gerichtet werden, Überschüsse zu erzielen, weil das im Weltmaßstab inkonsistent ist.

Die großen Eckpunkte eines alternativen Wirtschaftskonzepts werden nicht durch den Markt von sich aus realisiert, sondern bedürfen einer politischen Fixierung und Rahmensetzung, die die Betätigungsbedingungen für den Markt definiert. Orientierungspunkte für einen solchen Rahmen sind Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit. Diese Eck- und Orientierungspunkte kann man herunterbrechen in Zwischenschritte und in Instrumente. Die Basis der Annahme, daß das sinnvoll und möglich ist, ist die Tatsache, daß Jahr für Jahr die Produktivität der menschlichen Arbeit steigt. Steigende Produktivität ist aber nichts anderes als die Möglichkeit, mit Hilfe menschlicher Arbeit den gesellschaftlichen Wohlstand zu steigern, in welcher Definition auch immer: mehr in der Definition der Produktionsmethoden im Sinne von ökologischer Nachhaltigkeit oder mehr im Sinne von mehr und besser verteilten Gütern und Dienstleistungen oder im Sinne von gleichviel Produktion in weniger Zeit und mehr Freizeit.

Noch einmal theoretisch formuliert, richtet sich alternative Wirtschaftspolitik darauf, das selbstproduzierte Problem einer sich selbst überlassenen kapitalistischen

Ökonomie, nämlich die Nachfrageschwäche, nicht dadurch zu lösen, daß man dieses Problem abwälzt auf die Nachbarn - das ist der weltmarktorientierte Entwicklungstyp -, sondern dadurch, daß man zusätzliche Nachfrage im eigenen Land kreiert.

Es gibt dabei zwei Arten von akzeptabler Endnachfrage, die im Lande kreiert werden können: einerseits die aus Löhnen und Gehältern gespeiste konsumtive Endnachfrage und andererseits die aus Steuern gespeiste staatliche Nachfrage. Es gibt auch noch ein drittes Element, die aus Profiten gespeiste konsumtive Luxurnachfrage. Wenn man davon als nicht besonders förderungswürdig und wünschenswert absieht, dann läuft die Perspektive darauf hinaus, das Mißverhältnis zwischen Kapazitätsaufbau und Kapazitätsauslastung, (was entweder zu Überproduktion führt oder dazu, daß Kapital schlicht und einfach nicht produktiv angewendet wird) dadurch zu beseitigen, daß man entweder die Kapazitätsauslastung durch zusätzliche konsumtive Endnachfrage erhöht oder den Kapazitätsaufbau beschränkt und statt dessen zunehmend nicht kapazitätswirksame Ausgaben etwa im öffentlichen Bereich, von den sozialen Diensten bis zur Kultur, organisiert. Es ist natürlich offensichtlich, daß eine solche Lösung nichts anderes als eine verklausulierte Form der Forderung nach Umverteilung von oben nach unten ist.

Die Finanzierung und die öffentlichen Defizite

Ich will jetzt zum Problem der Finanzierung kommen. Wir haben als Memorandum-Gruppe eine Reihe von Beschäftigungsprogrammen ausgearbeitet, und diese kosten natürlich Geld. Wir gehen davon aus, daß für die nächsten fünf Jahre jährlich zusätzlich etwa 150 Milliarden DM in der Bundesrepublik ausgegeben werden müssen, um wesentliche Fortschritte auf dem Weg zur Verminderung der Arbeitslosigkeit zu gehen. Damit stellt sich natürlich die Frage der Finanzierung. Unsere Antwort ist dreigeteilt.

Erstens verweisen wir - und da befinden wir uns in sehr guter Gesellschaft etwa der Bundesanstalt für Arbeit - auf den Selbstfinanzierungseffekt einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik, der auf zwischen 50% und 70% der Kosten geschätzt wird. Der Grund hierfür liegt darin, daß die fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit außerordentlich hoch sind. Die Bundesanstalt hat diese Kosten, also die tatsächlich anfallenden Mehrausgaben oder ausfallenden Einnahmen für das Jahr 1995 mit 142 Mrd. DM angegeben. Das ist mehr als die Defizite aller drei Gebietskörperschaften zusammen.

Wenn das aber so ist, und das ist unser zweites Argument, dann ist es natürlich sinnvoll, derartige Beschäftigungspolitik nicht so zu finanzieren, daß man staatliche Ausgaben kürzt, sondern zu einem erheblichen Teil durch zusätzliche Kreditaufnahme. Denn erfolgreiche Beschäftigungspolitik entspricht in klassischer Weise dem, was in allen volkswirtschaftlichen Lehrbüchern als Rechtfertigung dafür angeführt wird, Ausgaben durch Schuldenaufnahme zu finanzieren: Schuldenfinanzierung ist immer dann gerechtfertigt, wenn die Verausgabung des geborgten Geldes zu Erträgen führt, also eine ertragbringende Investitionen ist. Erfolgreiche Beschäftigungspolitik ist eine ertragbringende Ausgabe, ihr Ertrag fällt in Form von zusätzlichen Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträgen an. Unser Vorschlag ist, daß man zumindest die Hälfte dieser zusätzlichen 150 Milliarden DM durch zusätzliche Defizitfinanzierung bereitstellt.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort über das Defizit. Wir haben den Eindruck, daß es mittlerweile einen regelrechten Tanz um das Defizit gibt. Man sollte sich gelegentlich fragen, wie dieses Defizit denn eigentlich zustandekommt. Der wesentliche Grund ist die anhaltende Arbeitslosigkeit. Diese hat mit fehlender Nachfrage zu tun hat. Deshalb ist es völlig unsinnig, dieses Defizit durch Ausgabenenkungen bekämpfen zu wollen. Ausgabenenkungen führen zu zusätzlicher Nachfrageschwäche, zu zusätzlicher Arbeitslosigkeit. Ergebnis: die Maßnahmen, die das Defizit stoppen sollen, nämlich Ausgabenkürzungen, reißen auf der anderen Seite wieder durch sinkende Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge neue Haushaltslöcher auf. Das können wir die letzten drei Jahre verfolgen: jedesmal wird ein bestimmtes Defizit anvisiert, das nicht überschritten werden soll. Dann gibt es eines Tages die Aussage: "Aufgrund unerwarteter Arbeitsmarktentwicklungen ist das Defizit nun doch größer ausgefallen." Aber diese Arbeitsmarktentwicklungen waren eben nicht so unvorhersehbar, sondern zu einem erheblichen Teil Produkt der staatlichen Ausgabekürzungen selber. Die Staatsverschuldung kann nur durch eine wirksame Beschäftigungspolitik vermindert werden.

Zentralbankfinanzierung und steuerliche Umverteilung

Es gibt allerdings eine Frage, bei der ich mich wundere, daß sie in der öffentlichen Diskussion nicht angesprochen wird. Vor 20 Jahren war es noch Standard der ökonomischen Theorie, daß Staatsschulden sinnvollerweise über die Zentralbank, das heißt zinslos finanziert werden sollten. Die zur Debatte stehenden Geldbeträge sind beträchtlich. Die gesamten Summe der Zinsen für Staatsschulden hat sich im Jahr 1995 auf 128 Milliarden DM belaufen. Das ist wiederum mehr als die Defizite der drei Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden zusammen, die rund 120 Mrd. DM betragen. Die Bundesbank, die jetzt jedes Jahr die Geldmenge planmäßig dadurch ausweitet, daß sie dem Geschäftsbankensektor zusätzliches Geld zur Verfügung stellt, kann das auch anders organisieren, indem sie das Geld dem Staat gibt, der es dann im Zuge seiner Ausgaben an die Geschäftsbanken weitergibt. Durch eine Zentralbankfinanzierung seiner Nettokreditaufnahmen könnte der Staat etwa 10 Milliarden DM im Jahr sparen. Der Unterschied zwischen Zentralbank- und Kapitalmarktfinanzierung der Staatsschulden liegt im Profit der Banken.

Diese Zentralbankfinanzierung ist auch schon gemacht worden - in Frankreich, in England, sogar in der Bundesrepublik noch in den 60er Jahren. Mittlerweile würde eine Änderung des Bundesbankgesetzes, nämlich eine Rücknahme der Änderung des Bundesbankgesetzes von 1994, erforderlich sein.

Dritter Punkt der Finanzierungsfrage ist natürlich, daß man zusätzliche Abgaben, zusätzliche Steuern oder Geldvermögensabgaben erhebt. Es geht letztlich um Umverteilung. Ziel ist eine andere Proportionierung des ökonomischen Reproduktionsprozesses in der Richtung, daß die Endnachfragekomponenten gestärkt und die Profite geschwächt werden. Nur so kann eine wirtschaftliche Ent-

Es ist sinnvoll, Beschäftigungspolitik nicht dadurch zu finanzieren, daß man staatliche Ausgaben kürzt, sondern zu einem erheblichen Teil durch zusätzliche Kreditaufnahme.

wicklung auf Dauer funktionieren. Es geht also nicht nur um Einmalaufwendungen, sondern darum, permanent andere Verteilungsrelationen herzustellen, und dies erfordert natürlich erhebliche politische Auseinandersetzungen. Das ist eine Klassenauseinandersetzung, über deren Härte wir uns nichts vormachen sollten.

Realität und Ideologie der Globalisierung des Kapitals

Ein weiteres Problem ist das der internationalen Absicherung alternativer Wirtschaftspolitik gegenüber einer drohenden Kapitalflucht und Störungen durch die Finanzmärkte. Bei den realen Kapitalbewegungen, also ausländischen Direktinvestitionen, sollten wir genau zwischen Realität und Ideologie unterscheiden. Die Dimensionen

Die Tobin-Steuer

Ein vernünftiger Vorschlag in diesem Zusammenhang, der allerdings nicht den Anspruch erheben kann, nun alle Probleme zu lösen, ist die „Tobin-tax“. Sie geht zurück auf James Tobin, der den Vorschlag zum ersten Mal 1978 anlässlich einer ersten Zwischenbilanz nach der Freigabe der Wechselkurse 1973 unterbreitet hat. James Tobin stellt ein enormes Mißverhältnis fest zwischen der Geschwindigkeit, Volatilität (Beweglichkeit und Schwankungsintensität, Anm. d. Red.) und Unberechenbarkeit von Kapitalflüssen oder, wie er sagt, zwischen der phantastischen Effizienz der Finanzmärkte und irgendeinem realökonomischem Fortschritt, der da mithalten könnte. Er schlägt vor, auf jeden Devisenumsatz eine relativ kleine Steuer von 1% zu erheben, um spekulative Währungsgeschäfte zu belasten.

Bei solchen Währungsgeschäften wird die eigene Währung gegen eine fremde verkauft und dann wieder zurück gekauft, um dabei einen Gewinn zu machen. Die Gesamtbelastung eines solchen Roundtrips wäre dann 2%. Die Pointe der Tobinsteuer besteht darin, daß sie für kurzfristige Geschäfte eine sehr hohe Belastung darstellt, für langfristige Geschäfte dagegen kaum ins Gewicht fällt. Bei Dreimonatsgeldern können daher relativ hohe Zinsunterschiede von 8 Prozentpunkten zwischen einzelnen Ländern aufrecht erhalten werden, ohne zu Kapitalabflüssen zu führen. Bei einer 10-Jahres-Anleihe im Ausland dagegen sind beim Kauf 1% und nach 10 Jahren, wenn das Geld zurück kommt, noch einmal 1% zu zahlen. Das sind auf zehn Jahre für den Gesamtumsatz 2%, oder pro Jahr 0,2%. Das dürfte keine Behinderung für eine langfristig als profitabel eingeschätzte Investition sein. Mit einer solchen massiven Behinderung von kurzfristigen Zinsdifferenzmaßnahmen kann man die Spekulation zwar nicht vollständig beseitigen, aber doch einen erheblichen Teil wirksam be- und verhindern.

Der Einwand unter anderem auch des wirtschaftspolitischen Sprechers der SPD, Schwanhold, lautet, daß die Tobinsteuer zur Erfolglosigkeit verurteilt sei, solange nicht alle Finanzzentren sie erheben. Ich halte das für falsch. Ich denke, wenn etwa London und die Finanzzentren der europäischen Union das im Alleingang machen würden, ist es schlicht undenkbar, daß in diesen Ländern einfach keine Devisengeschäfte mehr stattfinden. Irgendwann muß offshore-Geld wieder zurückkommen, und dann tritt der Steuerfall ein. Es geht ja nicht darum, ob oben in abgehobenen Sphären irgendwelche Geldgeschäfte ablaufen. Interessant wird es dann, wenn dieses sich irgendwo als Kaufkraft betätigt und damit in den Bereich der Güterwirtschaft im weitesten Sinne zurückkehrt. Dann kann es auch besteuert werden. Das ist also überhaupt nicht das Problem. Wenn also entweder die EU oder auch nur die Bundesrepublik, die es ja nun fertig gebracht hat, dem Rest Europas ihren wirtschaftspolitischen Kurs aufzunötigen, eine solche Devisenumsatzsteuer einführen würde, hätte das erhebliche Signalwirkung. Rechtlich-institutionell ließe sich eine solche Maßnahme problemlos mit einer bankenaufsichtsrechtlichen Regelung durchführen. Die Frage ist nicht die der rechtlichen, sondern eine der politischen Machbarkeit.

Die Europäische Union

Zuletzt: Welche Rolle spielen nun eigentlich die Europäische Union und die Währungsunion in diesen ganzen Überlegungen? Erleichtern sie es, auf europäischer Basis

Es geht um einen andere Proportionierung des ökonomischen Reproduktionsprozesses in eine Richtung, daß die Endnachfragekomponenten gestärkt und die Profite geschwächt werden.

der realen Kapitalverlagerungen werden in der aktuellen Diskussion erheblich übertrieben. Ich weiß, jeder von uns kennt zehn, manche auch zwanzig Betriebe, die Teile ihrer Produktion ins Ausland verlagert haben. Wenn man

genau hinsieht, sind es meistens dann doch relativ kleine Teile. Und jeder von uns kennt 50 Betriebe, die dies angeht haben. Wenn man sich aber dann doch die Mühe macht, in die Statistik zu gucken, dann wird man feststellen, daß im Durchschnitt der 90er Jahre ungefähr 4 - 5%, im letzten Jahr sind es ausnahmsweise 8% gewesen, aller Investitionen deutscher Unternehmen nicht in Deutschland stattgefunden haben, davon 70 - 75% in benachbartem Ausland, also Frankreich, Holland und anderen Ländern Europas, und davon nur 10% in Osteuropa. Aber der ideologische und politische Realitätsgehalt von Kapitalverlagerung ist ein vielfaches größer als der tatsächliche ökonomische Realitätsgehalt.

Im übrigen sind immer noch die Mehrheit auch aller europäischen Kapitalverlagerungen nicht kostenbedingt, sondern durch das Bestreben nach Marktsicherung verursacht. Vielfach stellen Investitionen im Ausland Wartungs-, Ersatzteil- und Montagebetriebe dar, die dazu führen, daß im Ausland mehr von den eigenen Produkten verkauft werden können, was dann natürlich auch den Export aus dem eigenen Land ankurbelt.

Die zweite Seite der außenwirtschaftlichen Absicherung betrifft das Finanzkapital, und zwar das kurzfristige Kapital, also in der Regel 3-Monats-Gelder oder auch 3-Tage-Gelder, das aufgrund von Zinsdifferenzen in den verschiedenen Ländern an den verschiedenen Börsen oder aufgrund von Erwartungen, daß sich Währungsparitäten ändern, durch die Welt jettet. Dadurch kann eine Wirtschaftspolitik, die mit Zinssenkungen oder Zinssteigerungen arbeitet, um expansiv oder kontraktiv zu wirken, relativ stark gestört werden. Ich lege aber Wert auf die Feststellung, daß es sich hierbei nicht um einen Sachzwang des internationalen Kapitals handelt, der sich irgendwie monströs und unbeherrschbar entwickelt hat. Das hohe Störpotential kurzfristiger internationaler Kapitalflüsse gegenüber einer beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik ist vielmehr das Resultat überlegter und beabsichtigter politischer Entscheidungen, die bis Mitte der 80er Jahre in Europa im wesentlichen noch bestehenden Kapitalverkehrskontrollen abzubauen. Es gibt keine überzeugende Begründung für die Behauptung, daß gegenüber dieser Deregulierung eine korrigierende Re-Regulierung nicht möglich sei.

vernünftige Politik zu machen, oder erschweren sie das? Da gibt es nun sehr unterschiedliche Meinungen. Zunächst etwas Positives. Die Europäische Union als solche hat keine Außenwirtschaftsprobleme. Sie hat eine ausgeglichene Leistungsbilanz, plus minus 0,5% des Bruttoinlandsprodukts, was nichts ist, ganz anders als das Defizit der USA von 3% oder 3,5% und der Überschuß von Japan von 3 oder 4%. Die außenwirtschaftlichen Probleme der Europäischen Union sind innereuropäische Ungleichgewichte.

Wenn man den europäischen Binnenmarkt mal ernst nehmen würde, auch statistisch, dann würde die durchschnittliche Außenhandelsquote der Mitgliedsländer der Europäischen Union von gegenwärtig 28% auf 10% sinken. Gleichzeitig würde der Welthandel um ein Drittel zurückgehen, weil ein Drittel des statistisch als Außenhandel verbuchten Handels Binnenhandel der EG ist.

Es gibt allerdings erhebliche Probleme etwa zwischen Deutschland und Spanien, zwischen Frankreich und Portugal etc. Welche Rolle spielt dabei die Europäische Union? Es gibt eine Konzeption von Ausgleichsprozessen innerhalb der europäischen Union, die sogenannten Regional- und Strukturfonds, die, ungeachtet einer gewissen Bedeutung für einzelne Länder, insgesamt als Ausgleichsprozeß innerhalb der Europäischen Union völlig unzureichend sind. Sie haben auch nicht verhindert, daß sich zwar die durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen der Mitgliedsländer in den letzten zehn Jahren etwas angeglichen, die Pro-Kopf-Einkommen der ärmsten und reichsten Regionen sich aber noch weiter voneinander entfernt haben.

Wir haben in der Bundesrepublik immer noch ein relativ dichtes ökonomisches System der Schaffung gesellschaftlichen Zusammenhalts und ökonomischen Ausgleichs, trotz aller erfolgreichen Abbau- und Durchlöcherungspolitik in den letzten 15 Jahren. Da ist erstens eine progressive Einkommensteuer, zweitens ein einheitliches Sozialversicherungssystem, das dramatisch ab-

gebaut wird, aber natürlich immer noch da ist. Drittens gibt es einen großen Bereich von staatlichen Infrastrukturausgaben bis in Gebiete der Kultur, Bildung und so weiter. Diese drei ökonomischen Kohäsionsinstrumente haben alle Länder. Die Bundesrepublik hat darüber hinaus etwas völlig einzigartiges, worum sie von allen anderen Ländern beneidet wird: den horizontalen und vertikalen Finanzausgleich. Der führt dazu, daß die Pro-Kopf-Steuerstärke der einzelnen Bundesländer von einem Ausgangsniveau zwischen 66% und 135% auf ein Niveau zwischen 95% und 110% zusammengedrückt wird, was eine relativ gleichmäßige Verteilung der Steuerkraft der einzelnen Länder bedeutet.

Diese Instrumente sozialer Kohäsion sind in der Tat ein hohes Gut. Das Problem bei der EU besteht darin, daß wir nichts oder fast nichts Vergleichbares in der Europäischen Union haben - bis auf einen ganz kleinen Vorrat von Struktur- und Kohäsionspolitik, der quantitativ aber nur 0,2% des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union ausmacht. Die durchschnittliche Staatsausgabenquote der Mitgliedsländer der EU beträgt 50,5%. Die Ausgabenquote der EU insgesamt im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt der EU beträgt 1,2% und sie wird nach erbitterten Kämpfen im Europäischen Parlament bis zum Jahre 1999 auf 1,27% steigen. Finanzielle Spielräume für eine wirksame soziale Kohäsionspolitik bestehen auf europäischer Ebene nicht.

Der ideologische und politische Realitätsgehalt von Kapitalverlagerung ist um ein Vielfaches größer als der tatsächliche ökonomische Realitätsgehalt.

Die geplante Währungsunion

Die ökonomischen Hauptargumente für die europäische Währungsunion sind, daß es zwischen Ländern, die eine Währungsunion machen, keine Währungsspekulation und keine Transaktionskosten beim Umtausch der Währungen mehr gibt, weil es keine unterschiedliche Wäh-



Foto: Barbara Underberg, Bochum

zung mehr gibt. Allerdings: Wenn dieser Vorteil sich nur auf fünf von fünfzehn Ländern der EU bezieht, ist er wesentlich eingeschränkt. Das viel größere Problem besteht jedoch darin, daß mit der Währungsunion eine Geld- und Wirtschaftspolitik festgeschrieben wird, die ich für katastrophal halte. Es handelt sich um eine wirtschaftspolitische Konzeption, die ökonomische Stabilität ausschließlich auf Preisstabilität reduziert und Aspekte von Beschäftigungsstabilität, sozialer Stabilität, ökologischer

Mit dem Vertrag von Maastricht wird ein wirtschaftspolitischer Kurs der Austerität in der EU festgeschrieben, der zu mehr Arbeitslosigkeit und weiterer sozialer Polarisierung führen wird.

Stabilität ausblendet. Diese Linie wird im Vertrag über die Europäische Union sehr viel stärker festgezurr, als dies auf nationaler Ebene möglich ist: Zur Änderung des Bundesbankgesetzes in Deutschland bedarf es einer einfachen

Parlamentsmehrheit, zur Änderung der Bestimmungen über die Struktur und Politik der Europäischen Zentralbank ist dagegen die Zustimmung aller Mitgliedsländer erforderlich.

Hinter dieser wirtschaftspolitischen Konzeption steht das Dogma des Neoliberalismus, das sagt: Wenn Preisstabilität da ist, kommt alles andere von selbst. Mit der realen Entwicklung hat dies offensichtlich nichts zu tun: in den letzten fünf Jahren ist die Preissteigerungsrate in Europa auf ungefähr die Hälfte gefallen und die Arbeitslosenrate drastisch gestiegen.

Nun könnte jemand glauben, daß bei einer zentralen europäischen Geldpolitik die Zuständigkeit und Verantwortung für die Wachstums- und Beschäftigungspolitik dann eben auf die einzelnen Mitgliedsländer entfallen. Diese Meinung kann darauf verweisen, daß die nationale Finanzpolitik nach dem Prinzip der Subsidiarität behandelt wird, also in die Verantwortung der Mitgliedsländer fällt. Leider ist dies aber nur die halbe Wahrheit. Die andere und entscheidende Hälfte besteht aus den Bestimmungen im Vertrag, daß die nationalen Parlamente und Regierungen keine Beschäftigungspolitik machen dürfen, die auch Geld kostet und zu „übermäßigen“ Haushalts-

defiziten führt. Mit dem Vertrag von Maastricht wird ein wirtschaftspolitischer Kurs der Austerität in der Europäischen Union festgeschrieben, der zu mehr Arbeitslosigkeit und weiterer sozialer Polarisierung zwischen den Mitgliedsländern führen wird.

Darüberhinaus wird die jetzige Konstruktion von Maastricht zu einer Vertiefung der europäischen Spaltung auch gegenüber den Ländern führen, die Mitgliedsländer der EU, aber keine Mitgliedsländer der Währungsunion sind. Es wird vorgeschlagen, ein EWS II, also ein neues europäisches Währungssystem zu installieren, das die Verhältnisse zwischen der Währungsunion, angeführt durch die europäische Zentralbank, und den „Outs“ bzw. „Pre-Ins“ reguliert und ähnlich konstruiert sein sollte wie das EWS I. Mit dem kleinen Unterschied, daß es im europäischen Währungssystem I eine symmetrische Interventionsverpflichtung aller Zentralbanken gab: Wenn die DM und der Franc in ein Mißverhältnis zueinander gerieten, also die Bandbreiten berührten, waren sowohl die französische Notenbank als auch die Deutsche Bundesbank verpflichtet, auf dem Devisenmarkt zu intervenieren, damit der Kurs wieder in die Bandbreite kommt. Das EWS II soll auf diese wesentliche Bestimmung verzichten, das heißt, die Anpassungslasten sollen alleine auf Seiten der schwächeren Länder liegen.

Damit ist das EWS vor allem noch ein Disziplinierungsinstrument der Währungsunion gegenüber dem Rest der Länder und wird die Spaltung vertiefen. Die Outs-Länder könnten reagieren, indem sie ihre Währung abwerten. Das würden die Mitglieder der Währungsunion aber als unfreundlichen Akt betrachten, und sie haben über die anderen Gremien der EU, z.B. über die Strukturpolitik, die Möglichkeit, diese Länder zu disziplinieren. Die Outs sind ja alle Länder, die vom Strukturfond profitieren und abhängig davon sind.

Zum Abschluß eine kleine Attacke gegen alle die, die sagen: „Ja, wir sehen die Probleme, aber Europa ist Europa. Wir haben eine historische Verantwortung für Europa, wenn wir jetzt das nicht machen, wird Europa auf alle Zeit kaputt sein.“ Das halte ich für schlichten Humbug und Alarmismus, der volksverdummend ist. Was gegenwärtig geschieht mit Maastricht und der Weiterentwicklung von Maastricht, ist nicht die Weiterentwicklung von Europa. Es ist eine Option der Weiterentwicklung von Europa, und nach meiner Ansicht eine sehr schlechte Option. Daher können wir es ganz undramatisch angehen und sagen: „Diese Option wollen wir nicht, wir wollen eine andere Option.“ Wer das sagt, ist weder Anti-europäer noch macht er oder sie damit Europa kaputt. Die Art und Weise, wie der Neoliberalismus sich gegenwärtig Europa unterwirft, das ist es, was Europa kaputt macht.

spw

Nicht nur für Kölnerinnen und Kölner
interessant:

**"... die treiben es ja auch
zu weit"**

75 Jahre Kölner Jusos -
ein Sammelband

Hrsg: JungsozialistInnen in der SPD,
Unterbezirk Köln

170 Seiten, Format A 5, DM 9,80

Weitere Informationen und Bestellungen bei:
spw-Verlag, Fresienstr. 26, 44289 Dortmund,
Fax 0231-402416, Tel. 0231-402410,
E-mail: SPW-VERLAG@LINK-DO.soli.de

spw-Jahresregister 1996

Das Jahresregister 1996 hat Ralf Krämer für spw erstellt. Es besteht aus vier Teilen: Verzeichnis der Hefte und Schwerpunktthemen, Verzeichnis der Artikel, Rezensionen/Buchbesprechungen und dem Sachverzeichnis.

Verzeichnis der Hefte und Schwerpunktthemen

Nr.	Heft	Monate/Jahr	Schwerpunktthema
1/96	87	Januar/Februar 1996	Money Money Money
2/96	88	März/April 1996	Crossover
3/96	89	Mai/Juni 1996	Ausbildung
4/96	90	Juli/August 1996	Neue Gemeinwirtschaft?
5/96	91	September/Oktober 1996	Gender-Politics
6/96	92	November/Dezember 1996	Zukunftsfähige Entwicklung

Verzeichnis der Artikel (sortiert nach AutorInnen)

AutorIn: Titel	Heft	Seite
<i>Adolphi, Wolfram</i> : Vom Wert der Erfahrung DDR	88	50
<i>Albrecht, Thorben</i> : IUSY-Festival 1996 in Bonn	91	10
<i>Arbeitsgruppe Finanzen des Frankfurter Kreises</i> : (siehe Frankfurter Kreis)	92	44
<i>Augst, Kristina; König, Barbara; Kramm, Alexandra</i> : Viel mehr Zukunft! Lebensplanung von jungen Frauen	91	32
<i>Bell, Hans Günter</i> : Auf dem Weg zum ökologischen und solidarischen Stadtumbau?	87	13
<i>Bimboes, Detlef</i> : (siehe Krämer, Ralf)	92	18
<i>Bimboes, Detlef</i> : (siehe Sauer, Gustav W.)	92	12
<i>Bimboes, Detlef</i> : Kommunalisierung des Umweltschutzes? Nein danke!	91	11
<i>Bisky, Lothar</i> : (siehe Podiumsdiskussion)	88	44
<i>Bömer, Hermann</i> : Gesamt- und regionalwirtschaftliche Steuerungsprobleme nachhaltiger Entwicklung	92	26
<i>Borchert, Rudolf</i> : 10 Tage Hoffnung im April '96. Regierungskrise in Mecklenburg-Vorpommern	90	7
<i>Brandt, Rüdiger</i> : Was tun Linke bei den Grünen?	88	7
<i>Brandt, Rüdiger</i> : Wohin geht die Reise, Herr Fischer?	87	8
<i>Brie, André</i> : Zwischen Globalisierung und Neonationalismus	88	42
<i>Brüggen, Willi</i> : (siehe Podiumsdiskussion)	88	44
<i>Brulé, Jean-Marc</i> : Crossover - Anmerkungen aus Frankreich	88	53
<i>Buckmiller, Michael</i> : Karl Korsch - Erneuerer der Marxschen Theorie und früher Kritiker des Stalinismus	87	56
<i>Bulmahn, Edelgard</i> : Wege aus der Ausbildungskrise	89	27
<i>Bultmann, Torsten</i> : Hochschulreform gegen hierarchische Arbeitsteilung	89	30
<i>Buntenbach, Annelie; Künkler, Martin</i> : Gesellschaftlicher Nutzen statt größtmögliche Kapitalverwertung	90	36
<i>Crossover</i> - Für einen radikalreformerischen Neuanfang (Erklärung der Konferenz am 3./4. Februar 1996 in Berlin)	88	16
<i>Crossover</i> - zu diesem Heft (Erklärung der Redaktionen von Andere Zeiten, spw und Utopie kreativ)	88	2
<i>Crossover Koordinationsgruppe</i> : Perspektiven des Crossover-Prozesses	88	20
<i>da Silva Matos, Isabel</i> : Ökologische oder klassische Wirtschaftspolitik? (Rezension)	92	31
<i>Dietzel, Horst</i> : Forum "Umbau der Arbeit": Reformprojekt Nummer Eins	88	23
<i>Dohmen, Dieter</i> : Ausbildungsförderung - quo vadis?	87	10
<i>Dräger, Klaus</i> : Forum "Neue Weltordnung": "Globalismus" oder Neo Laissez-Faire?	88	37
<i>Eisbach, Joachim</i> : Multi-Media in der gewerkschaftlichen Diskussion	92	10
<i>Frankfurter Kreis (Arbeitsgruppe Finanzen)</i> : Solidarische Finanzpolitik statt Kapitulation vor der "Globalisierung"	92	44
<i>Frankfurter Kreises der SPD-Linken</i> : Kapitulierte die Politik vor der Globalisierung? (Einladung zur Fachtagung)	91	7
<i>Frerichs, Petra</i> : Klasse und Geschlecht	91	36
<i>Gersmann, Barbara; Kramm, Alexandra; Kretschmer, Heiko; Seidel, Eckhart</i> : Projekt Solarwirtschaft - Plattform zum Solaren Umbau	92	40
<i>Göll, Edgar</i> : Brückenbau ins Dritte Jahrtausend? Die USA nach den Wahlen	92	50
<i>Hahn, Reinhard; Kämmerer, Thilo</i> : "Bündnis für Ausbildung" bereits gescheitert?	89	23
<i>Haug, Frigga</i> : Frauen-Politiken	91	45
<i>Heilmann, Friedrich</i> : Andere Zeiten - Forum für politische Ökologie und soziale Emanzipation	88	14
<i>Hugenroth, Reinhild; Möbbeck, Susi</i> : Kein "Crossover" ohne Frauen	88	21
<i>Jäger, Michael</i> : Was heißt Politisierung der Ökonomie?	88	36
<i>Jansen, Mechtild</i> : Ein riesiges Zwitter. Zum Verbleib der Frauenbewegung	91	31
<i>Kalbe, Sven; Katzer, Jürgen</i> : Die Zukunft verschlafen? Gewerkschaften an den Hochschulen	89	34
<i>Kämmerer, Thilo</i> : (siehe Hahn, Reinhard)	89	23
<i>Katzer, Jürgen</i> : (siehe Kalbe, Sven)	89	34
<i>Kaufmann, Sylvia-Yvonne</i> : Wir wollen eine den Menschen zugewandte EU	88	43
<i>Kebir, Sabine</i> : Die islamische Frau zwischen theologischen und soziologischen Wahrheiten	92	15
<i>Kellermann, Andreas</i> : (siehe Schuster, Werner)	92	55
<i>Kempe, Martin</i> : Von der Arbeitsmarktpolitik zur neuen Arbeitspolitik	90	30
<i>Klein, Dieter</i> : Momente einer alternativen Politisierung der Ökonomie	88	31
<i>Knoell, Dieter Rudolf</i> : Liberalität als Gnade der Überlegenen	89	37

Konferenz am 3./4. Februar 1996 in Berlin: Crossover - Für einen radikalreformerischen Neuanfang (Erklärung)	88	16
König, Barbara; Mikfeld, Benny: Es wurde mal wieder Politik gemacht. Juso-Bundeskongreß am 3. - 5. Mai 1996 in Hannover	89	6
König, Barbara: (siehe Augst, Kristina)	91	32
Krämer, Ralf; Bimboes, Detlef: Kurswechsel für Umwelt und Entwicklung. Einleitung zum Heftschwerpunkt	92	18
Krämer, Ralf: Die SPD-Linken nach dem Mannheimer Parteitag	88	9
Krämer, Ralf: Überlegungen zu Entwicklungsmöglichkeiten einer "Neuen Gemeinwirtschaft"	90	46
Kramm, Alexandra: (siehe Augst, Kristina)	91	32
Kramm, Alexandra: (siehe Gersmann, Barbara)	92	40
Krause, Martina: Beschleunigt im Rückwärtsgang. Umweltpolitik in Deutschland	92	39
Kraxner, Christian: Autoritärer Populismus	89	41
Kremer, Uwe: kurzum	87	2
Kremer, Uwe: kurzum	89	2
Kremer, Uwe: Forum "Politisierung der Ökonomie"	88	30
Kremer, Uwe: kurzum	91	2
Krems, Martin: Halbzeit im "Land der Reformen". Zwei Jahre "Magdeburger Modell"	90	4
Kretschmer, Heiko: (siehe Gersmann, Barbara)	92	40
Kretschmer, Heiko: Bulgarien: auf dem Weg zur Stabilisierung	89	57
Kretschmer, Heiko: SPD auf dem Weg zur internationalen Machtpolitik	90	9
Künkler, Martin: (siehe Buntenbach, Annelie)	90	36
Lacire-Langevin, André: Ein Streik: französisch in der Form, europäisch im Inhalt	87	4
Land, Rainer: Wirtschaftliches Regulationssystem verändern - Antworten auf die Ökologiefrage geben	88	27
Larcher, Detlev von: Globalisierung und Wohlfahrtsstaaten	88	43
Lehndorff, Steffen: Durch Flexibilisierung zu weiterer Arbeitszeitverkürzung	88	28
Linnekugel, Matthias: Von Pyrrhus lernen, heißt Siegen lernen. Die Berliner SPD-Spitze zieht durch	90	10
Lochner-Fischer, Monika: Unbeugsam bis zum Schluß: Uschi Pausch-Gruber gestorben	91	8
Löckener, Ralf; Westphal, Thomas: Bündnis für Arbeit - Aufstieg und Fall	89	12
Lötzsch, Ronald: Der Magdeburger Parteitag der PDS und die KPF	88	12
Marterbauer, Markus: Dominanz der Finanzmärkte - Perspektiven der Wirtschaftspolitik	87	36
Meier, Uta (Interview): "Es könnte noch schlimmer kommen ..."	91	42
Menning, Bernd: Das Projekt "Lokale Agenda Köpenick"	92	36
Meyer, Christoph: Welches war das bestimmende Moment?	88	58
Mikfeld, Benny: (siehe König, Barbara)	89	6
Mikfeld, Benny: Die SPD und die "Jugend-Beruf-Zukunft"-Debatte	90	22
Missbach, Andreas: Neue Weltwirtschaftsordnung und zukunftsfähige Entwicklung	92	33
Möbbeck, Susi: (siehe Hugenroth, Reinhild)	88	21
Mönig-Raane, Margret: Frauenorientierte Umgestaltung der Arbeitswelt statt Sozialabbau	91	19
Morgenstern, Vera: (siehe Round table)	91	25
Mueter, Silke; Rebesani, Matteo: Im Zeichen des Olivenbaums: Italiens Linke auf dem Weg zur Macht	89	8
Müller, Kerstin: Noch eine Zukunft für Rot-Grün?	88	4
Müller, Petra: "Und sie sägten an den Ästen, auf denen sie saßen ..." Hamburgs SPD nach dem Landesparteitag	91	8
Nahles, Andrea (Interview): "Da kriegt der Clement immer noch einen roten Kopf, wenn man ihm das erzählt ..."	90	18
Nahles, Andrea: Märzahlen	88	5
Negt, Oskar: Für einen alternativen Begriff gesellschaftlicher Vernunft. Kritische Anmerkungen zum Entwurf für ein neues DGB-Grundsatzprogramm	89	16
Neumann, Kurt: Akten verbinden, oder: Honi soit qui mal y pense?	91	51
Niehuis, Edith: (siehe Round table)	91	25
Oesterle-Schwerin, Jutta: (siehe Round table)	91	25
Peter, Horst: "Umbau der Arbeit" inhaltlich füllen!	88	29
Plener, Ulla: Vereinigungsdrang und Vereinigungszwang	88	55
Podiumsdiskussion mit Bisky, Lothar; Brüggem, Willi; Scheer, Hermann; Schenk, Christina; Trittin, Jürgen): Wie ist eine reformpolitische Wende durchsetzbar?	88	44
Pollmann, Hanne: (siehe Round table)	91	25
Putz, Friedrich: Sozialhilfekompromiß: Lohnsenkungsförderungsgesetz mit Zustimmung der SPD?	90	12
Randzio-Plath, Christa: Nach dem "Kalanke-Urteil" des EUGH ... Aufgaben der Frauenpolitik in Europa	91	40
Rebesani, Matteo: (siehe Mueter, Silke)	89	8
Redaktionen von Andere Zeiten, spw und Utopie kreativ: Crossover - zu diesem Heft	88	2
Reif-Spirek, Peter: Gute Zeiten für sozialdemokratische Hobbyhistoriker? Eine Replik auf den Beitrag von Peter/Sprafke in spw 85	87	53
Reif-Spirek, Peter: Vier Einwände zu Ulrich Schneider	89	47
Rosendahl, Silvia; Walther, Claudia: Einleitung zum Heftschwerpunkt "Gender-Politics"	91	23
Round table mit Morgenstern, Vera; Niehuis, Edith; Oesterle-Schwerin, Jutta; Pollmann, Hanne; Schenk, Christina; Ziller, Christiane: "Solidarität in der Verschiedenheit - sonst hat die Männerbewegung gewonnen ..."	91	25
Rügemer, Werner: Die Ökonomie des schwarzen Lochs (Rezension)	87	47
Ruhoff, Werner: Geld oder Leben	87	49
Rünker, Reinhold: Rot-Grün in NRW - Krise überwunden?	89	10
Samland, Detlev: Europa als linkes Zukunftsprojekt	87	21
Sauer, Gustav W.; Bimboes, Detlef: Schlanker Staat? "Schlichter" Standort!	92	12

<i>Schauff, Frank</i> : Russischer Bonapartismus	90	15
<i>Scheer, Hermann</i> : (siehe Podiumsdiskussion)	88	44
<i>Schenk, Christina</i> : (siehe Podiumsdiskussion)	88	44
<i>Schenk, Christina</i> : (siehe Round table)	91	25
<i>Schieder, Andreas</i> : Österreich - nach der Wahl	87	6
<i>Schmidt, Frithjof</i> : Thesen zur "Globalisierung" der Weltwirtschaft	88	40
<i>Schneider, Ulrich</i> : Buchenwald - ein Objekt der Geschichtspolitik	89	45
<i>Schostok, Stefan</i> : "Crossover" - Fortsetzung folgt	91	4
<i>Schostok, Stefan</i> : Aktualität eines Projektes "Neuer Gemeinwirtschaft". Einleitung zum Heftschwerpunkt	90	27
<i>Schreiner, Ottmar</i> : Das Sparpaket der Bundesregierung - eine Kampfansage an SPD und Gewerkschaften	89	4
<i>Schurian, Christoph</i> : Fußball ist unser Leben, denn König Fußball regiert die Welt	92	7
<i>Schuster, Werner; Kellermann, Andreas</i> : Nachhaltigkeit als Leitlinie. Für eine Reform der deutschen Entwicklungszusammenarbeit	92	55
<i>Schütrumpf, Jörn</i> : Utopie kreativ - Diskussion sozialistischer Alternativen	88	14
<i>Seidel, Eckhart</i> : (siehe Gersmann, Barbara)	92	40
<i>Skarpelis-Sperk, Sigrid</i> : Standort Deutschland - eine gefährliche Obsession?	88	33
<i>SPD-Bezirksvorstand Hessen-Süd</i> : Sparen ohne Politikverlust	91	14
<i>spw-intern</i>	87	16
<i>spw-intern</i>	90	6
<i>spw-intern</i>	91	7
<i>spw-intern</i>	92	6
<i>spw-Jahresregister 1994/95</i>	87	27
<i>Statz, Albert; Sterzing, Christian</i> : Integration ist kein Selbstzweck	87	24
<i>Sterzing, Christian</i> : (siehe Statz, Albert)	87	24
<i>Stolterfoth, Barbara</i> : Zukunft der Arbeit - Rahmenbedingungen verändern	88	24
<i>Struck-Möbbeck, Olaf</i> : Bankenstrategien in der Bundesrepublik Deutschland	87	41
<i>Strutynski, Peter</i> : Zum Verhältnis von Pazifismus und Politik	89	53
<i>Thärichen, Holger</i> : Nachhaltige Produktion durch Stoffstrommanagement und Kreislaufwirtschaft?	92	21
<i>Trittin, Jürgen</i> : (siehe Podiumsdiskussion)	88	44
<i>Trombach, Ulf</i> : Soziale Betriebe - Beschäftigungsförderung oder mehr?	90	43
<i>Trosien, Antje; Walther, Claudia</i> : Alexandra Kollontai - Von Liebe und Arbeit	89	49
<i>Trosien, Antje</i> : Sie kam und blieb. Zum 10. Todestag von Simone de Beauvoir	91	56
<i>Underberg, Barbara</i> : Volkswagen: Innovative Unternehmensstrategie oder modernisierter Klassenkampf?	87	17
<i>Underberg, Barbara</i> : Zukunft der Arbeit: das Ausbildungssystem. Einleitung zum Heftschwerpunkt	89	21
<i>Vester, Michael</i> : Zwischen Klassengesellschaft und Individualisierung	90	55
<i>Wainwright, Hilary</i> : Crossover in Großbritannien	88	51
<i>Walther, Claudia</i> : (siehe Rosendahl, Silvia)	91	23
<i>Walther, Claudia</i> : (siehe Trosien, Antje)	89	49
<i>Wehr, Andreas</i> : Für eine andere Integration	88	38
<i>Werner, Harald</i> : Arbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft	90	40
<i>Werner, Harald</i> : Mehr Arbeit für die Reproduktion ökologischer, sozialer und kultureller Bedingungen	88	26
<i>Westphal, Thomas</i> : Einleitung zum Schwerpunkt "Money, Money, Money"	87	35
<i>Westphal, Thomas</i> : (siehe Löckener, Ralf)	89	12
<i>Westphal, Thomas</i> : kurzum	90	2
<i>Westphal, Thomas</i> : kurzum	92	2
<i>Westphal, Thomas</i> : spw - Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft	88	15
<i>Wischmeier, Jessika</i> : Eine Chance für die Jugend? SPD-Jugendparteitag beschließt Ausbildungsumlage	92	4
<i>Wolf, Frieder Otto</i> : Für eine global verstandene "Ökonomie des ganzen Hauses"	88	34
<i>Wolf, Ulrich</i> : Zwischen Goethe und Marx. Zum 25. Todestag von Georg Lukács	90	50
<i>Zauner, Margrit</i> : Frauen und Arbeitsmarktpolitik - Zwei fremde Welten?	91	49
<i>Ziller, Christiane</i> : (siehe Round table)	91	25

Verzeichnis der besprochenen Bücher (Sortierung nach AutorInnen der Bücher)

AutorIn: Titel (AutorIn der Rezension)	Heft	Seite
<i>Couvat, Jean Francois; Pless, Nicolas</i> : Das verborgene Gesicht der Weltwirtschaft (Rügemer)	87	47
<i>Hinterberger, Friedrich; Luks, Fred; Stewen, Markus</i> : Ökologische Wirtschaftspolitik: Zwischen Ökodiktatur und Umweltkatastrophe (da Silva Matos)	92	31
<i>BUND; MISEREOR (Hg.)</i> : Zukunftsfähiges Deutschland: Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung (Krämer, Bimboes)	92	18

Sachverzeichnis

Die Angaben hinter den Stichworten beziehen sich auf Heftnummer/Seitenzahl und AutorInnen der Beiträge (es ist nur der erste Name genannt), deren Titel im alphabetischen AutorInnenverzeichnis nachgeschlagen werden können.

Stichwort: Heft/Seite AutorIn

Abtreibungsrecht: 91/25 Round table, 91/42 Meier

Arbeit: 87/49 Ruhoff, 88/23 Dietzel, 88/24 Stolterfoth, 88/26 Werner, 88/27 Land, 88/29 Peter, 89/21 Underberg, 90/27 Schostok, 90/30 Kempe, 90/36 Buntenbach, 90/40 Werner, 90/43 Trombach, 91/19 Mönig-Raane, 91/49 Zauner

Arbeitszeitverkürzung: 87/17 Underberg, 88/28 Lehndorff

- Ausbildung:* 89/21 Underberg, 9/23 Hahn, 89/27 Bulmahn, 90/22 Mikfeld
Ausbildungsförderung: 87/10 Dohmen
Banken: 87/35 Westphal, 87/41 Struck-Möbbeck, 87/49 Ruhoff
Crossover/rot-grüner Raum: 88/2 Redaktionen, 88/14 Heilmann, 88/14 Schütrumpf, 88/15 Westphal, 88/16 Konferenzklärung, 88/20 Crossover-Koordinationsgruppe, 88/21 Hugenroth, 88/44 Podiumsdiskussion, 88/51 Wainwright, 88/53 Brulé, 91/2 Kremer, 91/4 Schostok, 91/25 Round table
DDR: 87/53 Reif-Spirek, 88/50 Adolphi, 88/55 Plener, 88/58 Meyer, 89/2 Kremer, 89/45 Schneider, 91/51 Neumann
Deutschland/Innenpolitik: 88/4 Müller, 88/5 Nahles, 88/44 Podiumsdiskussion, 89/37 Knoell, 90/4 Krems (Sachsen-Anhalt), 90/7 Borchert (Meck.-Vorpommern),
Dritte Welt/Nord-Süd-Problem: 92/33 Missbach, 92/55 Schuster
Entwicklungspolitik: 92/55 Schuster
Europa: 87/2 Kremer, 87/21 Samland, 87/24 Statz, 87/4 Lacire-Langevin, 87/36 Marterbauer, 88/38 Wehr, 88/43 Kaufmann, 91/2 Kremer, 91/4 Randzio-Plath, 92/2 Westphal
Finanzpolitik: 91/14 SPD Hessen-Süd, 92/44 Frankfurter Kreis
Frauenpolitik/Frauenbewegung: 88/21 Hugenroth, 91/19 Mönig-Raane, 91/23 Rosendahl, 91/25 Round table, 91/31 Jansen, 91/32 Augst, 91/40 Randzio-Plath, 91/42 Meier, 91/45 Haug, 91/49 Zauner
Friedenspolitik/Friedensbewegung: 89/53 Strutynski, 90/9 Kretschmer
Gemeinwirtschaft/Neue Gemeinwirtschaft: 90/27 Schostok, 90/30 Kempe, 90/36 Buntenbach, 90/40 Werner, 90/43 Trombach, 90/46 Krämer, 91/2 Kremer, 91/49 Zauner
Geschichte: 87/53 Reif-Spirek, 88/50 Adolphi, 88/55 Plener, 88/58 Meyer, 89/45 Schneider, 89/47 Reif-Spirek, 91/51 Neumann
Geschlechterverhältnisse/Gender: 91/23 Rosendahl, 91/36 Frerichs, 91/45 Haug, 92/15 Kebir
Gewerkschaften: 87/2 Kremer, 87/17 Underberg, 87/49 Ruhoff, 89/12 Löckener, 89/16 Negt, 89/23 Hahn, 89/34 Kalbe, 90/2 Westphal, 91/19 Mönig-Raane, 92/10 Eisbach
Globalisierung/Internationalisierung: 87/47 Rügemer, 88/37 Dräger, 88/38 Wehr, 88/40 Schmidt, 88/42 Brie, 88/43 Larcher, 91/2 Kremer, 91/7 Frankfurter Kreis
Grüne: 87/8 Brandt, 88/7 Brandt, 88/14 Heilmann
Hochschule: 89/30 Bultmann, 89/34 Kalbe
Internationales: 87/4 Lacire-Langevin (Frankreich), 87/6 Schieder (Österreich), 88/51 Wainwright (Großbritannien), 88/53 Brulé (Frankreich), 89/8 Mueter (Italien), 89/57 Kretschmer (Bulgarien), 90/15 Schauff (Rußland), 92/50 Göll (USA)
Islam: 92/15 Kebir
IUSY: 91/10 Albrecht
Jahresregister: 87/27 (1994/1995)
Jugend: 89/2 Kremer, 90/18 Nahles, 91/32 Augst, 92/4 Wischmeier
Jusos: 89/6 König, 90/18 Nahles, 91/2 Kremer, 92/2 Westphal, 92/4 Wischmeier
Klassen: 90/55 Vester, 91/36 Frerichs
Kultur/Lebensweise: 92/7 Schurian
Linke: 87/2 Kremer, 88/16 Konferenzklärung, 88/34 Wolf, 88/44 Podiumsdiskussion, 88/50 Adolphi, 89/16 Negt, 90/2 Westphal, 92/2 Westphal
Marxismus: (siehe TheoretikerInnen)
Medien: 92/10 Eisbach
Nationalsozialismus: 87/53 Reif-Spirek, 89/45 Schneider, 89/47 Reif-Spirek
PDS: 88/12 Löttsch, 88/14 Schütrumpf
Politische Theorie: 89/41 Kraxner, 90/2 Westphal, 90/55 Vester
Rechte Politik und Ideologie: 89/37 Knoell, 89/41 Kraxner, 91/51 Neumann
Rechtstextremismus/Rassismus: 89/41 Kraxner
Rot-Grün: 88/4 Müller, 89/10 Rünker (NRW), 90/4 Krems (Sachsen-Anhalt)
Solarer Umbau: 92/40 Gersmann
Sozialdemokratie/allgemein: 88/5 Nahles, 88/9 Krämer, 89/2 Kremer, 90/9 Kretschmer, 90/18 Nahles, 90/22 Mikfeld, 91/2 Kremer, 92/2 Westphal, 92/4 Wischmeier
Sozialdemokratie/Parteilinke: 88/9 Krämer, 88/15 Westphal, 91/8 Lochner-Fischer
Sozialdemokratie/regional: 89/10 Rünker (NRW), 90/7 Borchert (Meck.-Vorpommern), 90/10 Linnekugel (Berlin), 91/8 Müller (Hamburg)
Sozialhilfe: 90/12 Putz
Sozialpolitik/Sozialstaat: 87/10 Dohmen, 89/4 Schreiner, 90/12 Putz, 91/19 Mönig-Raane
Sozialstruktur: 90/55 Vester
spw: 87/16 spw-intern, 87/27 (Jahresregister 1994/1995), 88/2 Redaktionen, 88/15 Westphal, 90/6 spw-intern, 91/7 spw-intern, 91/8 Lochner-Fischer, 92/6 spw-intern
Staat/Staatsreform: 91/14 SPD Hessen-Süd, 92/12 Sauer
Städte/Kommunen: 87/13 Bell, 92/36 Menning
Steuerpolitik: 92/44 Frankfurter Kreis
TheoretikerInnen: 87/56 Buckmiller (Korsch), 89/49 Trosien (Kollontai), 90/50 Wolf (Lukács), 91/56 Trosien (Beauvoir)
Umwelt/Ökologie: 88/27 Land, 91/11 Bimboes, 92/12 Sauer, 92/18 Krämer, 92/21 Thärichen, 92/26 Bömer, 92/39 Krause
Wahlen/Deutschland: 88/4 Müller, 88/5 Nahles
Wirtschaftspolitik/Ökonomie: 87/35 Westphal, 87/36 Marterbauer, 87/41 Struck-Möbbeck, 87/47 Rügemer, 88/24 Stolterfoth, 88/26 Werner, 88/27 Land, 88/30 Kremer, 88/31 Klein, 88/33 Skarpelis-Sperk, 88/34 Wolf, 88/36 Jäger, 89/4 Schreiner, 89/12 Löckener, 90/2 Westphal, 90/27 Schostok, 90/30 Kempe, 90/36 Buntenbach, 90/46 Krämer, 91/7 Frankfurter Kreis, 92/2 Westphal, 92/18 Krämer, 92/21 Thärichen, 92/26 Bömer, 92/31 da Silva Matos, 92/44 Frankfurter Kreis
Zukunftsfähige Entwicklung: 87/13 Bell, 88/27 Land, 92/18 Krämer, 92/21 Thärichen, 92/26 Bömer, 92/31 da Silva Matos, 92/33 Missbach, 92/36 Menning

I. Die Lage von Wirtschaft und Arbeitsmarkt

1.
Auch 1997 wird es *kein Zeichen der Hoffnung* für die *Millionen von Arbeitslosen* in Deutschland und Europa geben - im Gegenteil: Bleibt es bei der bisherigen Politik in Deutschland und in Europa, wie sie auf dem Dubliner Gipfel beschlossen wurde, wird es nach den jüngsten Prognosen des DIW auch 1997 einen neuen deutschen Rekord in Massenarbeitslosigkeit geben: 4.155.000 Männer und Frauen (10,8%) werden im Jahresdurchschnitt als Arbeitslose registriert sein. Über 2,9 Millionen (9,4%) in Westdeutschland und 1,2 Millionen (16,4%) in Ostdeutschland.

2.
 Dabei hat sich die Konjunktur in Deutschland von ihrem Schwächeanfall zu Beginn des letzten Jahres erholt - wenn auch nur zögerlich.

- Die *Exporte* haben kräftig zugelegt und werden im kommenden Jahr auf 5,5% Zuwachs geschätzt. Sie werden auch in diesem Jahr die entscheidende Stütze der Konjunktur sein. Aber nur die Ausfuhren in die stetig wachsenden USA, die aufstrebenden Länder Asiens und die expandierenden Reformstaaten Mittelosteuropas nehmen zu, bei der Exportnachfrage aus der Europäischen Union bewegt sich nur wenig.

- Die *Inlandsnachfrage* in Deutschland - aber auch in den meisten anderen Ländern der EU - hat bisher vom Export *keine sichtbaren Impulse* erhalten. Die *Masseneinkommen* werden auch 1997 *real zurückgehen* und der private Verbrauch mit 1,5% nur dann seine schwache, aber entscheidende Stützfunktion für die Konjunktur spielen können, wenn die Sparquote zurückgenommen wird und er durch kräftig steigende entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen gestützt wird.

- Das Wachstum des *Bruttoinlandsprodukts (BIP)* wird deswegen mit 2% schwach ausfallen. Die *Investitionstheorie* mit gerade 4,0% bei den *Ausrüstungsinvestitionen* ist weiterhin nicht überwunden. Der *Produktionseinbruch im Bau*, der bereits 1996 um 2,5% abnahm, wird sich auch 1997 fortsetzen, wenn - wie nach den Haushaltsberatungen vom Herbst 1996 abzusehen - eine weitere Abnahme der öffentlichen Investitionen um 2% bei Bund, Ländern und Kommunen erfolgt.

- Ein solches Wachstumstempo ist weder ausreichend, eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt zu bringen, noch genügend, um mit den Konsequenzen der deutschen Einheit fertig zu werden. Ostdeutschland bräuchte über 10 Jahre lang Wachstumsraten von 4 - 5%, um Anschluß zu finden und ohne großen Transferbedarf auf eigenen Beinen stehen zu können.

Tatsächlich ist der Aufholprozeß in Ostdeutschland zum Stillstand gekommen, nicht zuletzt auch deshalb, weil die öffentlichen Investitionen dort seit 1993 rückläufig sind.

Bei dem schwachen Wachstum und den hohen Arbeitslosenzahlen wurde 1996 das Ziel der *Haushaltskonsolidierung* nach den Maastrichtkriterien nicht erreicht: Das Staatsdefizit war mit 140 Mrd. DM (= 3,9% des BIP) so hoch wie nie zuvor. Trotz aller scharfen Einschnitte, unsozialen Kürzungen und Haushaltskosmetik wird das Defizit in 1997 nur knapp auf 135 Mrd. DM oder 3,4% Anteil am BIP abnehmen und damit auch 1997 das selbstgesetzte Ziel nicht erreicht.

Wege aus der Krise

Vorschläge für mehr Wachstum, Beschäftigung und zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen

von Sigrid Skarpelis-Sperk*

3.
 Das angeblich sparsame Verhalten der Finanzminister und Finanzverantwortlichen führt nur zum *negativen Schuldenparadox*: Je schärfer die Kürzungen, um so schwächer das Wachstum, desto höher die Arbeitslosigkeit und umso größer die Löcher in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden. Sie „sparen“ am Anfang des Jahres bei den öffentlichen Investitionen - nur um im Laufe des Jahres mehr für Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe zu bezahlen und ihre Steuereinnahmen geringer als erwartet zu finden. Die von allen gewünschte *Konsolidierung der Staatshaushalte rückt* damit *in immer weitere Ferne*.

II. Die Ursachen des schwachen Wachstums und die Politik der Bundesregierung

4.
 Die Gründe für diese Schwäche liegen *nicht im globalen Wettbewerb* - ansonsten gäbe es keine deutschen Exportrekorde und vor allem keine Handelsbilanzüberschüsse mit den Niedriglohnländern unserer östlichen Nachbarn und Asiens.

Was ist also die *Ursache* für die Investitionsschwäche und den bisher nicht überspringenden Funken von der Exportkonjunktur auf die wirtschaftliche Entwicklung im Inneren? Warum gibt es eine Investitionsschwäche in Westeuropa und in Deutschland?

Nach dem Lehrbuch der *Neoliberalen* und der *Standorttheoretiker* dürfte es keine geben, denn

- die *Einkommensverteilung* hat sich in Deutschland wie in Europa massiv *zugunsten der Unternehmen verbessert*; der *Anstieg der Real-löhne* ist weit hinter dem Anstieg der *Arbeitsproduktivität zurückgeblieben*. Die Quote der Arbeitseinkommen ist in Westdeutschland auf das Niveau der 60er Jahre zurückgefallen.

- Die *Steuerquote* am Bruttoeinkommen aus *Unternehmertätigkeit und Vermögen* liegt mittlerweile unter 25%, während sie zu Beginn der 80er Jahre über 35% betrug.

- Das Preisniveau ist *stabil*.

Trotz dieser *hervorragenden Angebotsbedingungen* hat es keine wesentliche Beschleunigung der Investiti-

Bleibt es bei der bisherigen Politik, wird es nach den jüngsten Prognosen des DIW auch 1997 einen neuen deutschen Rekord in Massenarbeitslosigkeit geben: 4.155.000 Männer und Frauen (10,8%).

* Sigrid Skarpelis-Sperk MdB ist Mitglied des SPD-Parteivorstands und stellv. wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion sowie Mitherausgeberin der spw. Dieser Vorschlag wurde auf der Klausur der Landesgruppe der BayernSPD im Bundestag am 11./12.1.1997 in Irsee einstimmig beschlossen.

onsdynamik in Deutschland und in Europa gegeben. Im Gegenteil: in Westeuropa findet sich in den neunziger Jahren sogar die *schlechteste Investitionsentwicklung seit dem 2. Weltkrieg*.

5.

Die Politik der Bundesregierung setzt seit 15 Jahren auf eine Verbesserung der Angebotsbedingungen und den Export. Beide Strategien sind offensichtlich nicht in der Lage, das Problem der Massenarbeitslosigkeit zu lösen - im Gegenteil: Nach jedem Konjunkturaufschwung waren das Heer der Arbeitslosen größer und die Defizite der Staatskassen höher.

Die konservativ-liberale Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist gescheitert. Die Gründe dafür liegen nicht in unzureichenden Anpassung an die *Globalisierung*, sie sind *hausgemacht*. Die Umverteilung von unten nach oben, die seit Jahren sinkenden Realeinkommen breiter Schichten

Die konservativ-liberale Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist gescheitert. Die Gründe dafür liegen nicht in unzureichenden Anpassung an die Globalisierung, sie sind hausgemacht.

der Bevölkerung und der Rückgang der staatlichen Investitionen haben zu einem *extrem schwachen Wachstum*, insbesondere der *Inlandsnachfrage* geführt. Dazu kommen die Fehler der Finanzierung der deutschen Einheit sowie eine *unfähige*

Wirtschafts- und Finanzpolitik, die die Wirtschaftsschwankungen verschärfte und noch immer verschärft, statt die ihr nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz obliegende Aufgabe zu erfüllen, sie abzumildern bzw. auszugleichen und für mehr Beschäftigung zu sorgen.

III. Was tun?

Deswegen ist eine *radikale Umkehr in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik* dringlich, sonst versinken in Deutschland und Europa weit mehr als *18 Millionen Arbeitslose* in Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung, höhlt die zunehmende *Finanzkrise* des Staates die Grundlagen des Sozialstaates aus und wird das *Vertrauen in die Fähigkeit zur Lösung der drängenden Fragen durch die de-*

mokratische gewählten Führungen bei immer breiteren Schichten unseres Volkes und der kleinen Unternehmer unrettbar zerstört.

Deflationspolitik, weitere Sozialkürzungen und eine Politik des Verschiebens oder der Formelkompromisse bzw. wechselseitige Blockaden durch die wichtigsten sozialen und politischen Kräfte sind der falsche Weg.

Deutschland und Europa braucht eine *große, gemeinsame Anstrengung*, um aus der Krise hoher und steigender Arbeitslosigkeit und schwachen Wachstums herauszukommen und wieder auf den Pfad einer hohen wirtschaftlichen Dynamik, kräftigen Wachstums und damit auch steigender Beschäftigung, gesunder Sozialkassen und konsolidierter Staatsfinanzen zu gelangen.

Dafür braucht es eine Einigung über *fünf zentrale Richtungsentscheidungen*:

1.

Deutschland braucht eine *starke, politische Führung*, die den Menschen wieder Selbstvertrauen und Elan gibt. Das Land muß merken, daß es *verlässlich regiert* wird und daß die *zentralen wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Entscheidungen* nicht jedes halbe Jahr willkürlich geändert werden. *Eine Konzertierung der Wirtschafts-, Finanz-, Geld und Lohnpolitik ist unabweisbar*. Die bisherigen Versuche des Regierung Kohl sind gescheitert, weil Geld- und Lohnpolitik nicht miteinander abgestimmt wurden und die Finanzpolitik die Krise verschärft hat. Unternehmen brauchen Berechenbarkeit für ihre Investitionsentscheidungen und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Sicherheit für ihre Entscheidungen in ihrer Alterssicherung, im Wohnungsbau und für die Ausbildung ihrer Kinder. Die zunehmende Unsicherheit über die Zuverlässigkeit und längerfristige Kalkulierbarkeit staatlicher Entscheidungen bewirken Verunsicherung und Investitionslethargie.

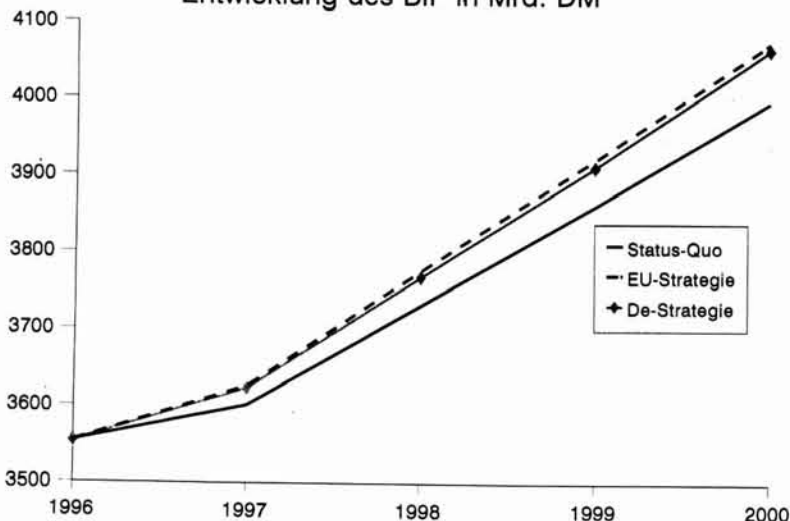
2.

Wir brauchen in Deutschland und in Europa eine Politik der *niedrigen Realzinsen*, um *Investitionen in Arbeitsplätze* lohnender zu machen als in *Finanzanlagen*. Hier steht die Bundesbank als führende Zentralbank Europas in der Verantwortung, ihre Pflichten endlich ernstzunehmen und ihren Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung wirksam zu leisten. *Preisstabilität ist erreicht*. Die *Gewerkschaften* fahren einen *wirtschaftlich vernünftigen Kurs*, der sicherstellt, daß auch künftig die Preisstabilität nicht gefährdet ist - *nun müssen auch Wachstum und das Beschäftigungsziel wichtig sein*.

3.

Wir brauchen eine *Haushalts- und Finanzpolitik*, die *Massenarbeitslosigkeit* und *Wachstumsschwäche* zielgerichtet bekämpft und nicht hinnimmt bzw. wie die Politik der Bundesregierung und der Bundesbank durch eigenes Handeln massiv verschärft. Nur so können Staatshaushalte mittelfristig konsolidiert und der Staat im Interesse seiner Bürger wieder handlungsfähig gemacht werden. Das erfordert *mehr öffentliche Infrastrukturausgaben*. Dies geschieht am besten, indem für einen Zeitraum von 1 bis 2 Jahren öffentliche Infrastrukturausgaben in Höhe von *1% des Bruttoinlandsprodukts*, d.h. *35 Mrd. DM*, durch eine *erhöhte Kreditaufnahme* aller staatlichen Ebenen vorfinanziert werden. Besonders in Ostdeutschland ist eine Aufstockung der Infrastrukturinvestitionen dringend erforderlich.

Entwicklung des BIP in Mrd. DM



Quelle: Berechnungen des DIW.

4.

Wir brauchen in Deutschland eine *Stabilisierung der Masseneinkommen*. Jeder weitere Rückgang der Realeinkommen der breiten Schichten ist in der gegenwärtigen und absehbaren wirtschaftlichen Lage kontraproduktiv und schwächt die Binnennachfrage und die Ausrüstungsinvestitionen in die binnenmarktorientierten Industrien: Deswegen *verbieten sich eine Lohnpause*, weitere *Sozialkürzungen* z.B. beim Arbeitslosengeld oder der Sozialhilfe, *weitere Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge* oder *weitere Steuerbelastungen* breiter Einkommensschichten. Wir schlagen deswegen ein *zweijähriges Moratorium* gegen alle weiteren *Belastungen* der Masseneinkommen vor.

5.

Wir brauchen eine *Steuerreform*, die - zusammengerechnet mit den Sozialabgaben - *die unteren Schichten netto nicht belastet, sondern entlastet*. Wir lehnen alle Vorschläge für eine „Schein-Steuerreform“ ab, die die Staatskassen zugunsten der obersten Einkommensschichten und der multinationalen Unternehmen weiter ausplündert zu Lasten der Zukunftsinvestitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung, Infrastruktur in Städten und Gemeinden, Verbesserung der Umwelt und der Verkehrsinvestitionen. Üppige Steuergeschenke für die oberen und Trinkgelder für den Normalsteuerzahler lehnen wir ab.

Deswegen brauchen wir insgesamt eine *antizyklische Politik*, die für mehr Dynamik in der Wirtschaft und für deutlich mehr Arbeitsplätze sorgt. Eine solche antizyklische Politik *ist machbar*. Dazu müssen Geldpolitik und Finanzpolitik zusammenarbeiten. Entzieht sich die Geldpolitik dieser Aufgabe, ist die Finanzpolitik umso mehr gefordert. Eine solche Politik führt schon bald zu *höherem Wachstum, geringerer Arbeitslosigkeit, einer spürbaren Konsolidierung der Sozialkassen, verbesserten öffentlichen Einnahmen und per Saldo zu einem geringeren Schuldenstand* als die Fortsetzung der gegenwärtigen Politik.

IV. Warum wird eine solche vernünftige Politik nicht gemacht?

Sie wäre heute schon möglich, wenn *alle staatlichen Entscheidungsträger* von Bund, Ländern und Gemeinden ihrer *wirtschaftspolitischen Verantwortung* nach dem *Stabilitäts- und Wachstumsgesetz* gerecht würden. Dafür gibt es aber derzeit keine Anreize im Staatssystem der Bundesrepublik Deutschland.

Der Bund hat zwar die *stabilitätspolitische Verantwortung*, die Konjunktur zu stabilisieren und damit auch die *Kostenlast*, aber *Nutzen*, d.h. die *Mehreinnahmen*, fließen überwiegend in die *Kassen* von Ländern und Kommunen.

Deutschlands Finanzsystem befindet sich daher in einem *föderalen Dilemma*: Wer sich von den 16.000 Finanzverantwortlichen im Interesse der Stabilisierung der Volkswirtschaft vernünftig verhält und mehr ausgibt, um die Konjunktur anzukurbeln, riskiert, daß die anderen *Trittbrettfahrer* spielen und nicht mitmachen, weil sie fürchten müssen, daß die *positiven Effekte* überwiegend nicht in der eigenen Region verbleiben und sie bei kaum verbesserter Beschäftigungssituation auf *höheren Schulden* sitzen bleiben. Weil jeder so denkt und dem anderen nicht über den Weg traut, denkt jeder nur an seinen Haushalt, spart in der Krise

und destabilisiert so weiter die Gesamtwirtschaft und den eigenen Haushalt zugleich. So bleibt das *Vernünftige und Machbare*, die *Stabilisierung der Wirtschaft* und die *Schaffung von Arbeitsplätzen*, ungetan. Die Bundesregierung hat sich in ihrer sehr engen Auslegung der Budgetkriterien des Maastricht-Vertrages in eine *Sackgasse* manövriert. Es ist im Interesse der deutschen Wirtschaft und von Millionen von Arbeitslosen, die finanzpolitischen Spielräume von Maastricht der konjunkturellen Lage angemessen zu nutzen und die europäischen Partnerländer nicht zu einer Deflationspolitik zu zwingen.

Deswegen schlagen wir Sozialdemokraten folgende Maßnahmen vor:

1.

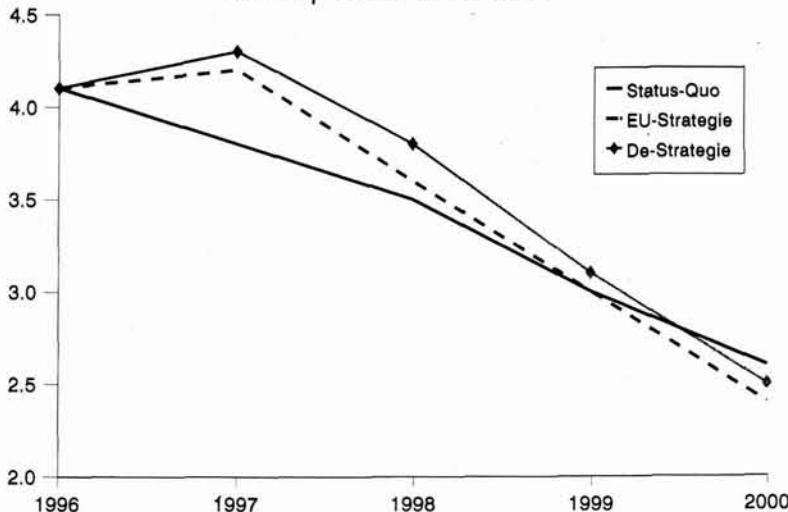
Es wird ein *Fond zur Stabilisierung und Konsolidierung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt* errichtet. Wenn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht verfehlt ist, d.h. bei steigender Massenarbeitslosigkeit und signifikanter Wachstumsschwäche, erhalten *Bund, Länder und Kommunen* aus diesem *Fond zinslose Kredite zur Finanzierung zusätzlicher öffentlicher Investitionen* und der *Defizite der Bundesanstalt für Arbeit*. Als Basis für die Berechnung der Investitionen gilt der Durchschnitt der letzten zwei Haushaltsjahre der jeweiligen Gebietskörperschaft.

2.

Die *Verzinsung und Tilgung des Konjunkturstabilisierungsfonds* muß nach beginnender wirtschaftlicher Dynamik und abnehmender Arbeitslosigkeit (im Regelfall nach 2 Jahren) *automatisch* und vorweg aus den stärker fließenden *Steuereinnahmen* bedient werden. Die Tilgung der Defizite der Bundesanstalt für Arbeit erfolgt aus dem Bundeshaushalt. Als Bezugsgröße für die Aufteilung unter den Gebietskörperschaften wird von jeweiligen *Steuereinnahmen*

Antizyklische Politik führt zu höherem Wachstum, geringerer Arbeitslosigkeit, einer spürbaren Konsolidierung der Sozialkassen, verbesserten öffentlichen Einnahmen und per Saldo zu einem geringeren Schuldenstand.

Defizitquote in % vom BIP



Quelle: Berechnungen des DIW.

men plus/minus den Übertragungen im Rahmen des vertikalen und horizontalen Steuerausgleichs ausgegangen.

3.

Den Zeitpunkt der Aufnahme der Stabilisierungskredite und deren genaue Höhe sowie der Beginn der Tilgung bestimmt der Finanzplanungsrat unter Beteiligung der Kommunen. Sachverständigenrat und Wirtschaftsforschungsinstitute werden beauftragt, jeweils dazu einen Vorschlag zu machen. Die Errichtung des Fonds zu Stabilisierung und Konsolidierung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt und seine Handhabung wird im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz bindend geregelt.

4.

Angesichts der dauernden Kürzungen öffentlicher Investitionen liegen derzeit genügend gut geplante und rasch umsetzbare Projekte in den Schubladen und angesichts der hohen Baufacharbeiterarbeitslosigkeit und un-

ausgelasteter Baukapazitäten dürften Preissteigerungen unwahrscheinlich sein. Um sicherzustellen, daß aus der Vielzahl der Projekte mittel- und langfristig volkswirtschaftlich vernünftige Investi-

tionen vorrangig zum Zuge kommen, wird Zukunftsinvestitionen auf den Gebieten der ökologischen Erneuerung und von Wissenschaft und Forschung der Vorrang gegeben. Dies sind insbesondere:

- Ausbau und Modernisierung des ÖPNV und Ausbau leistungsfähiger Schienennetze
- Maßnahmen der Stadtentwicklung und Stadtsanierung
- Verbesserung der kommunalen Infrastruktur - vor allem in Ostdeutschland
- Ersatzinvestitionen im Bereich der Entsorgung (überalterte Kanalisation)
- Maßnahmen zur Reduzierung der Umweltbelastung und Energieeinsparung
- Ausgaben für Wissenschaft und Forschung.

Eine europäische Alternative für Aufschwung und Arbeitsplätze ist denkbar und machbar - sie muß in Deutschland beginnen.

5.

Wenn alle zur Konzertierung notwendigen Schritte in diesem Frühjahr unternommen werden, führt eine solche Politik zu einem dynamischen Prozeß der Erholung der deutschen Wirtschaft mit deutlich wachsender Beschäftigung bei stabilen Preisen.

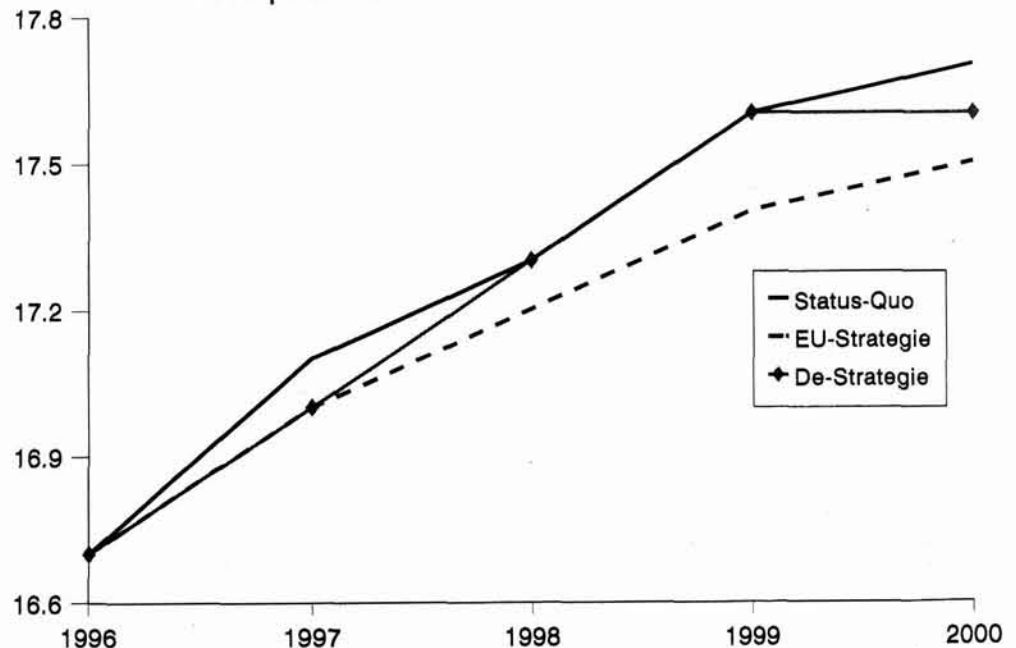
Nach den Berechnungen des DIW führt bereits ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von 35 Mrd. DM jährlich, das durch eine zusätzliche Kreditaufnahme finanziert wird, selbst wenn es allein in Deutschland zum Tragen kommt, zu folgenden Verbesserungen gegenüber der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzpolitik:

- ein spürbar höheres Wachstum des Sozialprodukts (+ 1,8 %),
- etwa 500 000 zusätzliche Arbeitsplätze,
- Einsparungen bei der Arbeitslosenunterstützung und der Sozialhilfe in Höhe von 6 - 9 Mrd. DM,
- eine merkliche mittelfristige Konsolidierung der Staatshaushalte mit einer geringeren Schuldenquote am BIP und einer Zinsquote unterhalb der Zinsbelastung, wie sie bei der Fortsetzung der jetzigen Politik zwangsläufig ist.

Beteiligen sich die Länder der Europäischen Union an einem solchen Zukunftsinvestitionsakt für mehr Wachstum und Beschäftigung, könnten noch höhere Wachstumsraten erzielt, mehr Arbeitsplätze in Deutschland und Europa geschaffen und eine realistische und solide Konsolidierung der öffentlichen Finanzen erreicht werden.

Die Europäische Union ist wirtschaftlich zu einer großen Volkswirtschaft mit einem relativ geringen Außenanteil vergleichbar dem Wirtschaftsraum der USA zusammengewachsen. Weil die Bundesregierung Wirtschaftspolitik auf nationale Standortpolitik reduziert, blockiert sie jeden Ansatz zu einer kooperativen Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa und verhindert damit auch eine erfolgreiche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Eine europäische Alternative für Aufschwung und Arbeitsplätze ist denkbar und machbar - sie muß in Deutschland beginnen. spw

Zinsquote in % der Steuereinnahmen



Quelle: Berechnungen des DIW.

I. Zielsetzungen und bisherige Ergebnisse

Während die Aktivitäten - etwa der Memorandum-Gruppe oder linker Kräfte in Parteien und Gewerkschaften - für eine alternative Wirtschaftspolitik darauf gerichtet waren und sind, durch Kritik kapitalorientierter Wirtschaftstheorie und -politik und konkrete Gegenkonzepte gesellschaftliche und politische Kräfte für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel zu mobilisieren, war die Initiative der IG Metall zu einem „Bündnis für Arbeit“ darauf gerichtet, ausgehend von den gegebenen Kräfteverhältnissen zu politischen Vereinbarungen mit dem Kapital und der Bundesregierung für den Abbau der Massenarbeitslosigkeit und den Erhalt des Sozialstaats zu kommen und zugleich die Position der Gewerkschaften in Betrieben und Öffentlichkeit zu festigen.

Die Forderungen alternativer Wirtschaftspolitik waren bisher insoweit erfolglos, als sie politisch nicht durchgesetzt werden konnten und selbst innerhalb der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie nur begrenzte Unterstützung fanden. Sie waren und sind aber politisch wichtig, um politisch bewußte Minderheiten für sozial-ökologische Alternativen zu formieren, diese analytisch und konzeptionell zu begründen und als reformpolitisch realisierbare Option am Leben zu erhalten.

Das „Bündnis für Arbeit“ kam nicht zustande, weil weder das Kapital noch die in der Regierung maßgeblichen politischen Kräfte ein Interesse daran hatten, sondern sich in der Lage wähnten, ohne entsprechende Rücksichtnahmen und im Wege der Konfrontation ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen besser durchsetzen zu können - ist doch die Entwicklung der letzten Jahre insgesamt davon gekennzeichnet, daß wachsende Fraktionen des Kapitals und der konservativen Eliten bisherige sozialpartnerschaftlichen Arrangements und Gepflogenheiten aufkündigen. Die Bündnisinitiative und die anschließenden Vorgänge stärkten aber den öffentlichen und betrieblichen Rückhalt der Gewerkschaften und die Kampfbereitschaft der Beschäftigten in den folgenden politischen und Klassenauseinandersetzungen.

Durch diese Vorgänge und Auseinandersetzungen ist zugleich - und das ist das wesentliche positive Ergebnis der Bündnis-Initiative und ihres insoweit produktiven Scheiterns - das Bewußtsein gewachsen,

- daß die Arbeitgeber ihre eigenen Gewinninteressen und nicht die des „Standorts“ vertreten und ihnen durch entsprechende Kampfmaßnahmen mal wieder klargemacht werden muß, daß sie hierzulande nicht machen können, was sie wollen, sondern mit einem Konfrontationskurs auch selbst einiges zu verlieren haben und Niederlagen riskieren, und
- daß für eine sozial und beschäftigungsorientierte Politik ein politischer Wechsel zu einer rot-grünen Koalition auf Bundesebene und eine klarere Auseinandersetzung mit den Ideologien der Standortpolitik erforderlich ist. Damit sind auch die Chancen und Spielräume für Positionen alternativer Wirtschaftspolitik gewachsen. Problematisch war und ist allerdings, daß einer Interpretation der Bündnisinitiative der Gewerkschaften als einer Anerkennung der These „Lohnverzicht schafft bzw. sichert Arbeitsplätze“ nicht hinreichend entgegen getreten worden ist und auch einige standortpolitisch orientierte GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen dies bewußt so - falsch - dargestellt haben.

Bündnis für Arbeit und alternative Wirtschaftspolitik

von Ralf Krämer*

II. Fehlende Umsetzungsmöglichkeiten des Bündnisangebots

Falls und insoweit die Protagonisten des „Bündnis für Arbeit“ tatsächlich geglaubt hatten, damit nicht nur auf einzelne Unternehmen und Bereiche beschränkte, sondern quantitativ bedeutende und sozial verträgliche Schritte zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit (also nicht bloß eine gewisse Begrenzung des Überstundenvolumens oder die massenhafte Verwandlung bisher Arbeitsloser in „working poor“) auf dem Verhandlungsweg und ohne massive Tarifaussensetzung mit der Unternehmenseite vereinbaren zu können, war das von vornherein illusionär - nicht nur aufgrund der Kräfteverhältnisse und Interessenlagen, sondern auch bezüglich der mangelnden realen Möglichkeiten, das Bündnisangebot „Lohnzurückhaltung gegen Beschäftigungssicherung“ entsprechend wirkungsvoll umzusetzen.

Materiell hätte der angestrebte Beschäftigungserfolg erreicht werden müssen entweder dadurch, daß der vergrößerte finanzielle Spielraum der Unternehmen zur Reduzierung der Rationalisierungsanstrengungen oder zur Weiterbeschäftigung nicht mehr benötigter Arbeitskräfte, ggf. verbunden mit Qualifizierung, genutzt worden wäre, oder zu verstärkten Investitionen und dadurch induzierten Beschäftigungswirkungen geführt hätte. Beides erscheint mir aufgrund der Konkurrenz- und Nachfragebedingungen als insgesamt unrealistisch und könnte auch höchstens in einzelnen Großunternehmen, aber nicht flächendeckend in hinreichenden Größenordnungen vereinbart werden. Der verbleibende Ansatz der Überstundenbegrenzung - faktisch eine Verkürzung der effektiven Arbeitszeit - ist realisierbarer, aber in seiner Dimension unzureichend - und selbst dazu war etwa Gesamtmetall nach eigenen Aussagen weder bereit noch in der Lage.

Nur im Zusammenhang mit einer alternativen Wirtschaftspolitik ist ein wirksames „Bündnis für Arbeit“ möglich und durchsetzbar und kann die Massenarbeitslosigkeit beseitigt werden.

* Ralf Krämer, Dortmund, spw-Redaktion. Der Text ist die überarbeitete Fassung einer Diskussionsvorlage für die spw-Jahrestagung im Dezember 1996

III. Die Problematik der Umsetzungsebenen

Die Verlagerung der Umsetzung des „Bündnis für Arbeit“ auf die Ebene einzelner Regionen, Branchen oder Betriebe, in denen bessere Bedingungen und Kräfteverhältnisse bestehen als auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene, ist insoweit sinnvoll, wie sie zur Sicherung von Beschäftigung in bestimmten Bereichen beitragen kann. Im wesentlichen geht es dabei um Vereinbarungen zu zeitlich befristeter Verkürzung der Arbeitszeiten unter die tariflich festgelegten. Sie ist aber nicht geeignet, die hochgesteckten beschäftigungspolitischen Ziele auch nur annähernd zu erreichen und die soziale Ausgrenzung und Deklassierung zurückzudrängen. Zum Teil sind die damit verbundenen Zugeständnisse und Gegenleistungen der Beschäftigten oder der Politik auch so problematisch (etwa der Verzicht auf politische Gestaltungsoptionen beim „Ausbildungskonsens NRW“), daß die Bedingungen für eine sozialökologische Umorientierung damit verschlechtert und solche „schlechten deals“ deswegen von Linken abgelehnt werden müssen. Das muß im konkreten Einzelfall beurteilt werden. Entschieden zu bekämpfen sind natürlich unter dem Label „Bündnis für Arbeit“ verkaufte Vereinbarungen, bei denen es sich um bloße durch die Drohung mit Arbeitsplatzabbau erpreßte Unterschreitungen tariflicher Standards oder gar Arbeitszeitverlängerungen handelt.

Das Problem besteht darin, daß auf diesen unteren Ebenen der reale Druck ebenso wie die ideologische Argumentation mit der Konkurrenz anderer Betriebe oder „Standorte“, die entsprechende Kompromisse nicht einzugehen brauchen, noch wesentlich stärker als auf nationaler Ebene durchschlägt, und auch die politischen Handlungsspielräume geringer sind. Zugleich sind die gewerkschaftlichen und politischen Mobilisierungsmöglichkeiten und Druckpotentiale oft gering oder werden von den regionalen StandortpolitikerInnen - welcher Parteizugehörigkeit auch immer - systematisch zurückgehal-

ten. Weil die positiven Wirkungen überwiegend nicht auf der betrieblichen oder regionalen Ebene anfallen, ist es hier auch kaum möglich, gesamtwirtschaftliche und gesellschaftliche Nutzeffekte - etwa Erhaltung oder Förderung von Qualifikation von

ArbeitnehmerInnen, positive Nachfrageeffekte, erhöhte Steuer- und Sozialbeitrageinnahmen, geringere Aufwendungen für Arbeitslosenunterstützung, oder gar die Verringerung der sonstigen mit Arbeitslosigkeit für die Betroffenen und die Gesellschaft verbundenen Schäden - geltend zu machen, wenngleich diese Gesichtspunkte auch in der bundespolitischen Diskussion weit in den Hintergrund gedrängt worden sind.

Für alternative Wirtschaftspolitik ist die zentrale Ebene jedenfalls unter den gegebenen Bedingungen weiterhin die nationalstaatliche - darüber dürfen Diskussionen über die wachsende Bedeutung der regionalen und betrieblichen Ebene einerseits, der europäischen andererseits nicht hinwegtäuschen. Die für alternative Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt stehenden wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Maßnahmen werden weiterhin auf der nationalstaatlichen Ebene entschieden und gesetzlich und im Regierungshandeln umgesetzt - und in einem großen und ökonomisch starken Land wie Deutschland sind auch die ökonomischen Bedingungen gegeben, insbesondere das

dominierende Gewicht der binnenwirtschaftlichen Prozesse gegenüber den außenwirtschaftlichen, um eine solche Politik erfolgreich umzusetzen.

Auch der wichtige Weg zu einer europäischen und internationalen Koordination und Kooperation der Wirtschaftspolitik, die ihre Wirksamkeit erheblich steigern und Probleme vermeiden kann, führt über die Ebene der Nationalstaaten, die immer noch die entscheidenden Subjekte auf diesem Terrain sind - wobei die BRD ein besonders gewichtiges Subjekt ist, was auch hier die Erfolgsaussichten erhöht. Für einen polit-ökonomischen Ohnmachtsdiskurs der Linken besteht hierzulange objektiv kein Grund. Das Hauptproblem besteht in der fehlenden politischen Mehrheit für eine alternative Wirtschaftspolitik auf Bundesebene.

IV. „Bündnis für Arbeit“ und alternative Wirtschaftspolitik miteinander verbinden!

Für die Linke muß es in den kommenden Auseinandersetzungen darum gehen, deutlich zu machen und dafür zu mobilisieren, daß „Bündnis für Arbeit“ und alternative Wirtschaftspolitik zusammengehören, daß nur im Zusammenhang mit einer alternativen Wirtschaftspolitik ein wirksames „Bündnis für Arbeit“ möglich und durchsetzbar wird und die Massenarbeitslosigkeit beseitigt werden kann.

Zum einen ist mittlerweile wohl klar, daß für ein „Bündnis für Arbeit“ veränderte Kräfteverhältnisse notwendig sind und insbesondere eine von sozialökologisch orientierten Kräften gestützte bzw. ihnen und den Gewerkschaften verbundene und verpflichtete Bundestagsmehrheit und -regierung die entscheidende Machtposition - über die in Form von Mobilisierungskraft immer wieder zu beweisende eigene Stärke der Gewerkschaften hinaus - darstellt, die das Kapital zu größeren Zugeständnissen bewegen kann. In Bezug auf die Arbeitgeber ist „Bündnis für Arbeit“ dabei vielleicht eine etwas euphemistische Formulierung, die Kapitalseite muß zu so einem „Bündnis“ bzw. entsprechender Kompromißfähigkeit und -bereitschaft gezwungen werden.

Zum anderen können Vereinbarungen zwischen den Tarifparteien allein die notwendigen Beschäftigungseffekte und erst recht die notwendige solidarische Modernisierung des Sozialstaats ebenso wie den ökologischen Umbau nicht zuwege bringen. Dazu ist eine entsprechende Politik notwendig, und die Erfahrung der vergangenen 15 Jahre hat gezeigt, daß auch eine sozialliberal gemäßigte Variante von angebotsorientierter Standort- und Austeritätspolitik dazu nicht geeignet ist. Ohne eine neue Qualität aktiver und solidarisch finanzierter öffentlicher Investitions-, Beschäftigungs-, Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik - eben alternativer Wirtschaftspolitik - werden die angestrebten Ziele nicht zu erreichen sein.¹ Dies in offensiver Auseinandersetzung mit Standortideologie und Neoliberalismus zu vermitteln und begründen, ist die zentrale politisch-ideologische Aufgabe der Linken in den kommenden Jahren.

V. Arbeitszeitverkürzung als Inhalt eines „Bündnis für Arbeit“

Der materielle Kerngehalt eines in Kombination mit einer sozial orientierten Wirtschaftspolitik umzusetzenden wirklich beschäftigungswirksamen „Bündnisses für Arbeit“ zwischen den Lohnabhängigen und mit dem Kapital kann nur in forciertem tarifvertraglich vereinbarter Arbeitszeitverkürzung bestehen. Die notwendige Dimension von Be-

Der Kerngehalt eines wirklich beschäftigungswirksamen „Bündnisses für Arbeit“ kann nur in forciertem tarifvertraglich vereinbarter Arbeitszeitverkürzung bestehen.

schäftigungssicherung und Neueinstellungen wird sich dabei nur erzielen lassen, wenn für möglichst alle Vollzeitbeschäftigten die durchschnittliche Wochenarbeitszeit um mehrere Stunden verkürzt wird, also in allen Bereichen endlich die 35-Stunden-Woche durchgesetzt und mit der Perspektive der 30-Stunden-Woche darüber hinausgegangen wird. Dabei sind verschiedene Formen der Umsetzung möglich, auch im Rahmen von Arbeitszeitkonten, bei denen die verkürzte Wochenarbeitszeit im Durchschnitt eines längeren Zeitraums erzielt wird (wobei aber Grenzen zu ziehen sind, siehe VI.). Auch Formen der inneren Arbeitszeitverkürzung durch Beteiligungs- oder Qualifizierungszeiten sind einzubeziehen.

Die – unter den gegebenen Kräfteverhältnissen wohl unvermeidbare – Gegenleistung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften könnte darin bestehen, auf den vollen Lohnausgleich zu verzichten, soweit die Arbeitszeitverkürzung über den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs und die Inflationsrate im entsprechenden Zeitraum hinausgeht (was bei den bisherigen tariflichen Arbeitszeitverkürzungen – außer im VW-Modell – nie der Fall war) und eine wirksame Umsetzung der AZV in mehr Beschäftigung vereinbart wird. Außerdem schaffen solche Vereinbarungen über die sozial verträgliche Nutzung der Produktivitätsfortschritte bessere Bedingungen für die aktive Mitwirkung der Beschäftigten an weiteren Bemühungen um Innovation und Modernisierung der Produktion.

Ein wichtiger Unterschied zu den bisherigen Arbeitszeitverkürzungen könnte darin bestehen, daß der Staat bzw. die Bundesanstalt für Arbeit weitgehende Arbeitszeitverkürzungen durch einen Ausgleich von Einkommenseinbußen zumindest bei relativ niedrigen Einkommensgruppen sowie durch die Ausweitung von Qualifizierungsmaßnahmen unterstützt. Eine wichtige politische Unterstützung wäre die Stärkung der Streikfähigkeit der Gewerkschaften durch die Wiederherstellung der früheren Fassung des § 116 AFG, weil die Arbeitgeber weiteren allgemeinen Arbeitszeitverkürzungen ohne zumindest die glaubwürdige Drohung, sie nötigenfalls auch im Arbeitskampf durchzusetzen, kaum zustimmen werden.

VI. Probleme der Flexibilisierung und Öffnung für betriebliche Regelungen

Weitere Gegenleistungen der Beschäftigten und Gewerkschaften über die Lohnfrage hinaus könnten darin liegen, erweiterte Spielräume für flexible Gestaltung der Arbeitszeiten entsprechend den betrieblichen Anforderungen zu akzeptieren. Dabei ist aber auch Vorsicht und Zurückhaltung geboten, einerseits im Sinne der gesundheitlichen, sozialen und lebensweltlichen Interessen der Beschäftigten, die regelmäßige, mit anderen gemeinsame und verlässlich planbare Freizeit brauchen, zum anderen aus beschäftigungspolitischen Gründen: Der Zweck von Arbeitszeitverkürzung und insbesondere von Überstundenabbau wird verfehlt oder gar ins Gegenteil verkehrt, wenn Arbeitszeitkonten faktisch nur zu einer Ausweitung des Spielraums für Mehrarbeit über die durchschnittliche Wochenarbeitszeit hinaus führen und die Betriebe durch die enorme Flexibilität der Arbeitszeiten in die Lage versetzt werden, auch größere und längerfristige Produktionszuwächse ohne zusätzliches Personal zu bewältigen.

Es geht ja gerade darum, sie zu Neueinstellungen zu veranlassen, weil das mit den vorhandenen Beschäftigten



für sie mobilisierbare Arbeitsvolumen nicht ausreicht. Deshalb sollte bei Arbeitszeitkonten die Abweichung der maximalen von der tariflich vereinbarten durchschnittlichen Wochenarbeitszeit nicht mehr als 5 Stunden betragen, und der Ausgleichszeitraum sollte höchstens ein Jahr betragen. Für darüber hinausgehende Überstunden sollten enge Grenzen und sehr hohe Zuschläge vereinbart werden, und daß sie verbindlich abgefeiert werden müssen. Außerdem ist wichtig, daß jede Flexibilisierung zugleich die Spielräume der Beschäftigten zu an den eigenen und nicht den betrieblichen Interessen ausgerichteter individuell oder kollektiv selbstbestimmter Gestaltung der Arbeitszeiten erweitern muß.

Noch größere Zurückhaltung ist m.E. bei der Differenzierung der Arbeitszeiten zwischen verschiedenen Gruppen von Beschäftigten geboten. Verschärfte soziale Spaltungen in gutbezahlte, aber überarbeitete und streßgeplagte Gruppen höherqualifizierter Beschäftigter einerseits, und unterbeschäftigte und nur wenig über dem Existenzminimum verdienende Gruppen überwiegend gering Qualifizierter – und mehrheitlich wahrscheinlich Frauen – andererseits, müssen verhindert werden. Dazu ist notwendig, trotz der damit z.T. verbundenen Mehrkosten und Produktivitätsnachteile auch für höherqualifizierte und Beschäftigte mit Leitungsaufgaben die Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen. Abweichungen der Arbeitszeit nach unten sind auch hier eher hinzunehmen als nach oben, soweit die Einkommens-

ausfälle begrenzt bzw. sozial abgedeckt werden. Zu fordern ist die Möglichkeit freiwilliger Teilzeitarbeit von Beschäftigten bei sozialer Absicherung und Rückkehrproption auf eine volle Stelle, bei Vorliegen zu definierender sozialer Gründe sollten darauf über die gesetzlichen hinausgehende tarifliche und betriebliche Ansprüche vereinbart werden.

Eine weitere Gegenleistung der Beschäftigten und Gewerkschaften könnte darin bestehen, sich vermehrt auf betriebliche Regelungen der arbeitsvertraglichen Bedingungen einzulassen - im Rahmen tarifvertraglich definierter Spielräume und Verfahren, die die Beteiligung der Gewerkschaften sicherstellen. Auch hierbei ist Vorsicht geboten und sind Regelungen notwendig, die zwar gewisse Variationen ermöglichen, aber eine Unterschreitung des Gesamtniveaus der tariflich vereinbarten Leistungen verhindern und den Beschäftigten gesicherte Rechtspositionen geben, ihre Ansprüche unabhängig

Ein „sozial-ökologischer new deal“ ist nur im Zuge starker sozialer und politischer Mobilisierung und Bewegung und ständiger Auseinandersetzung durchsetzbar, nicht als konsensual „vereinbartes“ Projekt.

von möglicherweise ungünstigen betrieblichen Kräfteverhältnissen einzuklagen und durchzusetzen. Insbesondere ist sicherzustellen, daß abweichenden Arbeitszeitregelungen an definierte Bedingungen geknüpft sind und dabei tariflich vereinbarte durchschnittliche Wochenarbeits-

zeiten sowie vertretbare Schwankungsbreiten und Ausgleichszeiträume nicht überschritten werden und.

Um eine Aushöhlung der Tarifverträge und Tarifflucht von Unternehmen zu verhindern, ist eine wichtige Aufgabe im Rahmen alternativer Wirtschaftspolitik, hier zu gesetzlichen Regelungen zu kommen, die die Verbindlichkeit und Wirksamkeit der jeweils anzuwendenden Tarifverträge sicherstellen (ggf. mit Hilfe einer Änderung des Tarifvertragsgesetzes) und ansonsten wesentliche tariflich durchgesetzte soziale Schutzregelungen auch in allgemeinen Gesetzen fixieren und verallgemeinern und dabei ggf. auch über bisher tariflich erreichte Standards hinausgehen (Arbeitszeitgesetz, Urlaubsrecht, Lohnfortzahlung, Betriebsverfassung, Mitbestimmung, Frauenförderung usw.).

VII. Perspektiven alternativer Wirtschaftspolitik und eines „new deal“

Es ist zu erwarten, daß auch bei positiver Weiterentwicklung der sozialen Auseinandersetzungen und Mobilisierungen und nach einem Mehrheitswechsel bei der Bundestagswahl 1998 die Forderungen alternativer Wirtschaftspolitik nur sehr partiell aufgegriffen und umgesetzt werden. Höchstwahrscheinlich wird aber die Vorstellung eines „Bündnis für Arbeit“ dann erneut aufgegriffen und versucht werden, zu einem Kompromiß mit sowohl Gewerkschaften wie Kapitalverbänden zu kommen, die Anstrengungen zur Modernisierung und weiteren Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft mit Initiativen für internationale Kooperation für eine stärker beschäftigungsorientierte Politik zu verbinden, beschäftigungsfördernde Vereinbarungen zwischen den Tarifparteien zu fördern und die staatlich organisierte Umverteilung zugunsten der Gewinne nicht weiter voranzutreiben (aber nicht zurückzudrehen).

Inwieweit dies letztlich auf eine lediglich abgemilderte Fortsetzung der bisherigen Standortpolitik hinausläuft

oder ob eine Weiterentwicklung in Richtung sozial-ökologischen Umbaus, alternativer Wirtschaftspolitik und der dargestellten damit verbundenen Variante von „Bündnis für Arbeit“ möglich ist, hängt davon ab, ob eine gesellschaftliche Mobilisierung und Veränderung des Meinungsklimas in diesem Sinne gelingt. Dabei spielen die linken Kräfte und ihr verstärktes „Crossover“ in den verschiedenen Parteien, Gewerkschaften und Bewegungen eine große Rolle, die sich konstruktiv und zugleich kritisch und weitertreibend auf diese Prozesse beziehen und sie zu beeinflussen versuchen müssen. Ein „sozial-ökologischer new deal“ ist nur im Zuge starker sozialer und politischer Mobilisierung und Bewegung und ständiger Auseinandersetzung durchsetzbar, nicht als konsensual „vereinbartes“ Projekt. Entscheidend ist dabei die Formierung eines Blocks der an einem sozial-ökologischen Umbau interessierten gesellschaftlichen Kräfte, eines „Bündnisses von Arbeit, Wissenschaft und Kultur“ in Betrieben, Regionen, national und europäisch vernetzt, in Gewerkschaften, Verbänden, Initiativen und Bewegungen und Parteien.

Ein solcher „deal“, der wesentliche Elemente alternativer Wirtschaftspolitik aufgreifen muß, wird auch zu stabilisierten und einigen Bereichen auch erweiterten Akkumulationsspielräumen für das Kapital führen. Deshalb gibt es Bündnismöglichkeiten oder die Chance einer halbwegs konstruktiven Haltung in den Teilen des Kapitals, die davon profitieren können: moderne umweltverträgliche Produktionssektoren, auf den Binnenmarkt orientierte Sektoren, auf regionale Märkte orientierte handwerkliche und Dienstleistungssektoren. Aber eine relativ sichere Perspektive für Unternehmen, Selbständige und abhängig Beschäftigte, mit guten Produkten, sozial und ökologisch verträglicher Produktion und ehrlicher Arbeit Auskommen und angemessene Entwicklungsperspektiven zu haben, ist eben etwas anderes, als möglichst hohe Verwertung des eingesetzten Kapitals anzustreben. Gegenwärtig dominierende Fraktionen des international orientierten Groß- und Finanzkapitals, der Energiekonzerne etc. werden jedenfalls entschiedene Gegner sein. Und auch darüber hinaus gilt, daß die Profitabilität und die Akkumulationsmöglichkeiten vieler Unternehmen und die Interessen der Vermögensbesitzer negativ betroffen sein werden. Das wird m.E. weniger zu großen ökonomischen Problemen als zu heftigen politischen Gegenreaktionen führen.

Diese durchzustehen erfordert jedenfalls fortwährende politisch-ideologische Auseinandersetzung und Mobilisierungsbemühungen der Linken und die fortschreitende solidarisch-ökologisch orientierte Veränderung der sozialen und politischen Kultur und der Mentalitäten der Bevölkerung. Bedingung dafür, dies entwickeln zu können, ist die Vermeidung von Massenarbeitslosigkeit und sozialen Spaltungen und die Gewährleistung eines hohen Maßes an sozialer Sicherheit und Chancen für alle. Dies gilt um so mehr in der weWer die geschlechtsspezifische Berufsentscheidung allerdings nur auf die unterschiedliche Sozialisation in Kleinfamilie und Bildungseinrichtungen zurückführt, macht es sich freilich zu einfach. itergehenden Perspektive ökologischen Umbaus und nachhaltiger Entwicklung.²

spw

- 1 Zu Begründung und Inhalt eines „alternativen Entwicklungstyps“ vgl. Huffscheid und Schmitthener in diesem Heft.
- 2 Vgl. dazu spw 6/96 mit dem Schwerpunkt „Zukunftsfähige Entwicklung“, insb. Bömer und Bimboes/Krämer.

1. Zwischen Tradition, Kontinuität und Zukunftsaufgaben

Die NaturFreunde sind aus der Arbeiterbewegung entstanden. In ihrer heute 102jährigen Geschichte haben sie eine wichtige Rolle als Ideengeber, Organisator und Antreiber für soziale, kulturelle und ökologische Reformen eingenommen. Als Teil der sozialistischen Arbeiterkultur sahen sie schon im Kaiserreich das Wesen einer freien Gesellschaft in der „Versöhnung der Menschheit mit der Natur und mit sich selbst“, wie Friedrich Engels das formuliert hat. Im Gegensatz zu bürgerlichen Naturschützern waren sie Anhänger der Aufklärung, die nicht nur die Ausbeutung der natürlichen Lebensgrundlagen sahen, sondern den engen Zusammenhang mit der Ausbeutung der Menschen durch das kapitalistische Profitprinzip.

Damals wie heute orientieren sich die NaturFreunde am Ziel des demokratischen Sozialismus. Es wurde erst jüngst in der Satzungsdebatte der Organisation neu bestätigt. Doch während der demokratische Sozialismus früher ein Synonym für Fortschritt, Aufklärung und Demokratie war, muß er heute inhaltlich und strategisch neu begründet werden. Dies ist um so wichtiger, weil die gegenwärtige Entwicklung hin zu einem „Kapitalismus pur“ geht. Unter der Wucht der neokonservativen Restauration herrschen Entpolitisierung, Verunsicherung und Anpassung vor. Gesellschaftskritische Sichtweisen und gesellschaftsveränderndes Handeln sind in die Defensive geraten.

Vor diesem Hintergrund führen die NaturFreunde eine intensive Diskussion über zukünftige Rolle und Aufgaben. Sie waren nie nur ein Wander- und Freizeitverein, sondern haben sich stets politisch engagiert, ohne dabei Parteipolitik zu betreiben. Es ist eine Frage der Identität, daß die NaturFreunde heute an ihre Tradition als soziale und ökologische Bewegung anknüpfen. Sie gehen dabei von einem ganzheitlichen Verständnis der gesellschaftlichen Situation aus, um ökologische, soziale und kulturelle Ziele zusammenzuführen. Das heißt, sie stellen keine isolierten ökologischen Forderungen, sondern sehen sie in einen Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen.

Das politische Engagement der NaturFreunde geht über das anderer Umweltverbände hinaus. Sie sind in der Umweltbewegung verankert, aber stehen in enger Verbindung zur „alten“ sozialen Bewegung. Durch diese soziale und ökologische (Doppel-) Funktion können die NaturFreunde eine wichtige Vermittlerrolle zwischen alten und neuen sozialen Bewegungen einnehmen, um kulturelle Blockaden und Vorbehalte zwischen den beiden Bewegungen aufzuarbeiten und abzubauen. Es ist von großer strategischer und politischer Bedeutung für die Reformbewegung insgesamt, ob diese Aufgabe gelingt.

Ein Bündnis für Arbeit, Kultur und Umwelt

Zur Rolle der NaturFreunde für eine neue Reformbewegung

von Petra Müller und Michael Müller*

Da die NaturFreunde in den sechziger Jahren nie dem Zeitgeist mit seinem unkritischen Wachstums- und Fortschrittsverständnis verfielen, waren sie „Außenseiter“ in der Gesellschaft. Ihre zentralen Aktionsfelder gegen Wiederbewaffnung, „Kampf gegen den Atomtod“ oder als Träger der Ostermarschbewegung standen nicht nur im Widerspruch zum CDU-Staat, sondern auch zu Teilen von SPD und Gewerkschaften. Welche Chancen dadurch vertan wurden, zeigt das Beispiel, daß die NaturFreunde schon Ende der sechziger Jahre den

Ausstieg aus der Atomkraft gefordert und als erster Verband den Zusammenhang zwischen Rüstung und Umweltzerstörung aufgezeigt haben.

Ende der sechziger Jahre kam es allerdings auch innerhalb der NaturFreunde zu politischen Differenzen: Während sich die NaturFreundejugend als außerparlamentarische Opposition verstand, setzte der Gesamtverband auf Veränderung der Gesellschaft durch die sozial-liberale Regierung. Die NaturFreunde verfolgten keine einheitliche Strategie, wodurch die Gründung von Bürgerinitiativen und Umweltgruppen zwar mit ihrem Zutun, nicht aber mit breiter Unterstützung des Verbandes erfolgte. Ende der siebziger Jahre fanden sich die NaturFreunde in einem doppelten Abseits wieder: Für SPD und Gewerkschaften waren sie zu links

Die alten sozialen Bewegungen kommen nicht aus ihrer Defensivposition heraus, wenn sie nicht die ökologischen Zukunftsfragen thematisieren, auch um für ihre Ziele neue Bündnispartner zu finden.



* Petra Müller ist stellvertretende Landesvorsitzende der NaturFreunde in Hamburg und Mitglied der VertreterInnen-Versammlung der IG Metall; Michael Müller, MdB, ist umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzender der NaturFreunde und Präsidiumsmitglied der Dachorganisation der Umwelt- und Naturschutzverbände DNR.

und zu ökologisch, den neuen Bewegungen waren sie zu sozialdemokratisch-muffig und fortschrittsgläubig. Statt die Kräfte zu bündeln, kam es zur Zersplitterung der Reformbewegung.

Das Auseinanderfallen hatte fatale Folgen, die bis heute nachwirken. Die Ursachen müssen aufgearbeitet werden. Sonst bleibt einerseits die von den Umweltorganisationen vertretene Forderung nach einer „nachhaltigen Entwicklung“ folgenlos, weil die Mechanismen von Profit und Eigentum, Konkurrenzverhältnissen und Verwertungsbedingungen nicht gesehen werden. Andererseits kommen die alten sozialen Bewegungen nicht aus ihrer Defensivposition eines Abwehrkampfes heraus, wenn sie nicht die ökologischen Zukunftsfragen thematisieren, auch um für ihre Ziele neue Bündnispartner zu finden.

2. Die Gesellschaft zwischen Anpassung und Aufbruch

Die Herstellung einer politischen Öffentlichkeit und das Aufzeigen konkreter Reformperspektiven für einen „visionären Überhang“ (Ernst Bloch) zwischen Gegenwart und Zukunft sind die wichtigsten Voraussetzungen für eine starke Reformbewegung. Denn der Zustand unserer Gesellschaft ist sehr zwiespältig:

Einerseits sind Reden und Handeln von Anpassung an das Weltmarktmonopoly geprägt, hinter der nichts anderes als der durchsichtige Versuch steht, die gesellschaftlichen Machtverhältnisse neu zu ordnen und die sozialstaatlichen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte weiter zu demontieren. Dieser ökonomische Globalismus ist ein Angriff auf Wohlstand und Demokratie.

Andererseits wächst der Widerstand gegen Bundesregierung und Wirtschaftsverbände. Entscheidend wird sein, ob diese Mischung aus Unbehagen, Angst und Kampfbereitschaft für soziale und ökologische Reformen kanalisiert wird. Oder ob es zu einer wachsenden Distanz zu Demokratie und Politik kommt. Das Aufkommen neuer populistischer Rattenfänger

zu verhindern erfordert, die gesellschaftlichen Ursachen der tiefen Krise zu erfassen und Reformalternativen aufzuzeigen.

Die Entpolitisierung hat bereits tiefe Spuren in allen gesellschaftlichen Schichten und Organisationen hinterlassen,

auch bei den Grünen und der Sozialdemokratie. Um so wichtiger ist es, ermutigende Gegentendenzen zu bündeln und zu orientieren. Die Gewerkschaften beginnen, sich von einem lähmenden Korporatismus zu lösen und besinnen sich auf ihre Kampfkraft. Die Kirchen nehmen deutlicher als in den vergangenen Jahren gegen soziale Sauereien Stellung. Die Mieter beginnen sich zu wehren. Die Umweltverbände versuchen, ihre ökologischen Forderungen mit sozialen Zielen zu verbinden. In der SPD hat sich Oskar Lafontaine mit der Position durchgesetzt, der Bundesregierung eine grundsätzliche wirtschaftspolitische Alternative entgegenzustellen, die die Zwänge der entfesselten Weltmärkte nicht „naturgegeben“ hinnimmt.

Um die politische Vorherrschaft zu gewinnen, reicht es nicht aus, die Bundesregierung zu kritisieren und ihrer Politik über den Bundesrat die schlimmsten Giftzähne zu ziehen. Die Karte Bundesrat ist nicht besonders stark, zu-

mal SPD-geführte Länder finanziell erpreßbar sind oder sich trotz aller Rhetorik der konservativen Wirtschaftspolitik angepaßt haben. Talk-Show-Publikität oder Aufmacher im Focus mögen persönlich befriedigen, mit ernsthafter Politik haben sie erst einmal wenig zu tun.

Die Linke muß eigenes Profil zeigen, wie sie die Zukunft gestalten will, um mit ihrer Vision von einem Reformbündnis für Arbeit, Kultur und Umwelt die gesellschaftliche Diskussion zu bestimmen. Von entscheidender Bedeutung ist es, soziale und ökologische Ziele miteinander zu verbinden, um ein neues Fortschrittsbündnis zu schmieden. Gewerkschaften dürfen nicht zulassen, daß soziale Ziele gegen ökologische ausgespielt werden. Umweltgruppen müssen dem Versuch widerstehen, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gegen den Sozialstaat zu stellen. Beide zusammen müssen für die Demokratisierung der Wirtschaft und für die soziale und ökologische Gestaltung der Gesellschaft kämpfen. Das erfordert eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der neoliberalen Heilslehre.

3. Fortschrittschancen nutzen

Die Voraussetzung für Reformen ist die Gestaltbarkeit von Wirtschaft und Gesellschaft durch demokratische Gegenmacht. Das herausragende Merkmal der modernen Gesellschaft ist nämlich ihre Selbstproduktion. Doch dieser Prozeß ist janusköpfig, Fortschritt und Rückschritt liegen eng zusammen. Welche Zukunft sich durchsetzt, ist eine Frage der gesellschaftlichen Machtverhältnisse und politischen Kräfte.

Einerseits machen die ständigen Umwälzungen der Wirtschafts- und Lebensverhältnisse aus der fortwährenden Revolutionierung der Produktivkräfte die Gesellschaft durch Reformen gestaltbar. Die Basis ist die Demokratisierung ökonomischer Macht durch starke Institutionen und Rechtsetzungen. Diese Erfahrung wurde nach den Katastrophen von Weltwirtschaftskrise und Weltkriegen durch den Sozialstaat gemacht. Er war ein von der Arbeiterbewegung erkämpfter, ungeschriebener Vertrag zwischen Kapitalismus und sozialer Demokratie.

Andererseits setzt die kapitalistische Verwertungslogik immer wieder amorphe Gewalt frei. Die Zivilisierung des Kapitalismus erfordert deshalb die „soziale Verregelung“ (Norbert Elias) der Ökonomie. Dies ist zuerst die Aufgabe der Politik. Wenn sie sich dieser Aufgabe entzieht, werden neue Katastrophen möglich, so wie heute angesichts der Instabilitäten und Krisen des Weltmarkts.

Die globale Entfesselung des Kapitalismus, das Chaos der Casino-Ökonomie, die Dominanz des Neoliberalismus und die technische Revolution der globalen Informationsgesellschaft haben den sozialen Vertrag der Nachkriegszeit ausgehebelt. Und angesichts der ökologischen Grenzen kann es auch kein Zurück zu den harten Wachstumskonzepten geben. Die veränderte Situation wird durch das Schüren wirtschaftlicher Katastrohenstimmung für die Durchsetzung von Profitinteressen ausgenutzt. Die Gesellschaften drohen zu zerfallen einerseits in rund um die Uhr bewachte Luxusgettos der Reichen, die im Überfluß leben, und andererseits in eine wachsende Zahl von Menschen, die ausgegrenzt und chancenlos sind. Es droht eine Abwärtsspirale, durch die letztlich auch die Chancen verspielt werden, die sich aus der Globalisierung durch mehr internationale Kooperation für mehr Lebensqualität, Demokratie und Menschenrechte ergeben könnten. Das ist aber genau das Gegenteil der Globalisierung, die zur Staatsreligion erhoben wurde.

Die Protestaktionen 1996 haben gezeigt, daß die alten sozialen Bewegungen kämpfen können. Doch bislang sind sie zuwenig in der Lage, auch gesellschaftliche Zukunftsperspektiven aufzuzeigen.

Die Reformbewegung muß Inhalte und Ziele eines neuen Gesellschaftsvertrages sowie die Strategie seiner Durchsetzung klären. Die IG-Metall-Forderung für ein „Bündnis für Arbeit“ war in der Sache richtig, aber zu kurz angelegt und zu wenig in der Mitgliedschaft verankert. Zudem hat sie ökologische Seite ausgeklammert. Dadurch konnte keine breite gesellschaftliche Reformbewegung entstehen. So wurde das Angebot der Gewerkschaften von Bundesregierung und Wirtschaft für restaurative Interessen mißbraucht.

Ohne die soziale und ökologische Zivilisierung zeigt der Kapitalismus wieder seine gewalttätige Seite. Massenarbeitslosigkeit verfestigt sich, Armut breitet sich aus, der Mittelstand bricht weg, Angst frißt sich in die Gesellschaft hinein. Die Naturzerstörung schreitet scheinbar unaufhaltsam voran. Dabei lehrt die geschichtliche Erfahrung, daß wirtschaftliche Krisen, soziale Ausgrenzung und nationaler Chauvinismus dieses Jahrhundert schon zweimal in schreckliche Katastrophen geführt haben: Der überschäumende Nationalismus und das Auseinanderbrechen des europäischen Macht-systems in den ersten Weltkrieg und, als Folgen von Weltwirtschaftskrise und rassistischer Ideologie, in den Faschismus und zweiten Weltkrieg. Die Ideologie des ökonomischen Globalismus droht in die dritte Katastrophe zu führen.

Deshalb wollen die NaturFreunde dazu beitragen, daß die alten und neuen sozialen Bewegungen sich verständigen und erneut um die politische Steuerung der Ökonomie kämpfen. Angesichts der ökologischen und sozialen Krisen ist der private Charakter der Marktprozesse endgültig vorbei: Nicht weniger, sondern intelligente und demokratisch legitimierte Regelung des Wirtschaftsprozesses ist notwendig. In der Zukunft geht es nicht allein um die soziale Einbettung des Wirtschaftswachstums, sondern auch um die Beachtung ökologischer Grenzen, um den drohenden Kollaps der Erde zu verhindern.

4. Defizite der alten und neuen sozialen Bewegungen

Die Situation in den Betrieben ist durch Abwehrkämpfe geprägt. Die tagtägliche Vernichtung unzähliger Arbeitsplätze in fast allen Industrie-, Dienstleistungs- und Verwaltungsbereichen sowie das Gefühl der Ohnmacht führen zu einem wachsenden Wutstau und zunehmender Existenzangst. Dadurch wird die zweite Seite gewerkschaftlicher Arbeit gelähmt, neue Visionen für mehr Lebensqualität zu entwickeln und für die Demokratisierung der Wirtschaft zu kämpfen.

Die mit nationalen Blut-, Schweiß- und Opferparolen geschwungene Keule der Standortideologie bedeutet für die Arbeitnehmer die brutale Konkurrenz der Beschäftigten, Abteilungen, Unternehmen und Branchen um Arbeitsplätze. Das Klima der Angst wird zum fundamentalen Angriff auf die Solidarität der Arbeitnehmerschaft, die damit erpreßt und gegeneinander ausgespielt werden soll, was durchaus auch Erfolge zeigt. Der Versuch, die Flächentarife zu beseitigen, ist derzeit die größte Bedrohung für die Solidarität der gewerkschaftlichen Bewegung. Noch ist sie in der Lage, sich wirkungsvoll gegen die schlimmsten Angriffe zu wehren, doch die Luft wird dünner.

Die Großdemonstration vom 15. Juni 1996 in Bonn und die folgenden regionalen und lokalen Protestaktionen haben gezeigt, daß die alten sozialen Bewegungen kämpfen können. Doch bislang sind sie zu wenig in

der Lage, auch dem gewachsenen Bedürfnis nach einer gesellschaftlichen Zukunftsperspektive Rechnung zu tragen. Die Programmdebatte des DGB lief an der Mitgliedschaft weitgehend vorbei. So besteht die Gefahr, daß praktisches Handeln und Zukunftsaufgaben auseinanderfallen und die sozialen Bewegungen ihre gestaltende Rolle verlieren. Es gibt jedoch keinen politischen Fortschritt gegen die Gewerkschaften, die als gesellschaftlicher und politischer Bündnispartner unverzichtbar sind. Um so wichtiger ist es, gemeinsam Konzepte und Strategien für die soziale und ökologische Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft zu entwickeln.

Die Umwelt- und Naturschutzverbände haben ein hohes gesellschaftliches Ansehen. Ihnen wird Zukunftskompetenz unterstellt. Doch es fehlt an gesellschaftspolitischen Konzepten, da sie sich, was aufgrund ihrer Geschichte verständlich ist, vor allem auf lokale Aktionen und einzelne Bereiche konzentriert haben. Die Aktivitäten der Umweltverbände kreisen oftmals um Biotopenpflege, spektakuläre Aktionen und Verhaltensappelle, was wichtig, aber nicht ausreichend ist. Von daher ist auch in der Umweltbewegung eine Stagnation festzustellen. Politik wird häufig auf Kommunikation und Einsichtsfähigkeit der Menschen reduziert, die wirtschaftlichen Interessen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse werden dagegen in der Regel ausgeblendet. Weitaus häufiger als mit den Gewerkschaften suchen sie die Zusammenarbeit mit Unternehmern und Wirtschaftsvertretern. So besteht die Gefahr, daß sich eine letztlich unpolitische, oftmals egoistische Sichtweise durchsetzt.

Ein weiteres Problem ist, daß die Umweltbewegung, auch weil sie von den alten sozialen Bewegungen lange Zeit unterschätzt oder als mißliebige Konkurrenz angesehen wurde, vornehmlich von den Denkweisen und sozialen Erfahrungen von Mittelschichten geprägt ist. Ökologische Ziele werden dort als Ergebnis individueller Verhaltensänderungen verstanden, nicht aber als Ergebnis von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Wir bestreiten nicht, daß individuelle Interessen in den oft sehr zentralistischen Gewerkschaften (und auch in der Sozialdemokratie) nicht ausreichend berücksichtigt werden, aber das kann nicht im Umkehrschluß bedeuten, daß die kollektiven Bedingungen für Reformen keine Rolle spielen.

Angesichts der mit der Globalisierung der Ökonomie noch zunehmenden Konzentration und Monopolisierung wirtschaftlicher Macht sind handlungsfähige Institutionen wichtiger denn je. Wer dies nicht sieht, führt die alten und neuen sozialen Bewegungen in eine fatale Konfrontation. Dies wäre das Ergebnis einer elitären Ver-



Umwelt- und Naturschutzverbände reduzieren Politik häufig auf Kommunikation, wirtschaftliche Interessen und gesellschaftliche Machtverhältnisse werden ausgeblendet.

drängung der sozialen Wirklichkeit. Deshalb halten wir es für falsch, wenn Umweltorganisationen schlankweg die Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie versprechen. Der ökologische Umbau ist zwar alternativlos, aber trotzdem mit erheblichen Konflikten verbunden. Sie nicht zu verharmlosen, sondern durch politische Leitplanken zu minimieren, ist eine Aufgabe, die sich in erster Linie an die Solidarität und die Gestaltungskraft der sozialen Bewegungen richtet.

5. NaturFreunde als Scharnier

Die Geschichte der NaturFreunde ist mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, ihrem Kampf um Emanzipation, Demokratie und Gerechtigkeit, eng verbunden. Die NaturFreunde stellen die nach dem „Sieg des Kapitalismus“ tabuisierten Fragen über wirtschaftliche und gesellschaftliche Interessen und Macht. Sie wenden sich gegen die vorherrschende Geschichtslosigkeit und Anpassung. Deshalb können wir einen Beitrag leisten, wechselseitige Blockaden zwischen alten und neuen sozialen Bewegungen abzubauen und soziale und ökologische Reformen miteinander zu verbinden.

In diesem Sinne sind die NaturFreunde eine radikale Organisation, auch weil sich die gesellschaftlichen Herausforderungen wieder radikal stellen. In diesem Verständnis unterscheiden sich die NaturFreunde von anderen Umwelt-

und Naturschutzverbänden. Wir pflegen keinen „ökologischen Provinzialismus“. Dafür ist das Gedanken- gut der NaturFreunde viel zu internationalistisch geprägt.

Die NaturFreunde sind davon überzeugt, daß die ökologische Modernisierung der wichtigste strategische Ansatz zur Überwindung der Krise ist. Dies hat eine ähnliche Bedeutung wie die Durchsetzung des Sozialstaates nach der großen Depression bzw. dem zweiten Weltkrieg. Dieses Reformprojekt ist nur mehrheitsfähig, wenn ökologische und soziale Solidarität eng miteinander verbunden werden. Deshalb schweigen wir nicht, wenn Tei-

le der Gewerkschaften oder Sozialdemokratie in altes Wachstumsdenken zurückfallen.

Die Zusammenarbeit zwischen NaturFreunden und Gewerkschaften ergibt sich aus gemeinsamen programmatischen und kulturellen Wurzeln. Sie können ein produktives Bündnis für eine sozial-ökologische Politik eingehen. So ist in den Gewerkschaften die Ökologisierung von Wirtschaft und Technik zwar abstrakt anerkannt, aber konkret und vor Ort sie wird dennoch von Teilen der Gewerkschaften noch immer als Belastung oder Bedrohung empfunden. Hier fehlt es an Grundvertrauen in die Solidität und die Chancen einer ökologisch ausgerichteten Reformpolitik.

Nur die konzeptionelle Verbindung von Arbeit und Umwelt kann diese Hemmnisse überwinden und die Bereitschaft fördern, beide großen Ziele nicht gegeneinander auszuspielen. Hier haben die NaturFreunde als Teil der Umwelt- und der Arbeiterbewegung eine wichtige Scharnierfunktion. Sie zwingt die Umweltbewegung, konkret zu werden. Und sie zwingt Gewerkschaften, Ökologie nicht als Randthema abzutun.

Die NaturFreunde und die IG BAU planen dazu ein gemeinsames Projekt: „Am Anfang eines neuen Weges - Arbeitnehmerinteressen und ökologische Modernisierung“. Im Dialog wollen wir aufzeigen, wie soziale, ökologische und beschäftigungspolitische Interessen miteinander verbunden werden können. Diese Fragen sind von großer Bedeutung, denn der ökologische Umbau verlangt von den ArbeitnehmerInnen neue Qualifikation und Kreativität, um ökologische Produkte und Verfahren zu entwickeln und die Effizienz- und Solarmärkte zu erschließen. Hierin liegt auch ein Ansatz, um Mitbestimmung und Betriebsverfassung auszubauen und die Debatte über die Demokratisierung der Wirtschaft neu zu eröffnen.

Die NaturFreunde wirken damit nach zwei Seiten: In die Umweltbewegung, um dort das Bewußtsein für soziale Fragen und für die Macht- und Herrschaftsverhältnisse in unserer Gesellschaft zu schärfen. In die Gewerkschaften, um dort für die Vertretung ökologischer Ziele zu arbeiten. Wenn wir damit Erfolg haben, ist das nicht nur für die NaturFreunde von großer Bedeutung. spw

Der ökologische Umbau verlangt von den ArbeitnehmerInnen neue Qualifikation und Kreativität für ökologische Produkte und Verfahren.

isw sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

isw-report

(erscheint vierteljährlich, z. T. mit beigeheftetem Wirtschaftsinfo)
DM 5,- plus Versand (Jahresabo: 30,- DM)

Kerneuropa - Keim zur Weltmacht (Nr. 23, April 1995)
Cash - Crash - Casino-Kapitalismus (Nr. 26, Januar 1996)
Neue Arbeitswelten (Nr. 27, April 1996)
Grenzen des Sozialstaates oder: Grenzen des Systems?
Referate des 5. isw-forums (Nr. 28, Juli 1996)
EURO-Strategien des Kapitals (Nr. 29, Oktober 1996)

isw-spezial

Strategische Waffenbrüderschaft Deutschland-Türkei
(Nr. 8, April 1995), DM 5,- + Versand

isw-wirtschaftsinfo extra

Lohn, Preis, Profit '95, Argumente & Fakten zur Tarifrunde
(Nr. 20, Januar 1995) DM 4,- + Versand
Ausbildung & Übernahme (Nr. 23, Sept. 1995) 4,- + Versand
Von Krise zu Krise - Standortkrieg oder Beschäftigungspolitik
(Nr. 25, April 1996), DM 5,- + Versand

wirtschafts- und grafikdienst

Multimedia (Nr. 1, Okt. 95), DM 7,- + Versand
Reichtum u. Kapitalmacht in Deutschland
(Nr. 2, Nov. 95), DM 8,- + Versand
Der Steuer-Skandal (Nr. 3, Juni 1996), DM 10,- + Versand

analysen fakten & argumente

Neu bei isw!

EURO-Strategien des Kapitals



isw REPORT NR. 29
sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

isw WIRTSCHAFTS- UND GRAFIKDIENT

Der Steuer-Skandal



**Prospekte anfordern,
Bestellungen,
abonnieren, fördern**
bei isw sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-von-Werth-Str. 3,
80639 München,
Fax 089-168 94 15

Im Vorwort zu dem Artikel von Kurt Neumann in spw 5/96 hatten wir angekündigt, die Aufarbeitung des Verhältnisses der Linken im Westen Deutschlands zur DDR in folgenden Ausgaben fortzusetzen. Anfang Dezember organisierten wir dazu ein Gespräch mit heutigen HerausgeberInnen der spw, die in den 70er und 80er Jahren aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln heraus zu diesen Fragen Position bezogen hatten: Diether Dehm hatte enge Beziehungen und ein gemeinhin als kritisch-solidarisch bezeichnetes Verhältnis zur DDR, bis er sich 1977/78 wegen der Biermann-Ausbürgerung und der Inhaftierung Bahros stärker distanzierte; Christel Hanewinkel war Pfarrerin in Halle und gehörte zur sich als links verstehenden Opposition in der DDR; Peter von Oertzen hatte immer ein antistalinistisch motiviertes ausgesprochen kritisches Verhältnis zum Herrschaftssystem der DDR. Andreas Wehr, der das Gespräch moderierte, war von 1980 bis 1982 Juso-Landesvorsitzender in Berlin.

Die spw-Redaktion

Wehr: Ich will beginnen mit dem Aufsatz von Christel aus dem Herbst '94, in spw 81. Dort ist, unter der Überschrift "Die Linke im Osten", u.a. die Frage gestellt worden, wie sich die Linke im Westen verhalten hat. Angesprochen wurden in diesem Artikel insbesondere die 70er und 80er Jahre. Gefragt wurde danach, warum es eigentlich, bis auf wenige Ausnahmen, keine ernsthafte politische und auch keine wissenschaftliche Diskussion innerhalb der Linken im Westen über die DDR gab. Ich will ein Beispiel anführen: Die Verstaatlichungswelle von 1972 hat, so weit ich das übersehen kann, bis auf ganz wenige Veröffentlichungen kaum eine Resonanz im Westen hervorgerufen.

Kaum Diskussion zwischen West-Linken und DDR-Linken

Hanewinkel: Da bin ich jetzt ratlos, wenn Du jetzt wissen willst, wie das verstanden worden ist. Ich hab damals schon geschrieben, daß das eigentlich mehr die Erfahrung der Nichtwahrnehmung war, und da wären noch andere Ereignisse aus den 70er Jahren zu nennen, z.B. die Hochschulreform. Ich habe damals überhaupt nicht wahrgenommen, daß sich die Linke im Westen damit auch nur ansatzweise beschäftigt

hat, geschweige denn daß das für uns irgend etwas bewirkt hätte. Aus meiner Sicht bzw. aus den Zusammenhängen heraus, in denen ich damals lebte - ich habe 1970 mit Mitte 20 in Halle mit dem Theologiestudium angefangen -, gab es eine solche Reaktion faktisch nicht. Wir haben sehr intensive Kontakte gehabt mit Kommilitonen aus Göttingen, und da spielte natürlich das Thema, was an den Universitäten passiert, bei uns eine große Rolle. Die Universitäten wurden den Schulen im Grunde genommen angeglichen, und wir haben uns dagegen bis zum Schluß gewehrt. Aber da gab es keine Diskussionszusammenhänge mit denen auf der westlichen Seite, was sich ja eigentlich nach den Ereignissen von 1968 hätte anbieten können, das hat aber nicht stattgefunden.

Oertzen: Darf ich dazu gleich eine Frage stellen? Mich interessiert, ob die sehr leidenschaftlichen und heftigen Diskussionen über die Verurteilung von Bahro, die in den Jahren '77 und '78 bis dann zu seiner Freilassung die veröffentlichte Meinung der Bundesrepublik beherrscht und sich quer durch die Parteien gezogen haben, durchaus jenseits des alten eingefahrenen konservativen Antikommunismus, ob davon irgend etwas zu Euch gedrungen ist?

Hanewinkel: Ja klar, das ist schon herübergedrungen und das hat uns auch bewegt. Das hätte ein gemeinsames Thema sein können. Aber in der Rückschau habe ich den Eindruck, daß der Westen für sich diskutiert hat, es gab keine gemeinsame Diskussion. Vielleicht gab es die in einzelnen kleinen Gruppen, aber es existierte keine Vernetzung zwischen Ost und West, die hat es nicht gegeben. Ende der 70er Jahre, das kann ich von Halle sagen, war dafür nicht nur der Boden bereitet, sondern die einzelnen standen auch schon so miteinander im Kontakt, daß es ruckzuck gegangen wäre und man hätte ein größeres Podium gehabt.

Probleme linker DDR-Kritik

Wehr: War es nicht so - ich hab das jedenfalls selbst so empfunden in den 70er aber auch noch in den 80er Jahren - daß jedem klar war: mischt man sich in die Auseinandersetzung um die Reformfähigkeit der DDR ein, würde man sehr schnell, wie es so schön hieß, auf der falschen Seite der Barrikade landen? Der Entspannungspolitik, die ja auch immer auf wackeligen Füßen stand,

hätte man damit geschadet. Das war doch die Einschätzung, die wir fast alle hatten.

Dehm: Ich glaube, daß der Begriff der solidarischen Kritik eine Worthülse war, und wir in Wirklichkeit bis heute noch keine Methode entwickelt haben, wie Solidarität mit Bedrohten - die DDR war angesichts der Stärke westlicher Industrienationen eher bedroht - mit der notwendigen Kritik in eine dialektische Einheit gebracht werden kann. Bedrohte und Geschlagene - zudem von der kapitalistischen Weltmacht - laden selten spontan zu Solidarität und Sympathie ein. Auch der Haß auf das Unrecht verzerrt die Züge, schrieb Brecht.

Wehr: Die 50er und 60er Jahre waren eine Zeit, sieht man sich beispielsweise die Filme von Wolfgang Neuss heute an, in der sich die beiden deutschen Staaten die Dreckskübeln nur so übereinandergekippt haben. Erst nach den Verträgen von 1970 bis 72 konnte eine gewisse Ruhe eintreten. Die Linke arrangierte sich mit den Verhältnissen, die sie ja auch schon frühzeitig, zu Beginn der 60er Jahre, als die anzuerkennende Nachkriegsordnung begriffen hatte. Die Folge war ein gewisses Desinteresse an der tatsächlichen Entwicklung in der DDR und überhaupt in den realsozialistischen Ländern.

Traditionen linker Kritik am Sowjetsystem

Oertzen: Man muß zwei Strömungen voneinander unterscheiden. Das eine ist die konkrete Auseinandersetzung mit der DDR. Die war in der Tat durch die Blockade der normalen Informationskanäle, durch die scharfe, im übrigen auch vom Westen ausgeübte, Kontrolle über die Reisemöglichkeiten außerordentlich erschwert. Politische Diskussionen auf dem Weg über persönliche Kontakte mit Bürgerinnen und Bürgern der DDR zu führen, hätte ich mich, wenn ich die Möglichkeit bekommen hätte, um deretwegen nicht getraut. Wir hatten den Eindruck, wenn wir einen Bürger oder eine

Die Linke und die DDR

Round-table mit Diether Dehm, Christel Hanewinkel, Peter von Oertzen und Andreas Wehr (Moderation)

Was mich zu einer Linken im Osten gemacht hat, ist die Art und Weise gewesen, wie die DDR den Sozialismus traktiert und wirklich in Verruf gebracht hat. (Christel Hanewinkel)

Bürgerin in der DDR verleiten, mit uns politisch zu diskutieren, bringen wir sie in Gefahr. Das bedeutete umgekehrt, daß ich außer gewissen äußeren Eindrücken über den Lebensstandard und den Lebensstil und das Klima, keine wirklichen Argumentationen zur Verfügung hatte, um mich mit dem Phänomen DDR auseinanderzusetzen zu können.

Dies gilt nicht für die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, Andreas, das ist eine Verengung des Blicks, die Deiner Generation und Deiner spezifischen politischen Richtung, aus der Du kommst, anhaftet. Es gab die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und zwar von links. Nicht die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion als der Verwirklichung des Kommunismus, sondern die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion als eines Experiments, das die Ideen des Sozialismus und des Kommunismus verrät und korrumpiert. Eine Kritik an dem Sowjetsystem, nicht weil es kommunistisch war, sondern weil es nicht kommunistisch war. Diese Kritik hat die westeuropäische und natürlich auch die westdeutsche Linke - unterbrochen durch 12 Jahre Faschismus - seit der Novemberrevolution begleitet, und auch in Westdeutschland ist diese Strömung wieder lebendig geworden anlässlich der Niederschlagung der ungarischen Bewegung im Jahre '56, die im übrigen der Auslöser für die Bildung der Organisationen der sogenannten Neuen Linken

Die Stamokaps standen damals in der Tradition dieser rechtsmarxistischen Dissidenten, allein zwischen Rinde und Borke. Diese Lage hatte aber auch unseren Blick oft verstellt gegenüber den Erstarrungen des Systems. (Diether Dehm)



war, die entschieden antileninistisch und antistalinistisch waren sowohl in England, als auch in Frankreich, als auch in Italien. Und natürlich hat diese Kritik ihren Niederschlag gefunden in dem abgespaltenen selbständig gewordenen Sozialistischen Deutschen Studentenbund SDS, der immer antileninistisch, antistalinistisch und radikaldemokratisch war.

Dehm: ... aber auch antikommunistisch.

Oertzen: Nein, nicht antikommunistisch. Sie waren Kommunisten, aber sie waren gegen das Sowjetsystem und zwar nicht, weil das Sowjetsystem, ich wiederhole es, kommunistisch wäre, sondern weil es nicht kommunistisch war. Das war immer mein Standpunkt. Eine weitere Welle der kritischen Auseinandersetzung hat es dann nach dem Einmarsch in die CSSR gegeben, wo ein ganzer Strom auch von kommunistischen Dissidenten sich von ihm abgewendet hatte. Und schließlich die dritte Welle aus Anlaß der Solidarität mit Rudolf Bahro.

Hanewinkel: Ich kann das gut nachvollziehen und auch verstehen. Was ich weniger verstehen kann, aber akzeptieren kann und muß, wenn Du sagst: Ihr habt Angst gehabt, uns in Schwierigkeiten zu bringen durch mögliche Diskussionen, Besuche oder aber Literaturbeschaffung. Da kann ich immer wieder nur sagen: Was bin ich froh, daß es den Austausch über die Jahre trotzdem gegeben hat, zum Teil über Freunde. Die waren als Aktive in der Kirche eben nicht parteipolitisch engagiert. Die haben den Schieß nicht gehabt. Die haben die Bücher rübergeschleppt.

Oertzen: Ich hatte keinerlei kirchliche Kontakte.

Hanewinkel: Ja, das ist auch kein Vorwurf, versteh' es richtig. Ich will nur daran erinnern, daß da wirklich viele Verbindungen existierten. Das erklärt auch, weshalb ausgerechnet bei den Sozialdemokraten im Osten so viele mitmachen, die aus kirchlichen Zusammenhängen kommen. Was mich zu einer Linken im Osten gemacht hat, ist die Art und Weise gewesen, wie die DDR den Sozialismus traktiert und wirklich in Verfall gebracht hat. Ich kann mich dem anschließen, was Peter beschreibt, daß es viele Kommunisten gab, die sich genau deshalb mit der Sowjetunion oder mit der DDR anlegten.

Wehr: Ich finde es wichtig, daß Peter diese Differenzierung vor-

nimmt, ich will aber hinzufügen, daß natürlich der breite Strom der Ablehnung der Sowjetunion und auch der DDR sich von einem konservativen Geschichtsbild herleitet. Diese Position war und ist sowohl antisowjetisch, antimarxistisch und teilweise auch antisozialdemokratisch, wobei wir immer versuchten, das auseinanderzuhalten. Darin sehe ich vornehmlich auch den Grund für die relativ defensive Position der Linken in den 70er und 80er Jahren. Man wollte diesen Kräften nicht neuen Spielraum geben.

Leninismus und Sozialdemokratie

Dehm: Ich finde das ein bißchen unscharf, Peter. Du wirfst so Leninisten und Stalinisten in einen Pot ...

Oertzen: Nein, das tue ich nicht. Das ist schon ein Unterschied, ...

Dehm: Ein erheblicher, ja.

Oertzen: Aber ich halte den Leninismus - nicht das konkrete Verhalten Lenins, den Leninismus als Lehre - für prinzipiell falsch. Den Vorrang der Partei als der Ort, in dem das wahre Klassenbewußtsein aufbewahrt wird, wie es Lenin in „Was tun?“ 1903 formuliert hat, das halte ich für einen grundlegenden theoretischen und programmatischen Irrtum. Ich habe Lenin als Theoretiker immer scharf bekämpft und analysiert, ohne daß ich ihn zu einem Stalin hätte stempeln wollen.

Dehm: Also die Parteikonzeption Lenins ist eine aus dem Bürgerkrieg entwickelte und für den Westen - dort jedenfalls, wo Bürgerkrieg nicht das bestimmende Moment war - weitgehend unbrauchbar. Im übrigen haben die Leninisten Lenin keinen guten Dienst erwiesen, seine eigentlich als improvisatorische Leistung zu bewertenden Beiträge zur Weltrevolution zu einem Leninismus, also damit zu einem Kochrezeptbuch, zu machen. Die Oktoberrevolution war für viele Menschen auf der Welt mitreißend, auch für Menschen, die keine Leninisten waren.

Die Linke hat sich aber dann - auch unter dem Diktat der Komintern - ein Denkverbot über die sogenannten Rechtsabweichler des Marxismus erteilen lassen. Für mich stellen die Werke dieser Dissidenten immer noch einen ungehobenen Schatz dar, angefangen bei Bucharin bis hin zu Thalheimer und Brandler in Deutschland, das was man spöttisch die „KP-Null“ nannte. Un-

ser Genosse, der Begründer und Namensgeber unserer Zeitung spw, Paul Levi,¹ gehört mit Sicherheit auch zu denen, die noch gelesen und studiert werden sollten, sämtlich rechte Marxisten und linke Sozialisten! Alles Phänomen der Spaltung der 2. Internationale, mit der der Marxismus zu weit nach links und die Sozialdemokratie zu weit nach rechts gedriftet sind. Nur eine Rechtswendung des authentischen Marxismus - ökonomisch das Kleinbürgertum und politisch den offeneren, demokratischen Diskurs strategisch einbeziehend und achtend - stützt heute die Linkswendung der Sozialdemokratie. Die Stamokaps standen damals in der Tradition dieser rechtsmarxistischen Dissidenten, allein zwischen Rinde und Borke, die historischen Kostbarkeiten bei Sozialdemokraten und Staatssozialisten undogmatisch und detailliert hochhaltend. Diese Lage hatte aber auch unseren Blick oft verstellt gegenüber den Erstarrungen des Systems.

„Gesellschaftliche Errungenschaften“ der DDR?

Wehr: Ich will da anknüpfen und Christel dazu befragen. Im Dezember 1989 kamen die Sozialdemokraten der DDR, also die Gründer der SDP, auf den Berliner Bundesparteitag und verkündeten, daß es keine Vereinigung geben dürfe, aber wenn, dann müßten ganz bestimmte gesellschaftliche Errungenschaften, wie sie das selbst nannten, der alten DDR mit in das gemeinsame Deutschland eingehen. Sie nannten damals - es waren Genossinnen und Genossen, die auch heute noch in der Politik wichtige Funktionen einnehmen - insbesondere die Bodenordnung als das, was nicht mehr zurückgedreht werden darf.

Hanewinkel: Ganz klar. Da gab es eine ganze Reihe von Punkten. Zum Stichwort gesellschaftliche Errungenschaften: ich würde das nie so nennen, weil das für mich so ...

Wehr: Das haben die damals so genannt.

Hanewinkel: Ich weiß, das ist eine typische DDR-Terminologie, die hat mich schon immer angestunken. Wenn der Sozialismus richtig verstanden worden wäre, hätte man nicht von gesellschaftlichen Errungenschaften reden müssen, dann wären das in diesem System Selbstverständlichkeiten gewesen. Ich denke, da gibt es bestimmte Dinge,

die man in dieses System hier hätte mit übernehmen müssen. Ich denke da z.B. an den Rechtsanspruch auf den Kindergartenplatz.

Du sagst, Diether, eine "Erstarrung". Wenn es für die, die dort gelebt haben nur eine Erstarrung gewesen wäre. Es war ja für manche wirklich lebensbedrohlich und beängstigend. Insofern versteh' ich ja auch, wenn Du sagst, wir wollten Euch nicht in schwierige Situationen bringen. Das wußten ja eben auch alle. Ein bestimmtes Verhalten hat ganz massive Sanktionen nach sich gezogen.

Dehm: Auch in der Bundesrepublik.

Hanewinkel: Ja klar, aber das ist ja zum Beispiel das, was wir in der DDR gar nicht oder nur stückchenweise mitgekriegt haben.

Wer sind die Linken?

Wehr: Ich will auf die gegenwärtigen Herausforderungen zu sprechen kommen. Christel, Du hast in Deinem Papier von 1994 gesagt, die PDS gehöre nicht zur Linken. Ich finde hingegen einen Vorschlag, den Peter 'mal auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung gemacht hat, ganz vernünftig, aus diesen Bekenntnissen, gehört nun eine Partei zur Linken oder nicht zur Linken, 'rauszukommen, indem man sagt, es gibt in allen drei Parteien, die sich im Spektrum der politischen Linken als links bezeichnen, Linke, aber es gibt auch andere. Nur so kann man die unfruchtbare Frage "wer oder was ist eigentlich links" beiseite lassen.

Oertzen: Ja. Das ist sicher richtig, wenn ich „links“ als eine grundsätzliche Haltung bezeichne, die auf die Ausdehnung der staatsbürgerlichen politischen Gleichheit auf die Gesellschaft, also die Herstellung von gesellschaftlicher Gleichheit auf dem Wege einer antikapitalistischen Politik gerichtet ist, weil die Ungleichheit im Augenblick eben durch das kapitalistische Wirtschaftssystem geschaffen wird. Das ist die Grundposition, die ich als links bezeichnen würde. Diese Auffassung ist in der Sozialdemokratie eine Minderheit, keine besonders große. Sie ist auch bei den Grünen, wenn wir mal vom ökologischen oder feministischen Fundamentalismus absehen, eine Minderheit. In der PDS ist die Gemengelage schwieriger, weil es dort welche gibt, die in der alten leninistisch-kommunistischen Tradition durchaus Linke sind, jedoch in



dieser alten leninistischen Linken der Grundmangel enthalten ist, daß die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht auf demokratischem Wege und in demokratischer Form vorgenommen werden soll. Da aber die demokratische Organisation einer veränderten Gesellschaft gewissermaßen ihre Grundlage, ihre Grundstruktur darstellt, ist eine nichtdemokratische Linke in der praktischen Konsequenz überhaupt keine Linke und kann es nicht sein, das ist meine persönliche Überzeugung. Ich kritisiere die parteikommunistische Tradition aus prinzipiellen politischen Gründen und die Verfahrensweisen, die sie in ihren eigenen Reihen schon in den 20er Jahren geübt haben, waren absolut indiskutabel für einen Sozialisten. Aber in der Grundüberzeugung ihrer Mitglieder war es eine authentische sozialistische Strömung, die alte Kommunistische Partei. Die hat in der SED und der DDR fortgewirkt.

Wehr: Was können wir heute tun, um überhaupt ein vernünftiges Umgehen dieser verschiedenen von Peter beschriebenen Gruppen und Fraktionsströmungen herzustellen. Ich hatte mal die Illusion, daß mit dem Ende des Systemgegensatzes auch eine völlig neue Seite aufgeschlagen wird im Umgang dieser politischen Kräfte miteinander. Ich habe jetzt aber eher den Eindruck, daß wir in einer Situation sind, in der der Gegensatz wieder so scharf ausgeprägt ist wie vor Beginn der Entspannungspolitik. Es ist schwieriger und nicht einfacher geworden.

Hanewinkel: Für mich ist das ein wirklich schwieriges Kapitel, weil ich auf der einen Seite, wo es jetzt um bestimmte Inhalte, Programme und ähnliches geht, sehr deutlich merke, da haben die schon das ein

Der breite Strom der Ablehnung der Sowjetunion und auch der DDR leitet sich von einem konservativen Geschichtsbild her. Darin sehe ich vornehmlich auch den Grund für die relativ defensive Position der Linken in den 70er und 80er Jahren. Man wollte diesen Kräften nicht neuen Spielraum geben. (Andreas Wehr)

Da aber die demokratische Organisation einer veränderten Gesellschaft gewissermaßen ihre Grundlage, ihre Grundstruktur darstellt, ist eine nichtdemokratische Linke in der praktischen Konsequenz überhaupt keine Linke und kann es nicht sein, das ist meine persönliche Überzeugung. (Peter von Oertzen)

oder andere drauf, mit dem ich mich nicht nur anfreunden kann, sondern es gibt bis hinein in den Bundestag Anträge, wo man sich am Ende fragt, wer hat hier eigentlich von wem abgeschrieben? Andererseits, wenn ich es mir ganz konkret in Halle ansehe, verstehe ich Wählerinnen und Wähler nicht, daß sie Leute wählen, von denen sie wissen, daß sie zu DDR-Zeiten in Halle verantwortlich waren für die gesamte Wirtschaft im Bezirk, die sie nachweislich nach unten mitgeritten haben. Und dann stehen dieselben nach '90 auf und sagen: hier, ich empfehle mich für die PDS und das ganze Land als Wirtschaftsexperte. Und derjenige kriegt dann sogar ein Direktmandat für den Landtag. Da bin ich sprachlos. Bei manchen Inhalten kann ich „ja“ sagen. Zur konkreten Person dann wieder nicht, und umgekehrt. Das geht mir mit anderen Parteien und Personen, z.B. in der Ost-CDU, ganz genauso, nur da wird einem das weder übelgenommen noch hinterhergeschmissen. Bei der PDS wird es immer zu einem Sonderproblem gemacht, was natürlich mit der Verantwortung für die DDR zu tun hat, die PDS wird aber bundesweit auch als Sündenbock genutzt.

Möglichkeiten parteiübergreifender Gemeinsamkeiten

Wehr: Welche Rolle spielen wir jetzt in dieser konkreten Phase? Wir stehen 1998 erneut vor einem Rote-Socken-Wahlkampf. Die spw hat sich - zusammen mit Zeitschriften aus dem Umfeld von Bündnis '90/Grüne und PDS - vorgenommen, in inhaltlichen Fragen auszuloten, wie man bestimmte Probleme eventuell gemeinsam angehen kann. Wie wird dieser Prozeß jetzt weitergehen und besteht die Chance, daß wir vielleicht bis 1998 eine realistische Grundlage herstellen können, wie die Parteien miteinander umgehen können?

Dehm: Ich sehe da nicht nur einen Rote-Socken-Wahlkampf, ich sehe da einen Stasiwahlkampf auf uns zukommen. Ich bin ganz sicher, daß das mit voller Wucht gegen jede Form der Zusammenarbeit zwischen PDS, Grünen und Sozialdemokraten geht, und zwar professionell und mit Geheimdienst-Support. Einige aus unserer Partei spielen in bekannter Form mit. Wir sollten vielleicht mal mutig sein und uns gegen das stellen, was da abläuft. Ich nenne mal ein Beispiel: Die Stasi verstand sich als Schild und Schwert der Partei. Und ich sage, sie war es auch. Ich behaupt-

te, daß das, was die Stasi gemacht hat, kaum eine Verselbständigung darstellte, sondern in enger Beziehung mit der Parteiführung geschah. Im Unterschied etwa zu Mossad oder zum BND oder zur CIA ist das kein kleiner Staat im Staat gewesen, darauf kann sich keiner rausreden. Wer mit Schalk-Golodkowski verhandelt hat, wußte, daß er auch mit der Stasi am Tisch sitzt. Wir wußten auch, als das SPD-SED-Papier entstand, daß da natürlich die Stasi mit von der Partie war. Einerseits werden die „dirty-trickser“ aus SED/FDJ-Kontakten heute Stasi-Zuarbeit machen wollen. Der BND-Forschungsverbund an der FU arbeitet emsig und mit Deutsche Bank-Zuschuß daran. Andererseits wird Kohls und Straußens Schalck & Co-Seilschaft nachträglich zur zwischenstaatlichen Realdiplomatie hochgehjubelt. Wenn die SPD sich jetzt nur klein duckt, wird sie bald wieder mal zum großen Einknicken gebracht werden.

Wehr: Der Crossover-Prozeß, also das Ausloten von Gemeinsamkeiten in inhaltlichen Fragen, wie wird der eigentlich im Osten gesehen, bzw. gibt es dort eine Bereitschaft zwischen Grünen, SPD und PDS, das eine oder andere auf den Weg zu bringen?

Hanewinkel: Die inhaltliche Annäherung, die findet weniger in theoretischen Diskussionen statt, die vollzieht sich ganz einfach auf der kommunalen und auf der Landesebene. Wir haben inzwischen eine ganze Reihe von Beigeordneten in den Kommunen, die die PDS stellt. Wir haben inzwischen zwei oder drei PDS-Oberbürgermeister, jetzt ist gerade in Sachsen-Anhalt einer gewählt worden. Interessanterweise mit freundschaftlicher Zusammenarbeit der CDU, weil es vor Ort überhaupt nicht anders geht. Sicherlich ist das jetzt nicht übertragbar auf das ganze Deutschland, nur es macht überhaupt keinen Sinn, oder andersherum es ist aus meiner Sicht geradezu dumm, den nächsten Wahlkampf mit einer Rote-Socken-Kampagne auszustatten, das würde im Osten bedeuten, daß noch wesentlich mehr Frauen und Männer die PDS wählen, aus unterschiedlichsten Gründen ...

Dehm: Die Ernte wird aber im Westen eingefahren ...

Rote Socken - und was dann?

Hanewinkel: Das ist noch die Frage. Die CDU selber, der Stellvertreter von Kohl, Christoph Bergner aus

Halle, hat ja auch deutlich davor gewarnt, eine Rote-Socken-Kampagne im Osten zu fahren. Er ist nicht gehört worden. Also es wird im Osten die CDU auch treffen. Die Frage ist in der Tat, ob im Westen nach wie vor diese Phantasie vor der Gefahr aus dem Osten, vor dem Kommunismus oder was weiß ich was, ob diese Ängste wirklich noch so groß sind, daß die Leute auf solche Kampagnen reinfallen. Also dann wären sie ausgesprochen dumm.

Wehr: Wie sieht das im Westen aus? Wir hatten '94 die Dresdener-Erklärung in der SPD, also eine ganz klare Absage an die PDS, die den Handlungsspielraum der Partei sehr einschränkte.

Oertzen: Wir werden sicher eine Rote-Socken-Kampagne kriegen, und wie dann die politischen Parteien sich entscheiden, wenn das Wahlergebnis so oder anders aussieht, das wird dann eine hart umkämpfte und praktische Entscheidung werden. Unter Umständen steht die Sozialdemokratie vor der gräßlichen Alternative, entweder die Tolerierung durch die PDS hinzunehmen oder aber in die große Koalition mit der CDU zu gehen, und da kann man wirklich sagen: dies ist die Wahl zwischen Pest und Cholera. Aber sie wird sich entscheiden müssen, denn sie kann da aus ihrer Verantwortung nicht aussteigen. Ich neige nicht dazu, jetzt Prophezeiungen darüber abzugeben, wie sie sich entscheiden wird. Ich sage ganz ehrlich, ich befände mich nicht gerne in einem politischen Regierungsbündnis mit der PDS, aber ich befände mich mindestens ebenso wenig gerne in einem Regierungsbündnis mit der CDU, obwohl das völlig unterschiedliche Qualitäten sind und die Probleme auf ganz unterschiedlichen Ebenen liegen. Da kann man nur sagen ...

Hanewinkel: ... wir brauchen die absolute Mehrheit ... (lacht)

Oertzen: ... es wird sich herausstellen. spw

1 spw begreift sich in der Tradition der gleichnamigen Zeitschrift, die von dem Reichstagsabgeordneten und bedeutenden sozialdemokratischen Linken Paul Levi im September 1923 gegründet wurde. Sie existierte unter diesem Namen bis Oktober 1928, als sie mit der Zeitschrift „Klassenkampf“ fusionierte. Vgl. das Editorial der spw 1, Oktober 1978, S. 4. Für das Jubiläumsheft spw 100 ist ein Artikel über Paul Levi in unserer TheoretikerInnen-Reihe geplant. Anm. der Red.

Das Ende des Internet-Hype zeichnet sich ab. Jetzt zeigt sich, welche Online-Dienste ihn überleben. Braucht es im Zeitalter des Internet noch Netzwerke von unten wie das CL-Netz oder die internationale APC?

T-Online hat über eine Million Teilnehmer in der Bundesrepublik, America Online weltweit mehr als 6 Millionen, CompuServe mehr als 5 Millionen — und die Bürgernetze wie das Computernetzwerk Linksysteme (CL-Netz)? Totgesagte leben länger: Ob der kleine, nichtkommerzielle Betreiber des CL-Netzes keine Angst vor den großen kommerziellen Online-Anbietern hätten, wurde Kommunikation und Neue Medien e. V. im vergangenen Jahr häufig gefragt. Die selbstwußte Antwort: „Social Connectivity ist unsere Stärke. Wer bietet das sonst noch?“

Tatsächlich hat die linksalternative Vernetzung vom allgemeinen Online-Boom und Internet-Hype profitiert. Begriffe wie „E-Mail“, „Modem“ oder „ISDN“ gehen heute den meisten politisch Aktiven so locker von den Lippen wie weiland „Bougeoisie“ oder „Kapitalismuskritik“. Im Internet finden sich offizielle und inoffizielle Homepages von SPD, Grünen und der PDS; und auch die Friedrich-Ebert-Stiftung ist mit einem professionellen Programm im Web dabei.

Die alternativen Datennetze wie das Computernetzwerk Linksysteme (CL-Netz) oder die Association for Progressiv Communication (APC) hatten es als ihre Aufgabe betrachtet, die Linke an die Online-Dienste heranzuführen. Das war damals, 1987, auch bitter nötig: In weiten Kreisen der Linken herrschte eine unreflektierte Technikfeindlichkeit (die heute mancherorts in eine ebenso unbegründete Euphorie umgeschlagen ist).

Heute sind manche Nutzer der ersten CL-Systeme inzwischen bei CompuServe oder T-Online gelandet. Selbst die bayerische Staatsregierung nennt ihr bescheidenes Angebot, sich an ausgewählten Punkten in einen von der Staatskanzlei kontrollierten Internet-Knoten einzuklinken („Bayern online“), nach dem Vorbild der Netze von unten „Bürgernetz“. Ist die Aufgabe der alternativen Netze damit erfüllt? Kann das Computernetzwerk Linksysteme seine Arbeit einstellen und im Internet aufgehen? Sollten die Neuen Sozialen Bewegungen, sollten die

Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) nicht besser Kunden der kommerziellen Online-Dienste werden?

Werfen wir einen vergleichenden Blick auf die kommerziellen Dienste. Zu prüfen ist, was sie politisch Aktiven bieten, und zu welchem Preis-Leistungsverhältnis.

America Online

In der Bundesrepublik ist der größte Online-Dienst der Welt seit Anfang 1996 mit einem eigenen Angebot dabei und versorgt etwa 120.000 Nutzer im deutschsprachigen Raum. Weltweit gelang es ihm 1995, dem bisherigen Champion CompuServe den Rang abzulaufen. Vielleicht liegt es daran, daß AOL jünger ist, moderner und aggressiver als die behäbige CompuServe-Oberfläche. Dazu gehört eine bequeme E-Mail-Funktion ebenso wie das Einkaufen online (Teleshopping).

Für den Nachrichten- und Informationsgehalt sorgen bei AOL nicht zufällig mehrere große Magazine wie der Stern und GEO; ein umfangreiches Fernsehprogramm kommt von TV Today. Denn bundesdeutscher Partner des US-amerikanischen Multis ist der Gütersloher Medienkonzern Bertelsmann.

Bei America Online ist das Internet nicht Zugabe zum eigentlichen Angebot, sondern voll integriert: AOL versteht sich als Reiseführer zu den interessantesten Plätzen im unübersichtlichen Internet. Auch die Grundeinteilung des Online-Dienstes ist übersichtlich und klar gegliedert. Sämtliche Nachrichtenangebote sind unter einer Oberfläche zusammengefaßt und können von hier aus aufgerufen werden. Wie bei allen Online-Diensten gibt es auch bei America Online Deutschland eine Mail-Funktion. Da AOL Internet-Zugang bietet, ist auch Mailverkehr rund um die Welt gewährleistet.

Bereits an der Kostenstruktur ist zu erkennen, daß sich AOL auf einen großen Markt vorbereitet: Der Dienst will T-Online Konkurrenz machen. Die Grundgebühr ist entsprechend niedrig: Mit 9,90 Mark im Monat ist man dabei. Ähnlich wie CompuServe bietet auch AOL dem Internet-User kostenfrei eine eigene Web-Seite fürs Internet, Home-Page genannt. Zwei Stunden online sind gebührenfrei; ab dann beginnt die Uhr zu laufen. Mit zehn Pfennig pro Minute ist AOL nicht eben preiswert: 6 Mark kostet die Stunde, und die ist

Online: Welche Netze für die Linke?

von Gabriele Hooffacker*

online rasch vorbei. Hinzukommen wie bei jedem Online-Dienst die Telefongebühren. AOL unterhält jedoch zahlreiche Einwahlknoten im Bundesgebiet, so daß sich die Telefongebühren in Grenzen halten.

CompuServe

CompuServe bietet Kommunikation zum verhältnismäßig hohen Grundpreis von monatlich \$ 9,95. Von Anfang an ist der Dienst mit einer für den Anwender angenehmen Bedienoberfläche ausgestattet gewesen: Mit dem Hilfsprogramm CompuServe Information Manager (CIM) läßt sich auch von Computerunkundigen im System so navigieren wie unter Windows auf dem heimischen Computer. Der WIN CIM verwaltet vor allem die elektronische Post unter einer vorbildlichen Oberfläche („Adreßbuch“, „Ablage“). Obwohl es sich bei CompuServe um einen Online-Dienst handelt, ist man gut beraten, wenn man möglichst viel offline, ohne laufende Telefonverbindung zu CompuServe erledigt. Die gesamte Post läßt sich so erledigen, aber auch das Beobachten, Lesen und Schreiben in den Foren.

Der Anwender wählt mit seinem Modem den nächstgelegenen CompuServe-Knotenpunkt, der ihn dann über eine Standleitung direkt mit

Begriffe wie „E-Mail“, „Modem“ oder „ISDN“ gehen heute den meisten politisch Aktiven so locker von den Lippen wie weiland „Bougeoisie“ oder „Kapitalismuskritik“.

* Gabriele Hooffacker, Dr. phil., geb. 1959, lebt als Fachautorin und Trainerin in München und betreibt den „Münchener Medienladen“ und das „Frohburger Medienhaus“ in Leipzig. Veröffentlichungen u.a.: *Online. Telekommunikation von A-Z* (Reinbek 1995); *Wir nutzen Netze. Ein kommunikatives Manifest* (Göttingen 1995); *Online-Guide. Politik und Gesellschaft* (Reinbek 1997); E-Mail: g.hooffacker@link-m.de

Werfen wir einen vergleichenden Blick auf die kommerziellen Dienste. Zu prüfen ist, was sie politisch Aktiven bieten, und zu welchem Preis-Leistungsverhältnis.

der Zentrale in Ohio verbindet. Alle Aktionen in Compuserve werden auf diesem System abgewickelt. Nur für manche Datenbanken oder Drittanbieter wechselt Compuserve für den Anrufer unbemerkt den Rechner. In Deutschland finden sich Einwahlknotenpunkte unter anderem in Berlin, München, Nürnberg, Stuttgart, Frankfurt, Hamburg oder Berlin. Sie sind via Modem bei Übertragungsraten bis zu 28.800 bit/s erreichbar. Von überall erreicht man Compuserve in Deutschland zum Ortstarif - für \$ 1 pro Stunde zusätzlich. Die Rufnummer lautet dann bundesweit einheitlich 01910. In vielen Städten installierte Compuserve ISDN-Zugänge, so in München, Hannover, Düsseldorf und anderen. Leider sind die ISDN-Zugänge wegen des US-ISDN auf 38.000 bit pro Sekunde heruntergetaktet.

Wer neben den Online-Gebühren noch mehr Geld ausgeben möchte, der ist in der Shopping-Mall gut aufgehoben. In der elektronischen Einkaufsstraße bekommt man Bücher, CDs, Software und allerlei Waren für den täglichen Bedarf. Viele Händler der Shopping Mall bedienen auch Kunden außerhalb der USA. Begibt sich ein Kauflustiger in die Ladenstraße, stoppt der Compuserve-interne Gebührenzähler. Wichtig ist, sich genau über Zahlungsmodalitäten und eventuell anfallende Zusatzkosten zu informieren, bevor man die Shopping Mall leerkauft. Auch sollte man mit einberechnen, daß der deutsche Zoll bei Lieferungen aus dem Ausland meist seine Hände aufhält.

Compuserve selbst kostet die genannte monatliche Grundgebühr von etwa \$ 9,95. Hinzukommen

weitere \$ 2,95 je Stunde bei 5 Freistunden im Monat. Abgerechnet wird in US-Dollar. Fünf Stunden im Monat sind kostenfrei. Falls man nicht einer einer Großstadt mit Einwahlknoten wohnen, kommen entweder Telefongebühren bis zum nächsten Einwahlknoten hinzu - oder, alternativ, die Einwahl über Datex-J zum Ortstarif.

T-Online

Innerhalb der Bundesrepublik ist der Telekom-Dienst unbestritten der Größte: Mehr als eine Million Bundesbürger nutzen ihn regelmäßig. Sie kommen zum Teil noch vom T-Online-Vorläufer Btx und verwenden vor allem das Telebanking.

Der T-Online-Decoder verlangt nach einer graphischen Bedienoberfläche. Kaum noch jemand weiß, daß der Kernbestandteil von T-Online, das klassische Btx, mit einem Btx-Decoder unter DOS auch noch von einem alten PC XT oder AT abzurufen ist. Dafür vereint das neue Programm T-Online-Decoder vier Anwendungen unter einer Oberfläche: Btx „classic“, Btx plus (kostenpflichtig), KIT und die Zugangssoftware zum Internet namens Netscape. Diese vier Bereiche wählt man durch simples Anklicken der Symbole an.

Die Grundgebühr von T-Online ist erschwinglich: Mit acht Mark im Monat zählt die Telekom zu den billigsten Anbietern. Da die Einwahl unter der Rufnummer 01910 bundesweit zum Ortstarif erfolgt und eine Geschwindigkeit von 28.800 bit/sec flächendeckend angeboten wird, sind die Reisespesen bis hierher erträglich. Gerade wer seinen Wohn- oder Firmensitz nicht in einer Großstadt mit vielen konkurrierenden Providern hat, für den ist T-Online eine interessante Alternative. Für den komfortablen Reiseverkehr ist T-Online außerdem per ISDN erreichbar - das hilft zusätzlich wirtschaften.

Bei den laufenden Kosten sieht es anders aus: Sechs Pfennig je Minute kostet T-Online tagsüber; von 18 bis 8 Uhr verbilligt sich die Zeitgebühr auf 2 Pfennige je Minute. Wer ins Internet will, egal, wann, zahlt zusätzlich fünf Pfennig je Minute. Damit kostet die Stunde Internet bei der Telekom derzeit werktags tagsüber (Stand 1997) 6,60 Mark zuzüglich 4,80 Telefongebühren. Dafür ist der elektronische Geschäftsbrief kostenlos, genau wie Ihr



Foto: Thomas Diller, Köln

elektronisches Postfach und die zugehörige E-Mail-Adresse via T-Online.

Bei der Anmeldung verlangt die Telekom 50 Mark einmalig. Die kann man sparen: Beim Kauf eines Modems oder einer ISDN-Karte liegt in den meisten Fällen ein Gutschein bei, der diese Kosten erspart. Wenn das nicht der Fall ist, sollte man mit seiner Bank sprechen: Sobald man sich zum Telebanking via T-Online anmeldet, übernimmt in der Regel die Bank die Anmeldegebühr.

Die Säulen der menügestützten Benutzerführung von Btx sind die Zahlen von 0 bis neun sowie das Sternchen * und die Raute #. Eine Btx-Seite findet man bis heute, wenn man ihre Kennung eintippt wie *1188# für das elektronische Telefonbuch. Diese Absonderlichkeit kommt daher, daß Btx ursprünglich per Fernbedienung vom Fernsehgerät aus bedienbar sein sollte - PCs waren anno 1982 schlicht zu teuer. Vom Zeitalter von Set-Top-Boxen, Netz-PCs ohne eigene Software und „interaktivem“ Fernsehen aus gesehen wirkt das gute alte Btx plötzlich, als sei es seiner Zeit um Jahrzehnte voraus gewesen.

Als die PCs billiger wurden und in die Haushalte einzogen, kamen textorientierte Kürzel und Suchhilfen hinzu: Mit *bahn# etwa ruft man das Angebot der Deutschen Bahn AG auf, mit sparkasse* erhält man eine Übersicht über alle Sparkassen-Angebote im Bundesgebiet. Der Clou am neuen Angebot von T-Online jedoch ist seit September 1995 die Zugangsmöglichkeit zum Internet. Die Telekom fungiert hier als Reisebüro, das seine Schäflein auf die Datenautobahn schickt - allerdings in geordneter Formation und nicht an alle Schauplätze. Mehrere Regionen werden für die T-Online-Nutzer ausgeblendet, insbesondere Zonen pornographischen und politischen Inhalts. Die Prüderie der Telekom ist um so erstaunlicher, als im klassischen Btx der Rotlichtbereich zu einem der angestammten Viertel zählt. Er ist nur inzwischen nicht mehr so leicht aufzufinden wie vordem.

Microsoft Network

Als Vierter im Bunde der großen Online-Dienste in Deutschland ist seit Mitte 1996 der Software-Riese Microsoft dabei. Bis dahin bot das Microsoft Network, kurz MSN, lediglich Windows-95-Anwendern Zugang zum eigenen Online-Ange-

bot. Nun ist auch Internet-Zugang im Gesamtpaket enthalten. Der Schwerpunkt liegt auf einem Reiseführer durch die unübersichtlichen Online-Welten. Der Datenreisende, so das Kalkül, ist bereit, für einen Reisebus mit Fremdenführer, sprich Navigationshilfen, Geld auszugeben. Daneben verlagert Microsoft seine Aktivitäten auf das klassische Geschäft des Softwareherstellers: Ein eigener Web-Browser, der Internet-Explorer, soll dem Newcomer Netscape das Wasser abgraben.

Mit 14 Mark im Monat bleibt MSN im Rahmen des Üblichen. Für unser Thema sind die Nachrichten und Reportagen von Interesse. Wer nicht über Windows 95 verfügt, kann im Internet unter <http://www.msn.com> bzw. <http://www.msn.de> im Microsoft Network auf Entdeckungsreise gehen. Richtig schön wird MSN allerdings erst mit dem „Explorer“ von Microsoft, den es hier, ebenfalls kostenlos, zum Herunterladen gibt. Dieses Programm läuft auch unter Windows 3.1.

eWorld, Europe Online und andere

Damit ist die Liste der großen Online-Dienste in der Bundesrepublik auch schon erschöpft. Mit Apple war ein weiterer Computerhersteller unter die Online-Anbieter gegangen. Obwohl eWorld frühzeitig dran war, dümpelte der Online-Dienst mit stagnierenden Teilnehmerzahlen vor sich hin. Anfang 1996 wurde er eingestellt und der Service ins Internet verlagert.

Das Angebot von Europe Online unterschied sich in einem wesentlichen Punkt von den großen Vier: Es setzte auf eigene Inhalte und bot keine eigenen Einwahlknoten oder Netzzugänge. In der Bundesrepublik war anfangs der Münchener Burda-Konzern Anbieter von Europe Online. Er setzt allerdings inzwischen auf eigene Online-Angebote unter dem Namen „Burda Online“. Hier wird mit einer Online-Version verschiedener Burda-Printmedien experimentiert. So gibt es beispielsweise ein „Focus online“, ein Reisemagazin, einen Infodienst für Studenten namens „Uni-Online“ und ein Computermagazin.

Inzwischen hat Europe Online Konkurs angemeldet, und Burda strickt fleißig an seinem eigenen Angebot. Dieses Angebot ist zu erreichen unter <http://www.burda.de>. Was die Printmedienmacher nicht bedacht haben: Teilnehmerinnen

und Teilnehmer, die sich über T-Online oder Compuserve ins Internet einwählen, müssen für jede Graphik lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Das senkt die Bereitschaft, in den nicht sehr tiefgehenden Texten zum Thema Business zu blättern, erheblich. Knapp 100 Kilobyte für ein aufwendiges Begrüßungsbild zu übertragen, dauert auch mit 28.800 bit pro Sekunde seine Zeit.

Bürgernetze und CL-Netz

Jetzt, nachdem die Seifenblase Internet geplatzt ist und pragmatische Fragen im Vordergrund stehen (Was bringt's? Was kann ich wirklich damit machen?), wird sichtbar: Das CL-Netz macht seinem Namen Computernetzwerk Linksysteme Ehre. „Links“, Verbindungen, Connectivity zu großen und kleinen Verbänden, Institutionen, Initiativen aus dem sozialen und Umweltbereich gibt es hier preiswert und zuverlässig. „Links“ bezieht sich auch auf den Inhalt: Hier sammeln sich die Neuen Sozialen Bewegungen - von der Frauen- über die Umwelt- bis zur Bürgerrechtsbewegung der ehemaligen DDR. Neue Medieninitiativen, Bürgerradios, Dritte-Welt-Infodienste und Special-Interest-Informationen, erweitern und ergänzen das inhaltliche Angebot von CL.

Informationen über CL im Internet:

<http://www.zerberus.de/org/cl>
<http://www.nadeshda.org/cl.html>
news.news.uni-stuttgart.de/cl.*
 oder
 per E-Mail bei: cl-service@link-m.de

Mit den bunten Bildchen der kommerziellen Online-Dienste kann das textorientierte CL-Netz nicht konkurrieren. Mit dem Gehalt allerdings durchaus: In der gleichen Zeit, in der eine Web-Seite oder eine Schaltfläche von AOL oder Compuserve mit zwei, drei Graphiken übertragen wird, sind per Crosspoint-Download 100 Kilobyte qualifizierten Textes oder mehr auf dem heimischen PC gelandet.

Kleiner Wermutstropfen: Nach wie vor ist die Bedienoberfläche der CL-Systeme verbesserungsfähig. Die Offline-Reader-Technologie hat sich angesichts der Tarifreform der Telekom bewährt: Kaum ein Teilnehmer arbeitet heute ohne Crosspoint. 1997 tritt ein neues Werkzeug mit graphischer Bedienoberfläche an seine Seite: „Charon“ von der Biele-

Das Neue Medium Datennetz wird für die Neuen Sozialen Bewegungen zum Sprachrohr, mit dessen Hilfe sich die Betroffenen ihrer Zahl und ihrer Macht bewußt werden, ihre Ziele artikulieren, Aktionen absprechen und neue Kontakte knüpfen.

Das CL-Netz macht seinem Namen Computernetzwerk Linksysteme Ehre. „Links“, Verbindungen, Connectivity zu großen und kleinen Verbänden, Institutionen, Initiativen aus dem sozialen und Umweltbereich gibt es hier preiswert und zuverlässig.

felder Zerberus GmbH dient als Fährmann, als Navigationshilfe unter Windows. Von freundschaftlich gesonnenen Beobachtern der Online-Szene wird als Besonderheit des CL-Netzes angemerkt, daß sich hier eine politische Szene ihre eigene Software geschaffen hat: Die Ansprüche an den Datenschutz im politischen Bereich sind hoch - höher, als ihn etwa CompuServe oder die Telekom gewährleisten können.

Nicht zu vergessen, daß das CL-Netz über eine eigene Einwahlknoten-Struktur verfügt. Das Telefonknotennetz von CL ist mit mehr als 250 (!) Einwahlpunkten hundertfach dichter als etwas das von CompuServe. Durch die Store-and-forward-Technologie (Austausch von Mail und News über regelmäßige Wählverbindungen) können die CL-Systeme preiswert und zuverlässig arbeiten.

CL als Content-Provider für TelearbeiterInnen

Bei den kommerziellen Online-Diensten zeichnet sich eine Differenzierung der Aufgaben ab: Die Großen setzen auf eigene, gut strukturierte Inhalte und bieten eher nebenbei Internet-Zugang an. Darin liegt die Stärke von CompuServe, T-Online und America Online Deutschland. Daneben werden Navigationshilfen durchs Internet geboten.

Das CL-Netz steht im Vergleich nicht schlecht da: Seine Inhalte werden in moderierter Form nach Anmeldung bei der CL-Koordination im Internet angeboten. Lange bevor alle Welt vom Internet sprach, boten die CL-Systeme bereits E-Mail-Anbindung und Newsgroups aus dem Netz der Netze. Heute sind mehrere CL-Systeme selbst unter die Internet-Provider gegangen und bieten, wenn's gewünscht wird, auch das World Wide Web an.

Doch der Schwerpunkt liegt auf dem Inhalt: In mehreren hundert Themenrubriken (Newsgroups) werden die Informationen gut strukturiert angeboten: getrennt nach „Aktionen“ und Terminhinweisen, „allgemeiner“ Hintergrundinformation und „Diskussion“. Sämtliche Inhalte in CL stammen von den Teilnehmern selbst. Die Zahl der Userinnen und User läßt sich nur schätzen: Etwa 50.000 sind es in den CL-Systemen selbst. Hinzu kommen Nutzer per AOL, CompuServe und Internet. Von hunderttausend CL-Teilnehmern und mehr zu sprechen, dürfte bei 50

Millionen Internetnutzern nicht zu hoch gegriffen sein.

CL ist damit der einzige Content-Provider, der sich auf ökologische und politische Themen, auf die Neuen Medien, ihre gesellschaftlichen Folgen und Lösungsansätze dazu spezialisiert hat. Konkret: TelearbeiterInnen, zu deren Arbeitswerkzeug Computer und Modem gehören, vernetzen sich über CL - weltweit. Das Dortmunder System LINK-DO hat mit Hilfe der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung einen eigenen Service für Arbeitnehmer eingerichtet: Zusätzlich zu CL gibt es hier das „Solinet“, in dem sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über Probleme am Arbeitsplatz austauschen, Schwerpunkt Arbeitsrecht, Zukunft der Arbeit, Telearbeitsplätze. „Solinet“ ist in den meisten CL-Systemen verfügbar.

Das Neue Medium Datennetz wird für die Neuen Sozialen Bewegungen zum Sprachrohr, mit dessen Hilfe sich die Betroffenen ihrer Zahl und ihrer Macht bewußt werden, ihre Ziele artikulieren, Aktionen absprechen und neue Kontakte knüpfen. Das alles von Einzelperson zu Einzelperson, von Gruppe zu Gruppe, ohne Hierarchien.

Wäre das nicht auch über CompuServe möglich, über AOL, MSN oder T-Online? Ließe sich nicht ein Web-Angebot des DGB dazu nutzen? Zunächst ist das World Wide Web ein typisches Informations-, kein Kommunikationsmedium. Das CL-Netz nutzt die Newsgroups für offenen, unzensierten Meinungsaustausch. In den kommerziellen Online-Diensten ist derlei meist nur unter allerhand Selbstzensur möglich.

Zudem sind die Systembetreiber im CL-Netz eher bescheiden mit ihren Gebührenforderungen: Zehn Mark im Monat zahlt der Verdienende durchschnittlich; für fünf Mark sind Schüler, Studenten, Nicht-Verdienende, für zwanzig Mark Gruppen und Institutionen dabei. Zusammen mit einem „Point“-Programm, das den Telefonkontakt zur Mailbox weitgehend automatisiert, lassen sich die Telefongebühren für die Teilnehmer durch die hohe regionale Verbreitung damit gering halten. Und: CL ist das einzige Netz in Deutschland, das ausdrücklich Sozialtarife für Nichtverdienende, auch für Schüler und Studenten, bietet.

Die Anbindung ans „Netz der Netze“ Internet ist den Organisato-

ren besonders wichtig: Immer noch sind mehr als 50 Prozent der Internet-Nutzer Inhaber „kostenloser“, also vom Steuerzahler bezuschußter Universitätsaccounts. Ganz anders bei CL, dessen Anspruch ist: Auch wer nicht über Universität oder den eigenen Arbeitgeber Anschluß ans Internet hat, soll über das CL-Netz preiswert an die Internetdienste „mail“ und „news“ herankommen. Beides ist über sämtliche Systeme im CL-Netz möglich.

Service und Beratung

Im Gegensatz zu den großen kommerziellen Online-Anbietern bieten die CL-Systeme nicht nur technische Einwahlknoten vor Ort. Lokal, in der Region kümmern sich engagierte ehrenamtliche Teams um die Userinnen und User. Meist selbst engagiert - politisch oder sozial, in der Jugendarbeit oder im Umweltzentrum - können sie die Teilnehmer individuell beraten.

Schulung und Fortbildung der politisch Aktiven bildet einen weiteren Schwerpunkt der CL-Systeme. Das geht nur, weil sich in den letzten Jahren die Finanzierung der CL-Systeme stabilisiert hat. Neben die ehrenamtliche Arbeit ist die ein oder andere haupt- oder nebenamtliche Stelle des Systemoperators oder Betreuers getreten. In mehreren Städten ist rund um das CL-Team ein Medienzentrum, ein „Mediencafé“ (Bielefelder Konzept), „Medienladen“ (München), eine „Medienakademie“ (Nürnberg) oder ein ganzes „Medienhaus“ mit regelmäßigem Tagungs- und Schulungsbetrieb (Froburg bei Leipzig) entstanden.

Mit Vorträgen, Kursen und Seminaren vermitteln die Teams Wissen und Durchblick im Online-Dschungel - und bringen damit nebenbei Geld in die Kasse. Das Engagement der ehren- oder nebenamtlichen Beraterinnen und Berater aber ist letzten Endes unbezahlbar. Und damit kann keine mehrere hundert Mann starke Telefon-Hotline von CompuServe oder sonst jemandem konkurrieren.

Informationen zu /CL, /APC, Solinet gibt es beim CL-Verein Kommunikation und Neue Medien e. V.
Postfach 190520
D-80605 München
Tel. (089) 1675106
Fax: (089) 131406
E-Mail: cl-service@link-m.de

Die Sozialdemokratie verlangt von ihren Vertretern, daß sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Ich gestehe Ihnen offen, daß weder mein Mann noch ich diesen Satz verstanden haben.“ (an Karl Kautsky, 16. Mai 1895)

Lily Braun gelang es zwar nie, völlig aus dem Schatten von Clara Zetkin (über die wir auch einen Beitrag planen), herauszutreten, sie war aber sicherlich eine der faszinierendsten deutschen Sozialdemokratinnen der Jahrhundertwende. So leistete sie z.B. einen beträchtlichen Diskussionsbeitrag zur Reform der Hauswirtschaft und veröffentlichte u.a. die sehr bemerkenswerte Studie „Die Frauenfrage“. Nichtsdestoweniger ist eine kritische Auseinandersetzung mit den von ihr vertretenen Thesen notwendig; Lily Braun äußerte insbesondere gegen Ende ihres Lebens, kurz vor und während des 1. Weltkriegs, Ansichten und Meinungen, die hochgradig problematisch und kritikwürdig sind, nicht nur aus heutiger, sondern auch schon aus damaliger Sicht.

Lebensgeschichte

Lily Braun, geboren 1865 als Tochter eines preußischen Generals in Halberstadt, verbrachte ihre Jugend als Tochter aus gutbürgerlichem, ja, aristokratischem Haus. Ende der achtziger Jahre lernte Lily in Berlin ihren ersten Mann kennen, den Philosophieprofessor Georg von Gyzicki, de, ohne Parteimitglied zu sein, der Sozialdemokratie nahestand. Lily wurde von ihrer Großmutter und von Gyzicki zu literarischem und politischem Engagement ermutigt. Sie begann sich mehr und mehr für die Lebensbedingungen des Arbeiterproletariats und vor allem der weiblichen Arbeiterinnen zu interessieren. Nach dem Tod Gyzickis war Lily weitgehend auf sich allein gestellt; von ihrer Familie hatte sie sich schon vorher gelöst. Mit ihrem Entschluß, der SPD beizutreten und sich dort politisch zu betätigen, setzte sie sich zwischen alle Stühle: während ihre Familie sich deswegen von ihr distanzierte, sie sogar enterbt wurde, begegnete man/frau ihr innerhalb der SPD wegen ihrer gutbürgerlichen Herkunft mit allergrößtem Mißtrauen und sogar mit Ausgrenzung. Indem sie den bereits zweimal geschiedenen Heinrich Braun heiratete, beschwor sie einen neuerlichen Skandal herauf; August Bebel

schreibt diesbezüglich in einem Brief an sie: „Natürlich hat das Verhältnis zwischen Heinrich Braun und Ihnen gewaltig Staub aufgewirbelt und die männlichen und weiblichen Philister in Erregung versetzt.“ (Jung, S. 341)

Hinzu kommt, daß Braun sich im Revisionismusstreit eindeutig auf die Seite Bernsteins stellte, eine Haltung, die Lily Braun teilte. Dies verschärfte ihre innerparteiliche Situation noch. Daß Lily Braun ausgesprochen empfindlich auf diese politischen Konflikte und die damit verbundenen Anfeindungen reagierte, die sie allerdings durch ihr zeitweilig kompromißloses Verhalten nicht eben abgemildert hat, war ihrer physischen Konstitution nicht zuträglich. 1916 starb sie nach längerer Krankheit ausgebrannt und überarbeitet im Alter von erst 51 Jahren.

Literarisches Schaffen

Neben Lily Brauns zentralem Werk „Die Frauenfrage“ verfaßte sie unzählige Artikel, zunächst für die von Georg von Gyzicki mitherausgegebene „Ethische Zeitschrift“. Nach seinem Tod war es ihr, bevor es zu ersten ernsthaften Auseinandersetzungen mit Clara Zetkin kam, auch möglich, in der „Gleichheit“ zu publizieren. Außerdem wurde sie häufig von sozialdemokratischen Tageszeitungen um Kommentare und Berichte gebeten. Durch diese alltägliche journalistische Arbeit gelang es ihr auch, die zeitweise sehr prekären finanziellen Verhältnisse der Familie aufzubessern, insbesondere als Heinrich Brauns journalistisches Projekt, die Gründung der „Neuen Gesellschaft“, bereits nach der zweiten Ausgabe gescheitert war. Wohl hauptsächlich aus finanziellen Überlegungen heraus entstanden auch die Romane „Im Schatten des Titanen“ (1908), „Mutter Maria“, „Die Lebenssucher“, die vornehmlich die inneren Konflikte von Frauenfiguren darstellen, aber eminent kitschig sind.

Die in den Jahren 1908 und 1911 publizierte Autobiographie „Memoiren einer Sozialistin“ ist hingegen wohl hauptsächlich aus der Motivation heraus entstanden, über den eigenen Lebensweg und die damit verbundenen Ent- und Verwicklungen noch einmal Rechenschaft abzulegen. Zugleich, so vermutet Julie Vogelstein-Braun, Heinrich Brauns vierte Frau, war dies aber auch ein Versuch, „in den Memoiren Vergeltung zu üben“ (Vogelstein, S. 8). So ist doch reichlich offenkundig, daß sich hinter

Lily Braun – Kämpferische und bekämpfte Sozialistin

von Antje Trosien und Claudia Walther*

der von ihr vielfach kritisierten Wanda Orbin niemand anders als Clara Zetkin verbergen kann ...

Die Frauenfrage

Bei der Auseinandersetzung mit Lily Braun steht immer wieder vor allem ihr konfliktbeladenes Verhältnis zu Clara Zetkin im Vordergrund. Letztere betonte im Gegensatz zu Lily Braun stets die „reinliche Scheidung“ der proletarischen von der bürgerlichen Frauenbewegung. Schließlich werde die proletarische Frauenbewegung „von der Auffassung geleitet, daß nur der revolutionäre Umsturz der bürgerlichen Gesellschaft und die Verwirklichung des Sozialismus als Tat des sich kämpfend befreienden Proletariats der Gesundheit der Frauen voll erblühendes und sich auswirkendes Menschentum bringen werde und nicht die formale Gleichstellung der Geschlechter im Gesetz“ (Richebücher, S. 142). Das Verhältnis zwischen den beiden Sozialistinnen verschlechterte sich noch, als zum einen Lily Braun als Referentin für einen von bürgerlichen Frauenrechtlerinnen maßgeblich organisierten Kongreß zugesagt hatte, und zum zwischen durch den innerparteilichen Revisionismusstreit. Nach der Niederlage der von ihnen unterstützten Revisionisten auf dem Parteitag 1903 in Dresden bemühten sich die Brauns, teils unter größten finanziellen Schwierigkeiten, die „Sozialistische Wochenschrift - Die neue Gesellschaft“ als „revisionistisches Forum“ herauszugeben bzw. wiederzubeleben.

Nachdem es noch vor der Jahrhundertwende zum endgültigen Bruch mit Clara Zetkin gekommen war, versuchte sie, durch das umfangreiche Werk „Die Frauenfrage“ ihre Analyse und Sicht der Dinge einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren.

Clara Zetkin den Rang ablaufen?

1901 erschien - nach dem endgültigen Bruch mit Clara Zetkin - „Die Frauenfrage - Ihre geschichtliche

*Antje Trosien, Bayreuth, Studentin, stellv. Landesvorsitzende der Jusos Bayern; Claudia Walther, Aachen, Politikwissenschaftlerin, Mitglied der SPW-Redaktion.

„Will die Menschheit schließlich nicht sich selbst aufgeben, so wird sie die kapitalistische Wirtschaftsordnung aufgeben müssen.“

Entwicklung und ihre wirtschaftliche Seite“. Ein Werk, das allein von seinem Umfang her geeignet war, Bebels „Die Frau und der Sozialismus“ in den Schatten zu stellen, aber vor allem, darum ging es ja wohl auch unterschwellig, Clara Zetkin den Rang abzulaufen. Nach eingehenden Untersuchungen über die Geschichte der Frau und daraus zu folgernden Konsequenzen kommt Lily Braun zu dem Schluß, daß die sozialistische Wirtschaftsform nicht allein eine Forderung, sondern das notwendige Ergebnis der heute herrschenden Zustände sei. „Ohne die Frauenarbeit kann die kapitalistische Wirtschaftsform nicht bestehen und wird immer weniger ohne sie bestehen können. Die Frauenarbeit aber untergräbt die alte Form der Familie, erschüttert die Begriffe der Sittlichkeit, auf denen sich der Moralkodex der bürgerlichen Gesellschaft aufbaut, und gefährdet die Existenz des Menschengeschlechts, deren Bedingung gesunde Mütter sind. Will die Menschheit schließlich nicht sich selbst aufgeben, so wird sie die kapitalistische Wirtschaftsordnung aufgeben müssen.“ (Braun, Frauenfrage, S. 556)

Lily Braun bemühte sich, all ihre Thesen und Annahmen durch ausführliches empirisches Zahlenmaterial zu belegen. Sie ist wohl eine der ersten überhaupt gewesen, die das Geschlechterverhältnis auch in Prozentzahlen ausdrückte. Als sie vorschlug, ein ähnliches Institut, wie es die revisionistische „Fabian Society“ in London gegründet hatte, in Berlin einzurichten, um die Lebensbedingungen von Arbeiterinnen zu untersuchen und Frauen juristisch zu beraten, wurde dieses Vorhaben vor allem von Clara Zetkin bekämpft. Bebel dagegen sympathisierte mit dem Projekt (vgl. Badia, S. 84ff.).

„Nie ein Stündchen freie Zeit“ - Reform der Hauswirtschaft

„Das täglich Wiederkehrende nichtiger Erledigungen schien ihr wie ein Heer feindseliger Zwerge, die neidisch jede Freude zu verscheuchen, jeden großen Gedanken mit der Überlegenheit der Zahl zu erwürgen trachten.“ (Vogelstein, S. 55)

An zwei Punkten setzte Lily Braun zu einer Reform der Hausarbeit an. Zum einen bei der „Last doppelter Pflichten“, die vor allem die Arbeiterinnen schwer zu tragen hatten. Zum anderen beschäftigte sie, seit sie ihre eigene Hausange-

stellte Minna bei dem Versuch einer Abtreibung in einer Blutlache gefunden hatte, die „Dienstbotenfrage“. Zwischen Herrschaft und Dienstboten gebe es, so analysierte sie, „ebensowenig eine Interessengemeinschaft wie zwischen dem Arbeiter und dem Unternehmer“ (Memoiren, S. 327). Die weiblichen Dienstboten, die schilderten, daß sie zwischen Schrubben, Kochen und Hüten der Kinder „nie ein Stündchen freie Zeit ...“ (Memoiren, S. 326) hatten, so Lily Brauns Idee, durch die Gründung einer eigenständigen Organisation ermutigt werden, für die Abschaffung der Gesindeordnung und die Gleichstellung mit den Arbeiterinnen zu kämpfen. „Der Dienst des Hauses wird nur dann den Charakter des Sklavendienstes verlieren und zur Würde selbständiger Arbeit sich entwickeln, wenn das abhängige Dienstmädchen sich in die freie Arbeiterin verwandelt hat, die ihre Arbeitskraft nur stundenweise verkauft, die imstande ist, in Reih und Glied mit dem in der Sozialdemokratie organisierten Proletariat für ihre letzten Ziele zu kämpfen“ (Memoiren, S. 328f.).

Vom Arbeiterrestaurant zur Haushaltsgenossenschaft

Da die „freie Arbeiterin“ den Preis des „Opfers des Mutterherzens und des Kinderglücks“ zahlte, war Lily Braun sehr angetan von dem Beispiel eines Arbeiterrestaurants in Paris, das sie über Jean Jaurès kennenlernte. Daraufhin entstand Lily Brauns Forderung nach „Haushaltsgenossenschaften“ bzw. „Wirtschaftsgenossenschaften“: „In einem Häuserkomplex, das einen großen hübsch bepflanzten Garten umschließt, befinden sich etwa 50 - 60 Wohnungen, von denen keine eine Küche enthält; nur in einem kleinen Raum befindet sich ein Gaskocher, der für Krankheitszwecke oder zur Wartung kleiner Kinder benutzt werden kann. An Stelle der 50 - 60 Küchen, in denen eine gleiche Zahl der Frauen zu wirtschaften pflegt, tritt eine im Erdgeschoß befindliche Zentralküche, die mit allen modernen arbeitssparenden Maschinen ausgestattet ist. (...) Vorrathsaal und Waschküche, die gleichfalls selbstthätige Waschmaschinen enthält, liegen in der Nähe, ebenso ein großer Eßsaal, der zu gleicher Zeit Versammlungsraum und Tags über Spielzimmer der Kinder sein kann. Ein kleineres Lesezimmer schließt sich ihm an“ (Brühler Gabler, S. 275ff.).

Auch für Kinderbetreuung sei gesorgt (vgl. ebd.). Zu erweitern sei der Vorschlag z.B. durch das Zentralisieren auch der Zimmerreinigung. Finanzierung soll, so Lily Brauns Vorschlag, durch eine Genossenschaft bzw. eine geringe Umlage pro Familie (die Miteigentümer ist) und den „Einkauf im Großen“ erfolgen. Da bestehende Mietskasernen für solche Projekte ungeeignet seien, müßten neue Wohnanlagen entwickelt werden, wofür doch z.B. „die Bauspekulation“ in Vorleistung gehen könne.

Diese einleuchtend geschilderte Idee, so gesteht sie selber ein, findet sich in ihren Grundzügen bereits bei August Bebel (vgl. Bebel: Frau und der Sozialismus, S. 510ff.). Nur, so Braun, verschiebe Bebel diese Umgestaltung in die „Gesellschaft der Zukunft“ (vgl. Brühler Gabler, S. 283).

In der Forderung nach *Haushaltsgenossenschaften* schließlich sieht Braun auch einen Lösungsansatz für die „Dienstbotenfrage“: „So kann meines Erachtens eine Lösung der Dienstbotenfrage, solange die jetzigen Privathaushaltungen bestehen, nicht erwartet werden. Erst wenn die Dienstboten aus dem persönlichen Verhältnis zu ihrem Dienstherrn austreten und sich der Stellung der Fabrikarbeiterin annähern, wird davon die Rede sein können. Und das ist nur in Wirtschaftsgenossenschaften möglich, wo neben höherem Lohn und besserer Wohnung eine Regelung der Arbeitszeit durchführbar ist und die Kontrolle über das Thun und Lassen der Dienstboten seitens der einzelnen Hausfrauen wegfällt“ (ebd., S. 280).

Teile dieser Ideen wurden durchaus schon in verschiedenen Ländern in die Praxis umgesetzt. So gab es in Berlin Anfang dieses Jahrhunderts einige „Einküchenhäuser“. Im „roten Wien“ der Zwischenkriegszeit entstanden Gemeindebauten, wie z.B. der Karl-Marx-Hof, mit Kindergärten, Waschküchen etc. Lily Brauns Schlußfolgerung damals: „Mit der Befreiung von der doppelten Arbeitslast der Hauswirtschaft und der außerhäuslichen Erwerbsarbeit würde einer der wichtigsten Teile der Frauenfrage ihrer Lösung entgegengeführt werden.“ (Memoiren, S. 347f.)

Lily Brauns Bild der Frau als Mutter

Lily Braun war innerhalb der deutschen Sozialdemokratie nicht die einzige, die ein sehr auf die Mütterlich-

„An Stelle der 50 - 60 Küchen, in denen eine gleiche Zahl der Frauen zu wirtschaften pflegt, tritt eine im Erdgeschoß befindliche Zentralküche, die mit allen modernen arbeitssparenden Maschinen ausgestattet ist.“

keit bezogenes Frauenbild vertrat: „Die Mutterschaft ist der Gipfel des Frauentums, und keine rechtliche Emanzipation der Frau wird über die tatsächliche Versklavung des weiblichen Geschlechts hinwegtäuschen können, so lange noch eine Schwangere unter den Lasten keucht, eine Wöchnerin den erschöpften Körper zur Arbeit zwingt, ein verlassener Säugling nach der Mutter schreit.“ (Vogelstein, S. 54) Doch zum einen begründete sie mit speziell dieser Aussage die Forderung nach einem Mutterschutzgesetz, hat wohl deswegen überzeichnet, zum anderen wurde auch Clara Zetkin bisweilen vorgeworfen, aus der Mutterschaft eine mystische Angelegenheit gemacht zu haben, dies wird vor allem in einigen in der „Gleichheit“ erschienenen Artikeln deutlich.

All diese Äußerungen waren nicht untypisch für das Frauenbild im Kaiserreich. Auch von Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung finden sich ähnliche Aussagen, jedoch wesentlich schärfer gefaßt. Allerdings hatten insbesondere die russischen Revolutionärinnen (Kollontai, Armand, Krupskaja) zur selben Zeit weitaus progressivere Vorstellungen von der Rolle der Frau in der zukünftigen Gesellschaft. Und was Lily Braun angeht, sie ergänzte in ihrem Spätwerk ihre biologische Sicht noch um eine nationalistische und militaristische Note.

Die Frauen und der Krieg

Sabine Hering beschreibt Lily Brauns bestürzenden „Umschwung ins Nationalistische, der sich bei ihr nach 1914 in übersteigerten Kriegseuphorien äußerte ...“ (Hering, S. 165). Der Vorwurf, nationalistisch und chauvinistisch zu argumentieren und dies auch noch in leidenschaftlichem Pathos auszudrücken, ist gerechtfertigt; Lily Braun veröffentlichte das Buch „Die Frauen und der Krieg“, in dem sich u.a. Äußerungen wie die folgende finden: „Jetzt ist es an den Frauen, sich über sich selbst zu erheben - nein: zu sich selbst, dem heiligsten Gesetz ihrer Natur zurückzukommen, durch den starken, bewußten Willen zur Mutterschaft. Für jede Hand, die sich jetzt sterbend um die Waffen klammert, schafft andere Hände, - viele kleine Kinderhände, die sich sehnd der Sonne entgegenstrecken, die den Tempel des Friedens bauen werden, aus dem einmal unsere Opferfeuer rauchen. Und für all die Hir-

ne, die die Kugeln durchbohren, schafft andere Hirne, viele kleine Kinderhirne, die den großen Gedanken von der Befreiung der Menschheit aus den Banden aller Knechtschaft einmal zu Ende denken.“ (Braun, Frauen und Krieg, S. 101f.)

Wenige, weder innerhalb des konservativen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung noch kaisergetreue Kriegstreiber, haben eine so unverhohlene Bevölkerungspolitik gefordert.

Dieser Ansicht ließ Lily Braun später dann auch konkrete politische Forderungen folgen. Sie stellt fest: „Die unsichtbare Macht, die jene siebzigtausend Berlinerinnen vor dem Reichstag zusammenscharte, - nicht um für das Wahlrecht zu demonstrieren, sondern um sich der Kranken- und Verwundetenpflege zur Verfügung zu stellen -, war nur

der gewaltsame Durchbruch jenes lange verschütteten weiblichen Gefühls, das nichts anderes will, als: helfen und heilen, - jenes primitiven Geschlechtsgefühls, das ein einziges Wort am reinsten darstellt: Mütterlichkeit.“ (Braun, Frauen und Krieg, S. 59). Sie verknüpft hier also ihre Ansichten über die mütterliche Natur der Frau mit der Notwendigkeit, in der konkreten Kriegssituation Ideale der Frauenbewegung zurückzustellen und sich der Idee des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung (so verstand sie den Kriegsausbruch) anzuschließen. Auch hierbei übertrumpft sie konservative Kreise: sie fordert nicht eine freiwillige Unterstützung des eben gegründeten Nationalen Frauendienstes, sondern „das Dienstjahr der Frau in der Kranken- und Säuglingspflege“ (Vogelstein, S. 110).

„Mit der Befreiung von der doppelten Arbeitslast der Hauswirtschaft und der außerhäuslichen Erwerbsarbeit würde einer der wichtigsten Teile der Frauenfrage ihrer Lösung entgegengeführt werden.“

LILY BRAUN MEMOIREN EINER SOZIALISTIN

Herausgegeben von Elisabeth Fetscher



SERIE PIPER

Diese Haltung kam für viele überraschend; denn die „Kriegsbriefe“ ihres Vaters hatte Lily Braun herausgegeben, um ihre antimilitaristische Einstellung zu demonstrieren. Der Schluß, sie sei von der militärischen Laufbahn ihres Vaters derartig beeindruckt und hier also noch ihrer Herkunft verhaftet gewesen, ist also unbedingt falsch, insbesondere da ihr Vater wegen seiner Kritik an der provozierenden Außenpolitik des Kaisers pensioniert worden war. Es gibt keine überzeugende Untersuchung zu dieser speziellen Fragestellung. Festzuhalten bleibt: Lily Brauns Kriegsbegeisterung war nicht ungewöhnlich für die deutsche Mehrheitssozialdemokratie.

Aktualität für uns heute

„Viel zuviel Wesens, so meint häufig sogar die jetzige weibliche Jugend, haben die Vorkämpferinnen dieser Bewegung von einer doch selbstverständlichen Sache gemacht. Seitdem Frauen nicht allein wählen, sondern auch als Vertreter ihrer Parteien im Parlament und in der Stadtverwaltung tätig sind, ist man vollends versucht die Schwierigkeiten und damit die Leistungen jenes Vor-

trupps, der wie Lily von Gyzicki vor fast dreißig Jahren zuerst in Deutschland zu dieser 'Bürgerpflicht der Frau' aufrief, nicht nach Gebühr einzuschätzen.“ Diese Zeilen schrieb Julie Vogelstein-Braun (S. 40) schon 1922, vier Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts.

Das Phänomen, daß zahlreiche, politisch bewußte und aktive junge Frauen heute wieder denken, in Sachen Frauen- und Gleichstellungspolitik sei alles erreicht, es käme vor allem auf individuelle Strategien zur Durchsetzung an, begegnet uns in den letzten Jahren wieder sehr häufig. Ein Blick auf die Zahlen, die Lily Braun für ihr Buch „Die Frauenfrage“ zusammengetragen hat, und auf die Arbeitsmarktdaten von heute, macht mehr als nur deutlich, daß wir von wirklicher Gleichberechtigung noch sehr weit entfernt sind.

Literatur

Gilbert Badia, Clara Zetkin: Eine neue Biographie, Berlin, 1994, hier: Clara und Lily
Lily Braun: Die Frauenfrage, Berlin/Bonn, 1979, Nachdruck der 1901 erschienenen 1. Auflage, interessant vor allem das Vorwort von Beatrix W. Bouvier
Lily Braun: Die Frauen und der Krieg, reprint Düsseldorf, 1981, S. 101/102, nachgedruckt in: Beiträge zur feministischen

theorie und praxis / Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V. (Hg.): Gegen welchen Krieg - für welchen Frieden?, Köln, 1983

Lily Braun: Gesammelte Werke, Berlin, 1923
Gisela Brinker-Gabler (Hg.): Frauenarbeit und Beruf, Frankfurt am Main, 1979, hier: Lily Braun: Die Reform der Hauswirtschaft, sowie: Gesetzlicher Arbeiterrinnenschutz
Helga Grebing: Der Revisionismus: von Bernstein bis zum Prager Frühling, München, 1977
Ernst Glaser: Im Umfeld des Austromarxismus, Wien/München/Zürich, 1981, hier: S. 130 (Braun)
Sabine Hering: Die Kriegsgewinnerinnen, Pfaffenweiler, 1990
Hannelore Horn, Alexander Schwan, Thomas Weingartner (Hg.): Sozialismus in Theorie und Praxis, Berlin/New York, 1978, hier: Susanne Miller: Frauenfrage und Sexismus in der deutschen Sozialdemokratie;-
Irma Jung: Lily Braun - eine Revisionistin im Spiegel ihrer Briefe, Dissertation, Hannover, 1987
Christiane Ochs: Nicht alles, was die Partei der Frau zusammenbraute, gehört gleich in den Gully der Vereinigung, in: WSI-Mitteilungen, 5/1990
Sabine Richebücher: Uns fehlt nur eine Kleinigkeit - Deutsche proletarische Frauenbewegung 1890-1914, Frankfurt/Main, 1982
Dieter Schneider (Hg.): Sie waren die ersten, Frankfurt/Main, 1988, hier: Doris Maurer: Lily Braun - Zwischen allen Stühlen, S. 117
Julie Vogelstein-Braun: Lily Braun. Ein Lebensbild, Berlin, 1922
Clara Zetkin: Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Frankfurt am Main, 1984

Deutschland, Europa und die Zukunft der Atomwaffen

von Oliver Meier*

Der internationale Druck auf die Atomwaffenstaaten, die nukleare Abrüstung voranzutreiben, nimmt zu. Nach der unbegrenzten Verlängerung des Nicht-

verbreitungs-Vertrages (NVV) im Mai 1995 erwarteten viele Beobachter, daß die Diskussion um den Fortbestand von Kernwaffen zu einem Stillstand kommen würde. Das Gegenteil ist eingetreten: Im Juli 1996 urteilte der Internationale Gerichtshof (IGH), daß die Drohung mit dem Einsatz von Nuklearwaffen und deren Einsatz „außer in Umständen extremer nationaler Selbstverteidigung“¹ völkerrechtswidrig ist. Einen Monat später kam die „Canberra Commission“, eine international hochrangig besetzte Expertengruppe, zu dem Schluß, daß die vollständige Eliminierung von Nuklearwaffen die internationale Sicherheit erhöhen würde und forderte die Kernwaffenstaaten auf, konkrete Schritte in diese Richtung zu unternehmen.

Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt wird nicht mehr nur in Kreisen der Friedensbewegung diskutiert, sondern gilt auch in den Kernwaffenstaaten zunehmend als ernsthafte politische Alternative. Der Kreis der Nichtregierungsorganisationen, die sich für eine völlige Abschaffung von Kernwaffen einsetzen, wird im-

mer größer, und auch innerhalb des Militärs wird darüber nachgedacht, ob eine Welt ohne Nuklearwaffen nicht sicherer wäre. Dies wurde unter anderem am 5. Dezember 1996 deutlich, als 61 ehemalige Generäle aus 17 Staaten sich öffentlich dafür aussprachen, alle Atomwaffen abzuschaffen. Den Aufruf unterschrieben hochrangige ex-Militärs aus vier offiziellen Atomwaffenstaaten (die Ausnahme bildete China), darunter zum Beispiel General Lee Butler, der bis 1994 den Oberbefehl über die strategischen Atomwaffen der USA hatte. Die Politik der Kernwaffenstaaten wird im Moment allerdings noch durch das Beharrungsvermögen der Atomwaffenlobbies bestimmt. Obwohl quantitative Reduzierungen in den nuklearen Arsenalen nach dem Ende der Blockkonfrontation vorgenommen wurden, weigern sich bisher die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, Rußlands und der Vereinigten Staaten, konkrete Zusagen zu machen, die auf eine letztendliche Eliminierung von Kernwaffen hinauslaufen würden.

* Dipl.-Pol. Oliver Meier hat an der FU Berlin zur amerikanischen Atomwaffenpolitik nach 1989 promoviert und arbeitet zur Zeit am Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS) im Rahmen des „Projektes zur Europäischen Nuklearen Nichtweiterverbreitung“ (PENN), das von der W. Alton Jones Foundation unterstützt wird. PENN ist ein internationales Netzwerk von Organisationen und Einzelpersonen, die sich mit dem Problem „europäischer Atomwaffen“ beschäftigen. Wer Informationen über PENN oder Literaturhinweise haben möchte, kann sich mit dem Autor in Verbindung setzen: BITS, Rykestr. 13, 10405 Berlin, Tel.: 030/ 442 6042, FAX.: 030/ 441 0221, E-mail: bits@gn.apc.org

In der Diskussion um die Zukunft der atomaren Abrüstung kommt der Bundesrepublik eine Schlüsselrolle zu. Sie ist mit drei der fünf offiziellen Kernwaffenstaaten verbündet, hat aber selber auf den Besitz von Massenvernichtungswaffen verzichtet. Deutschland steht an der Schnittstelle zwischen der Welt der nuklearen „haves“ und „have-nots“. Die deutsche Politik wird mitentscheidend dafür sein, ob der Prozeß der nuklearen Abrüstung voranschreitet, oder ob sich diejenigen Kräfte durchsetzen, die die Sicherung des nuklearen Status quo wollen.

Atomwaffen in Europa nach dem Kalten Krieg

In Westeuropa bleiben auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts Hunderte amerikanischer, französischer und britischer Atomwaffen stationiert. Zwar haben alle drei Staaten ihre nuklearen Arsenale verkleinert, sie konsolidieren und modernisieren aber ihre Bestände auf niedrigerem Niveau. Die USA stationieren zur Zeit wahrscheinlich noch rund 200 luftgestützte Atombomben vom Typ B-61 in Europa. Für diese Annahme spricht unter anderem, daß die Vereinigten Staaten 208 Atomwaffengrüfte („nuclear weapons storage vaults“) auf europäischen Luftwaffenstützpunkten bauen oder bereits gebaut haben. Auf See stationierte Marschflugkörper vom Typ Tomahawk könnten in Krisenzeiten der NATO zusätzlich zugeordnet und in Europa eingesetzt werden. Insgesamt sank die Anzahl amerikanischer taktischer Kernwaffen weltweit seit 1988 um 90%, der NATO-Bestand verringerte sich um 91%.

Großbritannien hat seine landgestützten Kernwaffen bereits außer Dienst gestellt und will bis 1998 auch seine freifallenden Atombomben ausmustern. Gleichzeitig wird die atomare U-Boot-Flotte modernisiert. Vier hochmoderne Unterseeboote der Vanguard-Klasse sollen ab dem Jahr 2000 einsatzbereit sein; das erste ist bereits in Dienst gestellt worden. Sie werden mit amerikanischen Trident II-Raketen ausgestattet sein, wahrscheinlich maximal 192 Sprengköpfe tragen und künftig sowohl die strategische Aufgabe der Abschreckung als auch substrategische, taktische Aufgaben erfüllen. Damit wird die Sprengkraft des britischen Nukleararsenals insgesamt um 21% reduziert und die An-

zahl der Sprengköpfe um 59% geringer sein als in den siebziger Jahren.

Frankreich hat seine landgestützten Atomwaffen ebenfalls vollständig aufgegeben, modernisiert aber zugleich seine luftgestützten und auf U-Booten stationierten Kernwaffen. Vier neue strategische U-Boote der Triomphant-Klasse sollen die fünf alten Schiffe der Redoutable-Klasse bis zum Jahr 2005 ersetzen. Diese U-Boote werden mit verbesserten Raketen des Typs M45 ausgerüstet. Pläne zur Entwicklung einer vollständig neuen strategischen Rakete mit der Typenbezeichnung M51 wurden zwar bis zum Jahr 2005 gestreckt, aber nicht aufgegeben. Zudem sollen 80 relativ neue, luftgestützte ASMP-Abstandswaffen modernisiert und mit einer größerer Reichweite ausgestattet werden. Frankreich hat die Anzahl seiner Atomwaffen seit 1991 um 15% verringert und die Ausgaben für Atomwaffen von 1993 bis 1995 um 25% gekürzt.

Atomwaffen und die Bundesrepublik

Mit dem Ende der Blockkonfrontation haben sich die Rahmenbedingungen der deutschen Sicherheitspolitik dramatisch gewandelt. Die trifft insbesondere auf die Rolle von Atomwaffen zu. Bis 1989 galten die Kernwaffen der Verbündeten als „letzter Garant“ der deutschen Sicherheit. Sie begründeten die perzipierte Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten: Die Drohung mit dem Einsatz von Kernwaffen sollte einerseits die Staaten der Warschauer Vertrags-Organisation (WVO) abschrecken, andererseits bestanden konstant Zweifel an der Glaubwürdigkeit des „nuklearen Schutzschilds“ der NATO. Bonn versuchte dieses Dilemma durch eine möglichst enge Verkoppelung der eigenen Sicherheit mit dem amerikanischen strategischen Arsenal einerseits, und durch die nukleare Mitbestimmung in der NATO andererseits aufzulösen. Bis in die siebziger Jahre wurde von Teilen des politischen Systems auch die nationale oder multinationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen als Option nicht ausgeschlossen.

Durch den Zerfall der Sowjetunion und die Auflösung der WVO entfielen diese Zwänge für die deutsche Nuklearwaffenpolitik. Atomwaffen haben für die deutsche Sicherheit an

Bedeutung verloren. Mit dem Ende der nuklearen Konfrontation zwischen den beiden Blöcken setzte ein Prozeß der nuklearen Abrüstung ein. Mit den beiden START-Abkommen vereinbarten die Vereinigten Staaten und Rußland ihre strategischen Potentiale um zwei Drittel zu verringern und Frankreich und Großbritannien verzichteten auf jene taktischen Waffen, die vorher im Brennpunkt politischer Auseinandersetzungen gestanden hatten. Danach jedoch begannen die Kernwaffenstaaten ihre nuklearen Arsenale auf niedrigerem Niveau zu konsolidieren. Eine Fortsetzung des Abrüstungsprozesses bleibt zunächst unwahrscheinlich, vor allem weil sich die Institutionen der Atomwaffenkomplexe gegen zu drastische Einschnitte wehren. Die Kernwaffenlaboratorien, aber auch Teile des Militärs und der zivilen Führung befürworten nach wie vor eine Politik, die die Basis der nuklearen Abschreckung intakt läßt. Unter anderem wollen sich die Atomwaffenstaaten so gegen die Gefahr eines Wiederauflebens der Ost-West-Konfrontation wappnen.

Die Bundesrepublik findet sich nun zwischen den Fronten derer, die darauf drängen, weitere Einschnitte bei den Kernwaffen vorzunehmen und den Kernwaffenstaaten, die eine abwartende Position einnehmen. An dieser Situation ist sie nicht schuldlos, denn deklaratorisch hat Bonn schon immer eine Forcierung der nuklearen Abrüstung gefordert. Diese Forderungen blieben aber solange folgenlos, wie die internationale Lage ihre Durchsetzung unwahrscheinlich machte.

Ambivalente deutsche Haltung bei der nuklearen Rüstungskontrolle

1993 wurden erste Differenzen mit den Vereinigten Staaten über den künftigen Kurs in der Atomwaffenpolitik offenbar. Anlaß war der neue amerikanische Ansatz in der nuklearen Nichtverbreitung. Im September hatte der amerikanische Verteidigungsminister Aspin die „Counterproliferation“-Initiative verkündet. Danach sollte die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen auch militärisch bekämpft werden. Nationale Alleingänge schloß die Clinton-Administration nicht aus. In Bonn verstand man die Nichtverbreitungs-Problematik hingegen als politisches Problem, das primär über

Die deutsche Politik wird mitentscheidend dafür sein, ob der Prozeß der nuklearen Abrüstung voranschreitet, oder ob sich diejenigen Kräfte durchsetzen, die die Sicherung des nuklearen Status quo wollen.

internationale Verträge und Organisationen wie den NVV und die UNO gelöst werden kann.

Im Dezember 1993 verkündete Klaus Kinkel seinen 10-Punkte-Plan zur Bekämpfung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, eine Art Gegenmodell zum amerikanischen „Counterproliferation“-Ansatz. Kinkel regte damals an, „politische Strategien zur Verhinderung 'nuklearer Ansteckung'“ zu entwickeln. Zwangsmaßnahmen der Vereinten Nationen sollten nur „als letztes Mittel gegen Proliferation aufgrund entsprechenden Mandats des Sicherheitsrats“ verhängt werden. Zugleich schlug der deutsche Außenminister neue Rüstungskontrollmaßnahmen im nuklearen Bereich vor, unter anderem die Schaffung eines internationalen Plutonium-Regimes und den Aufbau eines Kernwaffenregisters.² Insbesondere der letztgenannte Punkt stieß in den Hauptstädten der Atomwaffenstaaten auf einhellige Ablehnung. Eine Offenlegung der eigenen Bestände lehnen diese seit jeher ab. Die Bundesregierung vermied den offenen Dissens, der Vorschlag wurde fallengelassen und aus dem deutschen Forderungskatalog gestrichen.

Im Frühjahr 1995 mußte über die Verlängerung des NVV entschieden werden. Viele Nichtkernwaffenstaaten kritisierten diesen Vertrag, weil er die Zweiteilung der Welt in fünf offizielle Atommächte und nukleare „Habenichtse“ festschreibt und forderten eine feste Zusage der Kernwaffenstaaten, daß diese letztendlich auf Kernwaffen verzichten würden. Die Kernwaffenbesitzer wiesen auf die Reduzierungen in ihren nuklearen Arsenalen, die sie bereits vorgenommen hatten und lehnten weitergehende Zusagen ab. Deutschland vermittelte während der Verlängerungskonferenz zwischen diesen beiden Blöcken. Die Bundesregierung besaß bei vielen Entwicklungsländern eine besondere Glaubwürdigkeit, weil sie im Zuge der deutschen Vereinigung den Verzicht auf ABC-Waffen einseitig bekräftigt hatte.

Ambivalent verhielt sich die deutsche Regierung vor dem Internationalen Gerichtshof, der 1996 darüber zu entscheiden hatte, ob der Einsatz von Nuklearwaffen völkerrechtswidrig ist. Die Bundesregierung sprach dem IGH die Kompetenz ab, sich mit einer solchen höchst politischen Frage zu beschäf-

tigen. Außerdem betonte sie, daß Nuklearwaffen - anders als biologische und chemische Waffen - international nicht geächtet seien. Da es kein „ungeschriebenes Verbot“ gäbe, sei der Einsatz von Atomwaffen mithin legal.³ Der IGH lehnte die Einwände der Bundesrepublik (und anderer Staaten) ab, und entschied in der Sache, daß der Einsatz von Kernwaffen und die Drohung mit ihrem Einsatz völkerrechtswidrig sind, außer in Situationen „extremer nationaler Selbstverteidigung“.⁴

Konsequenzen für die deutsche Sicherheitspolitik vermochte die Bundesregierung nach der Verkündung des Urteils nicht erkennen. Sie zog sich auf die Position zurück, daß „Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs (...) weder nach der VN-Charta und dem IGH-Statut noch nach allgemeinem Völkerrecht rechtlich verbindlich“ sind. Im übrigen bleibe die „geltende Verteidigungsstrategie des Nordatlantischen Bündnisses (...) mit dem Völkerrecht vereinbar“,⁵ obwohl die NATO nach wie vor nicht auf die Drohung mit dem Ersteinsatz von Kernwaffen verzichtet hat.

Europäisierung von Atomwaffen?

Kurz nach der Verkündung des IGH-Urteils wurde die Bundesrepublik erneut gezwungen, sich zur Atomwaffenpolitik eines mit ihr verbündeten Staates zu äußern. Im Herbst 1995 erneuerte der französische Premierminister Juppé das Angebot Frankreichs, die „force de frappe“ in einen europäischen Rahmen zu stellen. „Wir sollten uns alle mit dem Gedanken anfreunden, daß die europäischen Länder ihre Verteidigungspolitik überdenken müssen und daß in diesem Prozeß die Rolle der Atomwaffen, über die zwei europäische Länder verfügen, auch überprüft werden muß.“ Juppé sprach von „konzertierter Abschreckung“, also der Möglichkeit, die französischen Kernwaffen nicht mehr ausschließlich im Kontext der französischen Sicherheitspolitik einzusetzen.⁶

Den Hintergrund des französischen Angebots bildet der Maastrichter Vertrag über eine Europäische Union, in dem sich die Mitgliedsstaaten verpflichtet haben, auch die Grundlagen für eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik zu schaffen. Zwangsläufig wird sich in diesem Kontext die Frage nach der künftigen Rolle

der französischen und britischen Atomwaffen stellen. Die nationale Verfügungsgewalt über diese Waffen ist mit einer wirklich vergemeinschafteten europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik letztlich nicht vereinbar - entweder werden die Waffen also abgeschafft oder ihre Kontrolle wird „europäisiert“.

Die deutschen Reaktionen auf den französischen Vorstoß, insbesondere aus den Reihen des Auswärtigen Amtes, waren nicht nur ablehnend. Außenminister Kinkel signalisierte grundsätzliche Gesprächsbereitschaft: „Okay, wir nehmen dies zur Kenntnis, wir werden uns dies ansehen, werden das prüfen. Es wird jedenfalls nicht so sein können, daß wir von uns aus hier irgend etwas wollen oder den Finger an den Atomhahn bekommen wollen. (...) Aber, wenn unsere Partner und Freunde mit uns darüber reden wollen, bitte ...“⁷ Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Helmut Schäfer, bezeichnete es gar als einen „Witz“, wenn die Deutschen das Angebot, mit Frankreich in einen nuklearpolitischen Dialog einzutreten, ablehnen würden.

Unterstützt wurden sie dabei aus dem frankophilen Flügel der Unionsparteien. Karl Lamers brachte die Haltung dieser Gruppe auf den Punkt: „Wir können sagen: Wir wollen das Nukleare nicht. Oder wir sagen: Wir wollen bei der Gestaltung des Nuklearen mitwirken. Das erste (...) hätte mit Sicherheit keine Aussicht auf Erfolg. (...) Wenn es keine Aussicht auf Erfolg hat, (...) dann ist es ganz logisch und zwingend zu sagen: Also müssen wir über die Rolle des Nuklearen miteinander reden.“ Alfred Dregger wünschte sich sogar eine „europäische nukleare Planungsgruppe“.⁸

Die „Transatlantiker“ hingegen befürchteten, daß eine nuklearpolitische Komponente der EU die Abschreckung durch der NATO in Frage stellen und daher das Verhältnis zu den USA tangieren würde. Innerhalb der Bundesregierung reagierte insbesondere die Hardthöhe ablehnend. Verteidigungsminister Rühle fürchtete Rückwirkungen auf die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Rühle sagte in Reaktion auf Juppés Rede: „Unser wichtigster Schutz bleibt der nukleare Schutz durch die NATO. Dafür gibt es keinen Ersatz. In der Zukunft - was Europa angeht -, glaube ich, erst wenn es eine eu-

Wenn die Bundesrepublik auch weiterhin die Solidarität mit den verbündeten Atomwaffenstaaten über die Abrüstung stellt, wird sie von den Nichtatomwaffenstaaten wohl kaum noch als „Makler“ in der atomaren Abrüstung ernstgenommen werden.

Eine Fortsetzung des atomaren Abrüstungsprozesses bleibt zunächst unwahrscheinlich, vor allem weil sich die Institutionen der Atomwaffenkomplexe gegen zu drastische Einschnitte wehren.

ropäische Regierung gibt - also eine Regierung, die zuständig ist für die Außen- und Sicherheitspolitik des Vereinigten Europas -, daß es dann auch wirklich eine gemeinsame Sicherheitspolitik gibt, und in dem Zusammenhang dann auch gesprochen werden kann über die nukleare Komponente. (...) Ich finde es wichtig, daß deutlich ist, daß Deutschland keine Initiative ergreift."⁹

Offiziell wird diese Frage auf die lange Bank geschoben. Die Bundesregierung hält sich alle Optionen offen: Auf die Frage, ob nach ihrer Auffassung der Nichtverbreitungsvertrag (NVV) die Möglichkeit ausschließt, daß die französischen und britischen Atomwaffen in eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik einbezogen werden, antwortete die Regierung, daß "zu gegebener Zeit zu entscheiden sein" wird, ob und welche Schlußfolgerungen aus den Vertragsbestimmungen zu ziehen sind.¹⁰

Das Ende der Doppelstrategie?

Wenn der internationale Druck der Nichtnuklearmächte auf die Kernwaffenstaaten anhält, dürfte es für die Bundesrepublik zunehmend schwieriger werden, eine Position in der Mitte zwischen diesen beiden Gruppen einzunehmen. In der Vergangenheit hatte eine solche Vermittlerposition viele Vorteile: Deutschland konnte Konflikte entschärfen helfen und sich auf Abrüstungspolitikern Gebiet international profilieren. In dem Maße wie sich Nuklearmächte einer Fortsetzung der nuklearen Abrüstung verweigern, wird sich der Konflikt zwischen Kernwaffenbesitzern und Nichtkernwaffenstaaten verschärfen. Die indische Blockadehaltung bei der Verhandlung eines Abkommens über die Beendigung von Atomtests mag hier nur ein Vorgeschmack gewesen sein.

Die Bundesrepublik könnte sich dann plötzlich international isoliert finden: Auf der einen Seite wird sie von den verbündeten Kernwaffenstaaten kritisiert, weil sie auf weitere nukleare Abrüstungsmaßnahmen drängt. Auf der einen Seite stehen die Nichtkernwaffenstaaten, die Deutschland für seine zu vorsichtige Haltung in der Atomwaffenpolitik kritisieren. Schon die deutsche Zurückhaltung angesichts der Wiederaufnahme der französischen Atomtests Ende 1995 wurde international mißtrauisch beäugt. Kanzler Kohl

hatte sich damals der Kritik an Paris enthalten: "Unabhängig von unserer abweichenden Haltung handelt es sich um eine souveräne französische Entscheidung. Es entspricht dem Umgang unter Freunden, daß man auch bei sehr unterschiedlichen Auffassungen respektiert, was der andere sagt. Meinem Verständnis vom Umgang mit befreundeten Regierungen widerspricht es, sich öffentlich gegenseitige Aufforderungen zukommen zu lassen."¹¹

Wenn die Bundesrepublik auch weiterhin die Solidarität mit den verbündeten Atomwaffenstaaten über die Abrüstung stellt, wird sie von den Nichtatomwaffenstaaten wohl kaum noch als „Makler“ in der atomaren Abrüstung ernstgenommen werden. Eine klare Absage an jegliche Spekulationen über eine „Europäisierung“ der französischen und britischen Atomwaffen ist unabdingbare Voraussetzung, um die Glaubwürdigkeit der deutschen Abrüstungspolitik zu erhalten.

Schon die Erwägung einer Vergemeinschaftung kann eine verheerende Wirkung auf die vorhandenen Nichtverbreitungs-Regime haben. Eine Vergemeinschaftung von Atomwaffen würde klar dem Geist, wenn nicht dem Buchstaben des NVV widersprechen, der erst letztes Jahr mit viel Mühe auf unbegrenzte Zeit verlängert worden ist. Viele Nicht-Atomwaffenstaaten könnten sich durch die Diskussion um eine "Europäisierung" von Atomwaffen in ihrer Auffassung bestätigt sehen, daß die Nuklearmächte sich durch den NVV nur ihre nuklearen Privilegien sichern wollen. Es liegt auch an Deutschland, eine solche Entwicklung zu verhindern.

- 1 International Court of Justice, Communiqué No. 96/23, 8 July 1996.
- 2 Klaus Kinkel: "Das Konzept der Erweiterten Sicherheit - Bausteine einer Europäischen Sicherheitsarchitektur", Bonn: Auswärtiges Amt, Mitteilung für die Presse Nr. 1153/93, 15. Dezember 1993, S. 8.
- 3 „Stellungnahme der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für den Internationalen Gerichtshof zum Antrag der Generalversammlung der Vereinten Nationen auf ein Rechtsgutachten des Gerichtshofs zu der Frage: 'Ist die Drohung mit Nuklearwaffen oder ihr Einsatz unter irgendwelchen Umständen völkerrechtlich erlaubt?'", Bonn, 9. Juni 1995, Az: 500-371.18.
- 4 International Court of Justice, Communiqué No. 96/23, 8 July 1996.
- 5 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen, vom 28.10.1996, BT-Drs. 13/5906.
- 6 "Rede von Premierminister Alain Juppé am Institut des Hautes Etudes de Défense Nationale", dokumentiert in: Frank-

reich-Info, Nr. 27, 11. September 1995, S. 4.

- 7 Außenminister Klaus Kinkel im ZDF am 7.9.1995, dokumentiert in Stichworte zur Sicherheitspolitik, Oktober 1995, S. 17-18.
- 8 Alle Zitate aus Deutscher Bundestag, 59. Sitzung, 29. September 1995, Plenarprotokoll 13/59, S. 4995.
- 9 Verteidigungsminister Volker Rühle in der ARD am 8.9.1995, dokumentiert in Stichworte zur Sicherheitspolitik, Oktober 1995, S. 18-19, S. 18.
- 10 Antwort des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Werner Hoyer, auf entsprechende Frage der Abgeordneten Beer, Bündnis90/Grüne vom 6. November 1996. Artikel I und II des NVV verbieten die Weitergabe von Atomwaffen oder von zu deren Herstellung notwendigen Materialien und Kenntnissen sowie der Verfügungsgewalt über diese Waffen.
- 11 Bundeskanzler Dr. Kohl am 13. Juli 1995 vor dem Deutschen Bundestag zur Ankündigung der Wiederaufnahme von Atomversuchen durch Staatspräsident Chirac", dokumentiert in: Stichworte zur Sicherheitspolitik, Nr. 8, August 1995, S. 50-51, S. 50.

In dem Maße, wie sich Nuklearmächte einer Fortsetzung der nuklearen Abrüstung verweigern, wird sich der Konflikt zwischen Kernwaffenbesitzern und Nichtkernwaffenstaaten verschärfen.



**Zeitschrift
Marxistische
Erneuerung**

**8. Jahrgang, Nr. 28,
Dezember 1996, 272 Seiten**

Leisewitz / Reusch - Heinz Jung zum Gedenken / Jung - Klassen und Geschichte / Wendl - Ende der Solidarität?

Ökologie-Aspekte:
O'Connor - Zweiter Widerspruch / Weiß - Umweltpolitik / Jecht/Hiedl- Gold / Dolata - Gentechnik / Cezanne - Sustainable Development / Hüttner - „Abwicklung des Nordens“ / Bömer - ökosozialer New Deal

Historikerstreit:
Klundt - Goldhagen-Kontroverse / Pätzold - Zehn Jahre danach / Wiegel - Geschichtsrevisionismus

Und: Collmer - Hegels Dialektik (II) / Sauermann - Klaus Holzkamps Lerntheorie / Tesch - Wohnungsmarkt / Fricke - Rache und Willkür / Iwanow - Sozialismus

Sowie Berichte und Rezensionen

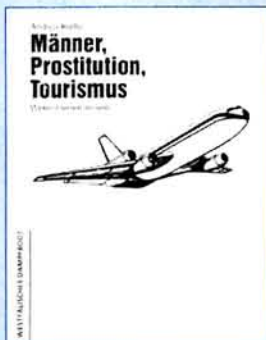
Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Versand); im Abo: 54,- (4 Hefte/Jahr incl. Versand). Älteres Probeheft: 10,- Incl. Vers. Bezug: über den Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M. Tel. 069 / 7392934

Schon wieder

Wahl!

Wählen Sie zwei Prämien-Bücher aus, wenn Sie uns jemanden nennen, der ein neues **spw**-Abonnement haben will.

Geben Sie beide Buchstaben für die Buchprämien auf der **spw**-Abo-Karte an.



A

Andrea Rothe
Wenn Herren reisen ...
Männer, Prostitution,
Tourismus, 280 S.,
Ladenpreis DM 39,80



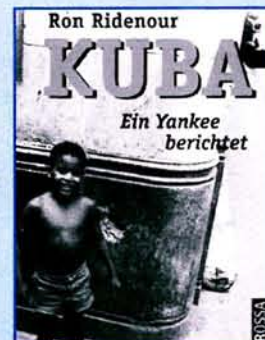
D

Frank Deppe
Fin de Siècle
Am Übergang zum
21. Jahrhundert, 180 S.,
Ladenpreis DM 28,-



B

Michael Ramminger/
Ludger Weckel
**Dritte Welt-Gruppen
auf der Suche nach
Solidarität**
Bestandsaufnahme
und Perspektiven,
156 S.,
Ladenpreis DM 24,80



E

Ron Ridenour
Kuba
Ein Yankee berichtet,
250 S.,
Ladenpreis DM 29,80



C

Gilla Dölle/Sabine Hering
Lila ist Trumpf
Bildergeschichte zur
deutschen Frauen-
bewegung, 150 S.,
Ladenpreis DM 29,80



F

Arbeitsgruppe Alternative
Wirtschaftspolitik
MEMORANDUM '97
Beschäftigungspolitik statt
Sparritual, 250 S.,
Ladenpreis DM 29,80